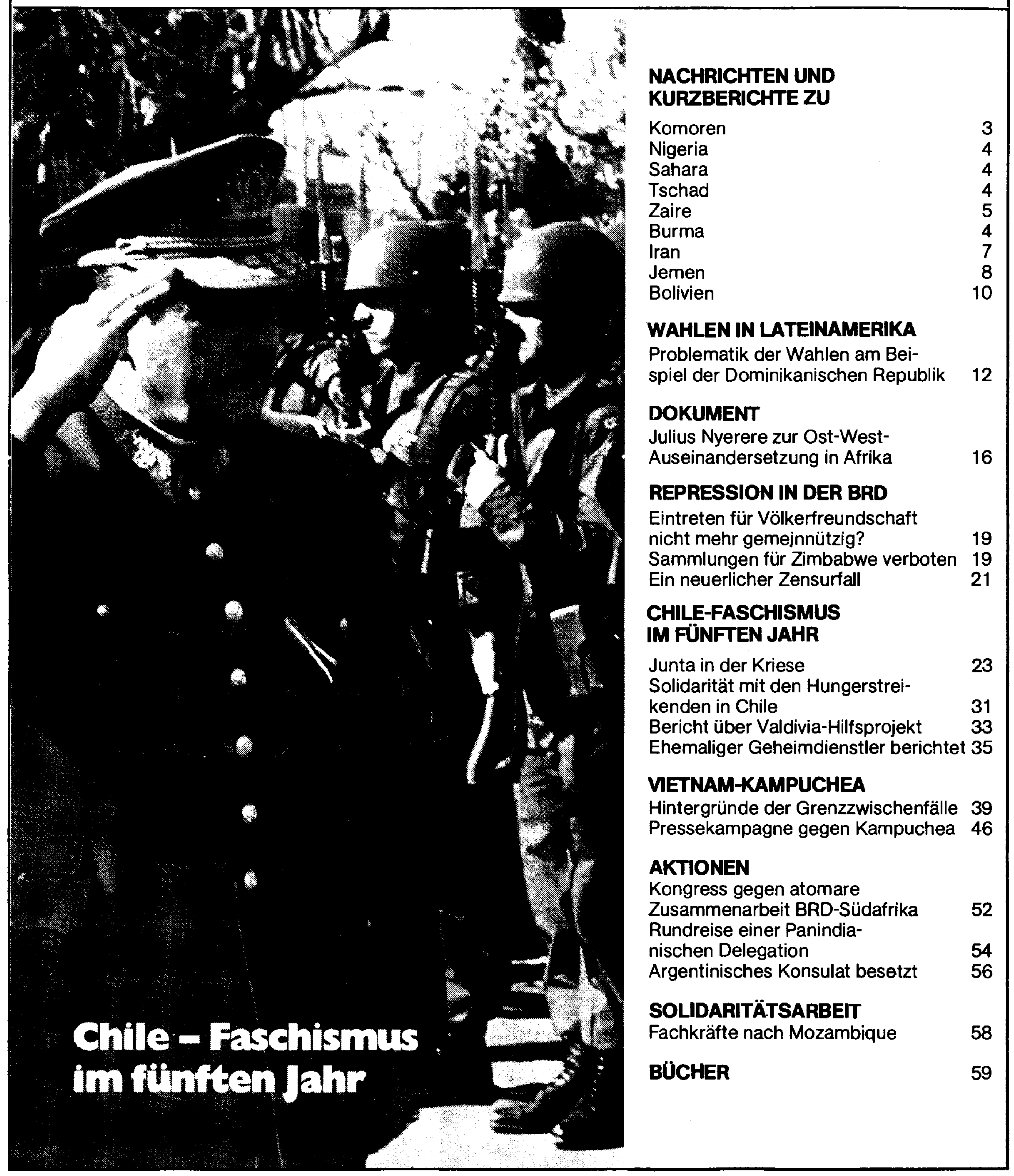
M 3477 FX

blätter des iz3w

informationszentrum dritte welt - iz3w



NACHRICHTEN UND KURZBERICHTE ZU

Komoren 3
Nigeria 4
Sahara 4
Tschad 4
Zaire 5
Burma 4
Iran 7
Jemen 8
Bolivien 10

WAHLEN IN LATEINAMERIKA

Problematik der Wahlen am Beispiel der Dominikanischen Republik 12

DOKUMENT

Julius Nyerere zur Ost-West-Auseinandersetzung in Afrika 16

REPRESSION IN DER BRD

Eintreten für Völkerfreundschaft nicht mehr gemeinnützig? 19
Sammlungen für Zimbabwe verboten 19
Ein neuerlicher Zensurfall 21

CHILE-FASCHISMUS IM FÜNFTEN JAHR

Junta in der Kriese 23
Solidarität mit den Hungerstreikenden in Chile 31
Bericht über Valdivia-Hilfsprojekt 33
Ehemaliger Geheimdienstler berichtet 35

VIETNAM-KAMPUCHEA

Hintergründe der Grenzzwischenfälle 39
Pressekampagne gegen Kampuchea 46

AKTIONEN

Kongress gegen atomare Zusammenarbeit BRD-Südafrika 52
Rundreise einer Panindianischen Delegation 54
Argentinisches Konsulat besetzt 56

SOLIDARITÄTSARBEIT

Fachkräfte nach Mozambique 58

BÜCHER 59

Nr. 71 August 1978 DM 2.50

IMPRESSUM

blätter des iz3w

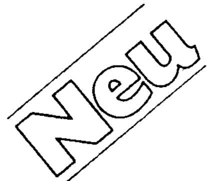
herausgegeben vom Informationszentrum Dritte Welt, Postfach 5328, Kronenstraße 16 (Hinterhaus), D-7800 Freiburg i.Br., Telefon: 0761/74003.
Bürozeiten: Mo-Fr. 10 - 12, 15 - 18 Uhr

Zusammengestellt von:
Siegfried Bartels, Roland Beckert, Gerhard Braun, Eugen Bruder, Georg Cremer, Hans Diefenbacher, Hendrike Fahrenholtz, Benedict Fehr, Eberhard Gohl, Susanne Habicht, Sabine Hagemann, Stefan Helming, Heiner Hiltermann, Klaus Höweling, Klaus Jährling, Hartmut Jung, Clemens Jürgenmayer, Uli Kieser, Betinna Kocher, Thomas Marx, Hildegard Maur, Mechthild Maurer, Bernhard Merk, Götz Nagel, Horst Pöttker, Peter Poschen, Dominique Prodel, Peter Riedesser, Peter Schmid, Bertina Schulze-Mittendorf, Albert Sommerfeld, Hartmut Stüwe, Beate Thill, Hildegard Wenzler, Ernst Wienß, Walter Witzel.
Nachdruck einzelner Artikel mit Quellenangabe erwünscht.

Einem Teil dieser Auflage liegt ein Bestellzettel bei.

Konten (Aktion Dritte Welt e.V.): Postscheckkonto Karlsruhe Nr. 1482 39 - 755; Österreichische Postsparkasse Nr. 2377.047; Postscheckkonto Basel Nr. 40-35899.

Jahresabonnement (8 Ausgaben) im In- und Ausland: DM 28,– (für Rentner, Arbeitslose, Schüler, Studenten, Wehr- und Zivildienstleistende, sowie andere einkommensschwache Gruppen nach Selbsteinschätzung: DM 20,–).
Luftpostabonnements: Europa (einschl. UdSSR, Türkei) DM 23,60 bzw. 31,60; Afrika, Nord- und Mittelamerika, Nahost und Südasien DM 31,60 bzw. 39,60; Südamerika, Südostasien, Fernost DM 37,60 bzw. 45,60; Australien, Südpazifik DM 43,20 bzw. 51,20
Schweiz: Fr 28,– bzw. 20,–



NACHRICHTEN UND KURZBERICHTE



Komoren

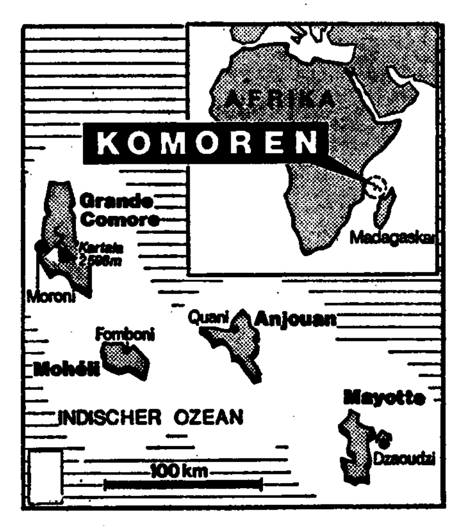
Söldnerputsch

Die französichen Versuche, Frankreichs Interessen im Indischen Ozean zu wahren, zeigten Erfolge. Der Präsident der Komorenrepublik, Ali Soilih, wurde durch seinen Vorgänger, Ahmed Abdallah, mit Hilfe eines offenbar durch Frankreich geförderten Söldnertrupps gestürzt.

Gegen die Versuche ausländischer Mächte, den Indischen Ozean unter Kontrolle zu halten, hatte sich seit längerem eine Allianz fortschrittlicher Kräfte gebildet: die Seychellen, die progressive Opposition auf Mauritius, Madagaskar (das die französischen Militärbasen Diego Suarez und Ivato schloß) und die Komoren versuchten gemeinsam, den Indischen Ozean zu einer Zone frei von imperialistischen Einflüssen zu machen.

Die französische Militärpräsenz entlang der „Ölroute" der Supertanker konzentriert sich auf die Siedlerinsel Reunion – ein französisches Überseedepartement – sowie mehrere unbewohnte winzige Eilande: Tromelin, Glorieuses – Inseln, Juan de Nova, Bassas da India u.a.m. Frankreich baute die Inseln im Golf von Mosambik zu Marine- und Luftstützpunkten aus und erweiterte seine Hoheitszone auf 200 km – was Frankreich mit einem Schlag zu einer der größten Seemächte machte.

Weiter unter französischer Kontrolle ist die Komoren-Insel Mayotte. Die Einwohner hatten sich geweigert, sich den anderen drei Inseln des Komoren-Archipels (Anjouan, Moheli und Große Komoren) anzuschließen, als diese im Juli 1976 ihre Unabhängigkeit von Frankreich erklärten, und entschlossen sich, bei Frankreich zu bleiben; Frankreich hält die Insel seitdem unter seiner Verwaltung. Die vier Komoreninseln mit zusammen 300 000 Einwohnern hatten traditionell mit ihren jeweiligen Sultanen ein politisch eigenständiges Leben geführt; Mayottes 37 000 Einwohner sind teilweise Weiße von der Insel Sainte Marie, einer ehemaligen französischen Kolonie vor der Ostküste Madagaskars, die jetzt zu Madagaskar gehört, teils Madegassen vom Sakkalaven-Stamm und großenteils Katholiken. Die übrigen Komoren-Inseln werden von arabisch bzw. Suaheli sprechenden Moslems bewohnt. Während Mayotte seit 1843 französisch ist, sind die übrigen Inseln erst 1886 Protektorat geworden. Seit der Verlegung der Hauptstadt von Dzaoudzi auf Mayotte nach Moroni auf die Großen Komoren beklagt sich die Mayotte-Partei eines internen „Kolonialismus". Neben diesen ethnisch-religiösen-politischen Ressentiments stehen wahrscheinlich handfeste Interessen der Notablen an der Aufrechterhaltung der französischen Präsenz - das 60 Millionen DM-Budget der Komoren wurde zu 40 Millionen aus französischen Zuschüssen und nur zu 20 Millionen aus komorischen Mitteln bestritten. Unter dem Druck der OAU, die jeden Separatismus grundsätzlich ablehnt, wie sie im Fall Katanga oder Biafra gezeigt hat, weil hier die Interessen von fast jedem Mitgliedsstaat berührt werden, schien die französische Regierung zuerst bereit, die ganze Inselgruppe in die formale Unabhängigkeit zu entlassen. Da die Vorstellung, man könnte einer Bevölkerungsgruppe gegen ihren Willen die französische Staatsbürgerschaft entziehen, in der rechten Regierungskoalition einen Entrüstungssturm entfachte, versuchte man eine föderale Lösung, der 1975 der Anjouan-Notabel Ahmed Abdallah mit der einseitigen Unabhängigkeitserklärung zuvorkam. Die Folge war der Entzug jeder französischen Unterstützung für den Rumpfstaat, obwohl Abdallah im Grunde nichts gegen eine fortdauernde französische Einflußnahme (und Subvention) hatte.



Seitdem ist Frankreich unter heftigen Beschuß in der OAU geraten, weil es den völkerrechtlichen Grundsatz, daß Kolonien in der Größe, die sie unter der Kolonialverwaltung hatten, unabhängig werden, mißachtet hatte. Die Beziehungen Frankreichs zur komorischen Regierung, die die „Befreiung" der Mayotter forderte, konnten, besonders nachdem Abdallah durch Soilih gestürzt worden war, nur noch als offene Feindschaft betrachtet werden. Der Nutzen Mayottes für Frankreich ist zweifelhaft, da die Insel keinen brauchbaren Tiefseehafen besitzt und die dort stationierten Fremdenlegionäre Geld kosten. Eine Regelung des Problems war aufgrund der Haltung der Regierung der Komorenrepublik nicht denkbar.

Für die französischen Interessen war somit der Aufbau einer frankophilen Komorenrepublik notwendig, die eine geräuschlose Regelung des Mayotte-Problems ermöglichen könnte.

Dabei kam es Frankreich zupaß, daß die Komorenrepublik durch die Politik des Präsidenten Ali Soilih in eine tiefe Krise gestürzt wurde. Dieser versuchte nach dem Sturz seines Vorgängers Abdallah ein sozialistisches Entwicklungskonzept durchzuführen. Eine militante Jugendbewegung versuchte, die erstickenden politischen und moralischen Zwänge im Leben der Jugend, der Frauen und der armen Bauern zu beseitigen. So wurde versucht, eine genossenschaftliche Agrarproduktion aufzubauen, der Islam wurde massiv unterdrückt (Verbot des Schleiers, weitgehende Unterdrückung des öffentlichen Gebetes), die koloniale Verwaltung wurde aufgelöst und durch eine revolutionäre Selbstverwaltung ersetzt. Nach außen wurde eine antiimperialistische Politik versucht. Die Durchsetzung des Programms erfolgte gegen den Widerstand der um ihren Einfluß bangenden Notabeln, aber auch immer größerer Teile der Bevölkerung; der Rigorismus vor allem der jugendlichen Revolutionäre führte zu offenen Widerstandsaktionen in der verunsicherten Bevölkerung. Eine wahllose Repression führte zum Ansteigen der Zahl der politischen Gefangenen und größeren Massakern an der Bevölkerung. Zuletzt kam es zu offenen Demonstrationen für die Menschenrechte, an einer sollen ca. 15 000 Menschen teilgenommen haben. Ferner kam es zu einer Flüchtlingsbewegung nach Mayotte, sei es aus Hunger, sei es wegen der harten Repression.

Die Wirtschaftslage war durch den plötzlichen Entzug jeder französischen Subvention der langen Jahre unterentwickelt gehaltenen Insel katastrophal; hinzu kamen Schwierigkeiten mit der Integration der von Madagaskar vertriebenen Komorianer.

Diese Nachrichten erscheinen uns, obwohl sie naturgemäß meist aus Flüchtlingsberichten stammen, durchweg glaubhaft.

Als das von Abdallah – höchstwahrscheinlich – vom französischen Geheimdienst unterstützte Söldnerkommando am 13.5.78 auf der Hauptinsel landete, die Wachtposten des Präsidentenpalastes ermordete und den Präsidenten gefangennahm – er wurde einige Tage später „auf der Flucht erschossen" –, wurde sein Erscheinen von der Bevölkerung begrüßt. Selbst Soilihs Jugendorganisation äußerte sich positiv zu dem Putsch. Große Erleichterung herrschte vor allem in französischen Regierungskreisen. Ahmed Abdallah, ein auf Anjouan einflußreicher wohlhabender Kaufmann, gilt trotz einiger Eigenheiten als „Mann Frankreichs".

Die Söldner – Deutsche, Belgier, Franzosen – wurden von dem berüchtigten Söldnerführer Bob Denard kommandiert. Denard, dem beste Beziehungen zum französischen Geheimdienst zugeschrieben werden, hat eine breite Blutspur bei seinen Aktionen für imperialistische Interessen hinterlassen: Katanga, Jemen, Kisangani, Bukavu, Biafra, Benin . . . Selbst auf den

Komoren war er bereits tätig, als er für Soilih beim Putsch gegen Abdallah arbeitete. Denard, jetzt Said Mustapha Mohadjou, ist nun Mitglied des obersten politisch-militärischen Komitees der Komoren. Bis er wieder gebraucht wird?

In französischen Regierungskreisen herrscht Befriedigung. Der Reunion-Abgeordnete und Gralshüter des Gaullismus, Debre, sieht neue Chancen, das Mayotte-Problem in seinem Sinne zu lösen.

(Quellen: jeune afrique Nr. 910–912 u.a.)

as

Nigeria

Bundeskanzler Schmidt besucht Nigeria

„Westdeutschland mag vielleicht seine Geschäfte mit den Rassisten fortsetzen, aber dann sollten seine Regierungschefs aufhören, unsere Zeit zu stehlen durch Heuchelei und Doppelzüngigkeit," bemerkte der regierungseigene New Nigerian in seinem Leitartikel vom 27. Juni 1978 zum dreitägigen Besuch von Bundeskanzler Schmidt in Nigeria. Bei einem ersten Gespräch mit dem nigerianischen Staatsoberhaupt Olusegun Obasanjo hat Kanzler Schmidt den Vorwurf einer deutschen Zusammenarbeit mit Südafrika im nuklearen und militärischen Bereich zurückgewiesen. Er wies darauf hin, daß das Kriegswaffenkontroll- und das Außenwirtschaftsgesetz verhinderten, daß deutsche Waffen in Spannungsgebiete exportiert würden.

Im einzelnen schnitt der Kanzler in Lagos vier afrikanische Problemkreise an. Im Konflikt am Horn von Afrika habe die Bundesregierung auf einem Rückzug der somalischen Truppen aus dem Ogaden bestanden, weil die ererbten Grenzen respektiert werden müßten. In Rhodesien empfinde sie die 'interne Lösung' von Ian Smith als unbefriedigend und unterstütze den anglo-amerikanischen Plan. In Namibia bemühe sich die Bundesregierung mit ihren Partnern in der Kontaktgruppe um einen friedlichen Übergang des Landes in die Unabhängigkeit. Das westliche Eingreifen im Shaba-Konflikt sei ausschließlich von humanitären Erwägungen bestimmt gewesen und habe nichts mit etwaigen Sympathien für Präsident Mobutu zu tun (Frankfurter Rundschau, 28. Juni, 1978).

Während die nigerianische Regierung, auch gegenüber H. Schmidt, außenpolitisch einen konsequenten anti-imperialistischen Standpunkt (vor allem in der Sache Zimbabwes und Südafrikas) einnimmt, erweist sich ihre Außen- und Wirtschaftspolitik als zweideutig, wenn nicht sogar widersprüchlich.

Denn die Wirtschaftsbeziehungen zwischen Nigeria und der BRD, die ja Südafrika explizit wirtschaftlich nicht boykottieren will, werden allgemein als ausgezeichnet geschildert. Kanzler Schmidt erwähnte in seiner Rede im Nigerianischen Institut für Auswärtige Angelegenheiten sogar, daß Nigeria seit einem Jahr der wichtigste Handelspartner – der zweite ist Südafrika – in ganz Afrika sei (Spiegel, S. 39, Nr. 26, 1978). Deutsche Firmen, einschließlich Baufirmen wie z.B. Julius Berger, Strabag, ein Montagewerk (Volkswagen) und große Wirtschaftsunternehmen (z.B. Siemens, Höchst etc.) zählen zu den bedeutendsten Multinationalen Konzernen, die frei in Nigeria wirtschaften. Als Entwicklungsland hat Nigeria Anspruch auf deutsche Experten, die an mehreren technischen Einrichtungen im ganzen Land arbeiten (Nigerian Herald, 26. Juni, 1978).

Am zweiten Besuchstag weist der New Nigerian in seinem Leitartikel (27.6.1978) unter der Überschrift 'Ein paar offene Fragen an Herrn Schmidt' darauf hin, daß die westdeutsche Regierung im März 1978 eine Spendensammlung der drei westdeutschen Organisationen (KBW, KPD und der Sprecherrat des Soldaten und Reservistentages) für die Patriotische Front beschlagnahmt hat (Artikel auf Seite 19).

Da das Regierungspräsidium Tübingen feststellte, daß mit diesen Spenden die Harmonie der rhodesischen Regierung beeinträchtigt würde, fragt der 'New nigerian' Kanzler Schmidt: „Wer ist das, die rhodesische Regierung? Die Briten, deren koloniale Verantwortung für Rhodesien die Bundesrepublik anzuerkennen behauptet (...), haben 1968 kategorisch erklärt, daß es keinen rhodesischen Staat gäbe und daß das Smith Regime keine rhodesische Regierung sei. Welche außenpolitischen Schwierigkeiten werden sich in den Beziehungen zu 'Rhodesien' ergeben, wenn Westdeutschland keinerlei Beziehungen zu den illegalen Regime unterhält? Oder unterhält es Beziehungen zu Smith? Erkennt Westdeutschland die verschiedenen Resolutionen des Weltsicherheitsrates an, vor allem die letzte, die Resolution 423 von 1978? (Sie besagt, daß die Existenz des illegalen rhodesischen Regimes für das Gebiet keine Sicherheit und Stabilität mehr garantieren könne und eine ernsthafte Bedrohung für den internationalen Frieden und Sicherheit bedeute). Respektiert die Bundesrepublik die kollektive Abstimmung der Afrikanischen Staaten in der Organisation für Afrikanische Einheit? Oder respektiert sie diese Auffassung nicht? Denn die OAU hat in einer Resolution auf dem 1977er Gipfeltreffen die Patriotische Front als die rechtmäßige Repräsentantin des Volkes von Zimbabwe anerkannt und alle Freunde Afrikas aufgerufen, sie (die Patriotische Front) zu unterstützen."

Kurz vor seiner Abreise erklärte Bundeskanzler Schmidt, daß die BRD keiner Befreiungsorganisation in Afrika militärische noch irgendwie sonstige Hilfe zukommen lassen wird. Er gab zu, daß seine Regierung Gelder für die Patriotische Front beschlagnahmt hat.

Darauf der 'Nigerian Herald' (30.6.78): „Hören Sie nur, was der Kanzler antwortete: Die drei Organisationen seien 'kleine Kommunistische Organisationen' und würden nicht den Standpunkt und die Auffassung der Westdeutschen repräsentieren." In seiner Rede im Nigerianischen Institut für auswärtige Angelegenheiten meinte Schmidt noch, man solle sich doch lieber von 'seriösen Regierungen' informieren lassen. Außerdem verfolge die BRD konsequent den Kurs der Entspannung und habe jegliche Waffenlieferungen in irgendein anderes Land eingestellt. In Bezug auf die fortdauernde wirtschaftliche Zusammenarbeit mit Südafrika meinte der Kanzler: „Niemand hat ein Handelsembargo mit Südafrika eingeführt, und ich weiß nicht, warum sich Deutschland anders als andere verhalten soll.. Wir haben schon seit vielen Jahrzehnten wirtschaftliche Verbindungen mit Südafrika" (zit. im Nigerian Herald, 30.6.78). Die Bundesrepublik habe eine freie Wirtschaft und für Unternehmen, die in Südafrika operieren, einen Verhaltenskodex festgelegt und die Unternehmen gebeten, in ihrer Beschäftigungspolitik die Gleichberechtigung ohne irgendeine Form der Diskriminierung anzuwenden.

Der Nigerian Herald (vom 30.6.1978) hat dazu folgenden Einwand: „Wie können deutsche Unternehmen in dem Apartheid-Staat Südafrika nach einem deutschen Verhaltenskodex vorgehen und die Gleichberechtigung von Schwarzen und Weißen durchführen in einem Land, wo genau das verboten ist? Was glauben die eigentlich, mit wem sie es zu tun haben!? Alle Staaten Afrikas sollten eines klar sehen. Westdeutschland wie übrigens alle westlichen Staaten hat uns in Wort und Tat zu verstehen gegeben, daß wir es nicht auf unsere Seite bringen können im Kampf für die Befreiung der unterjochten Länder und Völker Afrikas . . . "

el

Sahara

Geänderte Taktik

Die französische Armee ist dazu übergegangen, von der senegalesischen Basis Ouakam bei Dakar aus Luftangriffe gegen die Polisario im ganzen Gebiet der DARS (Demokratische Arabische Republik Sahara) bis hin zu marokkanischen Grenze auszutragen; hierbei kooperiert sie offenbar eng mit der marokkanischen Armee (africa, Juli 1978). Die Polisario tritt deshalb nur noch in kleinen und kleinsten militärischen Einheiten auf und operiert vorwiegend zur Nachtzeit. Daneben wurden Sabotagetrupps in mauretanischen Städten aufgestellt. Die Operationen richten sich vor allem gegen die mauretanische Erzbahn von Zouerate nach Nouadhibou und führten dazu, daß ein großer Teil des Personals der Bahn den Dienst quittierte.

Die USA halten sich von der Achse Paris-Rabat-Nouakchott fern und pflegen beste Beziehungen zu Algerien, das zusammen mit Libyen die Polisario unterstützt, u.a. mit sowjetischen Waffen. Was die UdSSR nicht hinderte, kürzlich einen 9 Milliarden-Dollar-Handelsvertrag mit Marokko zu schließen (26.7.1978, jeune afrique).

Die Sahara-Frage spaltet weiterhin die OAU, (Organisation für Afrikanische Einheit), da die westlichen Länder Druck auf ihre Satelliten ausüben, die Behandlung des Themas möglichst zu vertagen und die DARS nicht anzuerkennen.

Tschad

Keine Friedensverhandlungen
(vgl. „blätter" Nr. 69)

Die massive Intervention der französischen Armee im Tschad brachte den offenen Vormarsch der FROLINAT zum Stehen. Die Infiltration des Südens durch die Frolinat, die im Norden und im Zentraltschad bereits verankert ist, setzt sich jedoch unvermindert fort. Da die Frolinat bereits überall tätig ist, einschließlich der Hauptstadt Ndjamena, sind Überlandtransporte nur noch in Konvois möglich, die oft an beide Seiten Wegzoll zahlen müssen. Der Luftverkehr ist unter der Drohung der SAM-Raketen der Frolinat gefährdet.

Die französischen „Helfer" haben vor dem Volk, das sie schützen sollen, so viel Angst, daß sie in Ndjamena afrikanische Stadtviertel überhaupt nicht, den Rest der Stadt nur in Gruppen von mindestens vier und auch das nur bis Mitternacht besuchen können (4.7.1978, Le Monde).

In Frankreich ist es zu heftigen Auseinandersetzungen über den Neo-Kolonialkrieg gekommen. Air France-Arbeiter protestierten gegen den Einsatz von Boeing 707 der Staatsgesellschaft zum Transport von Truppen in

den Tschad. Sie fürchten, daß die Benutzung von Air France Maschinen dem Image der Gesellschaft schaden und Vergeltungsmaßnahmen provozieren könnte (West Africa). Während der französische Entwicklungshilfeminister Robert Galley die französischen Militäraktionen im Tschad als einen „Fall legitimer Selbstverteidigung" gegen Rebellen verteidigte, sprach Sozialistenchef Mitterand von der „Unwürdigkeit, 600 Menschen im Tschad zu töten,um einen Diktator zu retten". Georges Marchais, KP-Vorsitzender, beschuldigte Frankreich ebenso wie Libyens Staatspräsident Chaddafi, einen Kolonialkrieg zu führen.
Ein erneuter Versuch, in Pripolis ein Friedensabkommen zu schließen, scheiterte an der Forderung der Frolinat nach dem Abzug der französischen Truppen als Vorbedingung der Aufnahme von Friedensgesprächen (8.7., Le Monde).

as

Zaire

HINTERGRÜNDE DER SHABA-INVASION

Dieser Artikel stellt eine Ergänzung zur Zaire-Chronik in Nr. 70 der „blätter des iz3w" dar. Er skizziert die Geschichte und die heutige Rolle der FLNC und geht auf die Interessen der am Konflikt beteiligten imperialistischen Mächte ein.

(Red.)

Was ist die FNLC?

Frage: Welchen spezifischen Charakter und welche Geschichte als Befreiungsbewegung hat die FNLC; Welche Ziele verfolgte sie mit der diesjährigen Invasion Kolwezis?

Die FNLC entstand 1968. Sie rekrutierte sich damals hauptsächlich aus den sezessionistischen „Katanga-Gendarmen", die nach ihrer letzten Niederlage 1967 aus Zaire nach Angola flüchten mußten. Der Führer der FNLC, General Mbunda, war vor seiner Flucht Vorsitzender der Minengesellschaft von Hochkatanga und Polizeichef von Kolwezi.

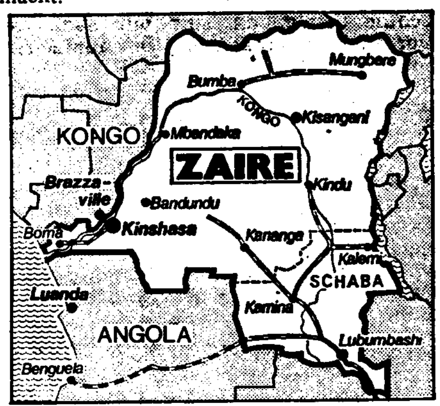
Mit zunehmender Repression des Mobutu-Regimes in den 70er Jahren kamen schließlich 200.000 zur Flucht gezwungene Oppositionelle aus dem gesamten Zaire in angolanisches Asyl.

Auf diese Weise verließ die FNLC Stück für Stück ihr sezessionistisches Ziel. Die portugiesische Kolonialmacht machte dieser Armee zur Auflage ihrer Aufenthaltsgenehmigung, gegen die aus Zaire agierende angolanische „Befreiungs"bewegung FNLA zu kämpfen. Im angolanischen Befreiungskrieg 1975/76 kämpfte die FNLC deshalb auf Seiten der sozialistischen MPLA, da sie bei einem FNLA-UNITA-Sieg unweigerlich in die tödlichen Hände Mobutus ausgeliefert worden wäre. Sie hielt fast allein den gesamten Osten Angolas für die MPLA und hatte vor dem Eintreffen der Kubaner wesentlichen Anteil an der Verteidigung Luandas gegen die zairischen Invasionstruppen, die an der Seite der FNLA-UNITA kämpften. Aus diesem erneuten Krieg ging die FNLC zahlreicher, besser ausgebildet und besser ausgerüstet als jemals zuvor hervor. Ihre sowjetischen und kubanischen Waffen stammen aus dieser Zeit.

Trotz dieser unbestreitbaren Verdienste der FNLC für den Sieg der MPLA in Angola blieb das Verhältnis dieser beiden Bewegungen gespannt. Mbunda hatte in der ostangolanischen Region um Tehikapa und Texeira de Souza eine autonome Herrschaft errichtet: Er schuf eigene Gefängnisse und eine eigene Rechtsprechung, ließ zahlreiche Exilanten anderer politischer Richtungen willkürlich verhaften, erhob eigene Steuern und bestritt dem angolanischen Präsidenten Neto die Oberhoheit über seine Truppen.

Nach einem Bericht in Le Monde diplomatique vom Mai 77 hat Neto sich beim Treffen mit Mobutu in Brazzaville 1976 verpflichtet, als Entgelt für die Entwaffnung der FNLA in Zaire durch Mobutu seinerseits die FNLC in Angola zu entwaffnen und die beiderseitige Rückführung der Flüchtlinge zu ermöglichen.

Als diese Aktion im Frühjahr 1977 anlaufen sollte, trat Mbunda mit einem Teil seiner Truppen die Flucht nach vorne an und startete die erste Shaba-Invasion vom 8. März 77. Dahinter schien mehr das Interesse der dabei mehr passiven USA und Belgiens an einer Ablösung des bankrotten Mobutu-Regimes zu stehen als der Einfluß von Sowjets und Kubanern: die westlichen Informationen über einen bevorstehenden Angriff der FNLC wurden streng geheimgehalten. Die gemäßigte Oppositionsbewegung MARC beschuldigte die FNLC sogar, 150 Mio. belg. Franc für ihren – nur schwer erklärbaren – Nichtangriff auf die „belgische" Minenstadt Kolwezi erhalten zu haben (Jeune Afrique, 106.77). Doch diese Vision einer Verhandlungslösung wurde dann durch die französisch-marokkanische Militärintervention zugunsten Mobutus zunichte gemacht.



Die nachträgliche Übereinstimmung der USA und Belgiens mit der harten französischen Haltung führte auf Seiten der FNLC offenbar zu großer Verbitterung. Mit der Intensivierung des Kampfes – die FNLC hatte Shaba seit dem 8. 3. 77 nicht mehr verlassen –, der in der diesjährigen Besetzung Kolwezis kulminierte, wollte die FNLC dem Motubu-Regime jegliche Glaubwürdigkeit in Zaire selbst, aber besonders gegenüber den Westmächten abschneiden. Letztere hatten sich gerade angeschickt, mit dem zusammen mit der IWF ausgearbeiteten „Investitionsplan zur Gesundung der Wirtschaft" dem Regime einen neuen Atem zu geben. Gleichzeitig wollte die FNLC mit der Einnahme des ökonomischen Herzens von Zaire, Kolwezi, das Regime von Kinshasa seiner wesentlichen Ressourcen zur Aushaltung seiner lokalen Klientel berauben.

Diese Ziele konnten nur z.T. erreicht werden. Die vorschnelle frz. Intervention zugunsten des Mobutu-Regimes verhinderte erneut seine mögliche „weiche Ablösung, die angesichts der westlichen Rohstoff-Interessen in Shaba immer risikoreicher wird 1). Mobutu scheint heute nach Ausschaltung sämtlicher möglicher Kronprinzen für den Westen ohne Alternative zu sein, wie sich aus dem jetzt beschlossenen Programm zur politischen, militärischen, ökonomischen und sozialen Stabilisierung bzw. Erneuerung des Mobutu-Regimes ablesen läßt. Im Falle eines Scheiterns dieses Plans, der offenbar kompromißlos gegenüber der FNLC durchgezogen werden soll, könnte sich die jetzige frz. Rettungsaktion als Bumerang erweisen. Denn die erneute militärische und diplomatische Abweisung der FNLC durch die Westmächte wird ihre prowestlichen Kräfte weiter schwächen und ihre innere sozialrevolutionäre Radikalisierung vorantreiben, die sich im Verhältnis zum letzten Jahr schon deutlich fortentwickelt hat.

Neben die Strategie von spektakulären militärischen Eroberungen, gefolgt von diplomatischen Verhandlungen, wird in Zukunft noch stärker die klassische Strategie eines Volkskrieges treten (vgl. Le Monde 23. 5. 78).

Ich möchte im folgenden Teil versuchen, grob die Krisenlösungsstrategien seitens der USA und Westeuropas zu skizzieren.

Die amerikanische Vision:
Eine neue schwarze Mittelschicht

Die amerikanische Haltung zu den Konflikten in Afrika ist äußerst widersprüchlich. Während Carter für eine aggressivere Reaktion auf die Ausweitung des sowjetisch-kubanischen Einflusses in Afrika plädiert, sind ihm seine Hände derzeit noch durch den Kongress gebunden, der sich nach dem Vietnam-Debakel die Entscheidungsbefugnis über direkte amerikanische Militäroperationen im Ausland erkämpft hat. Die Mehrheitstendenzen im Kongreß erscheinen oft isolationistisch, real sind sie jedoch eingebettet in einen offensiven weltweiten Wirtschaftsliberalismus, der nicht zufällig immer von den ökonomisch stärksten Nationen propagiert wird.

Die „isolationistischen" Tendenzen erklären sich auf dem Hintergrund, daß die USA in weitaus geringerem Maße als Westeuropa von Afrika rohstoffabhängig und damit auf dessen direkte Ausbeutung angewiesen sind. Ihr primäres Interesse richtet sich – zur langfristigen Sicherung ihrer kostspieligen Kapitalinvestitionen – auf die Herstellung möglichst stabiler politischer Verhältnisse. Diese sollen sich nicht nur auf diktatorische Gewaltanwendung, sondern auch zunehmend auf die politische (!) Integrationskraft der Regime in Bezug auf ihre jeweiligen Bevölkerungen stützen.

Das ist der eigentliche Back-Ground von Carters weltweit propagierter Menschenrechts- und Demokratisierungspolitik, mit der er hofft, den Einfluß der ökonomisch – nicht militärisch – in ihren Möglichkeiten weit beschränkteren SU zurückzudrängen.
Die wachsende ökonomische Macht der USA in der Dritten Welt läßt in gewisser Weise für sie die Notwendigkeit von „Gorilla-Diktaturen" anachronistisch erscheinen und erlaubt selbst den Einschluß radikaler Befreiungsbewegungen in das politische System, solange daraus nicht dezidiert antiimperialistische Konsequenzen drohen.

Zur Sicherung ihrer Kapitalinvestitionen schwebt der neuen amerikanischen Außenpolitik – vermittelt über eine forcierte, auf westliche Bedürfnisse zugeschnittene Industrialisierung – die Heranbildung einer schwarzen Mittelschicht zur neuen Herrschaftselite vor. Diese soll dann den multimationalen Gesellschaften und den mit ihnen verbundenen nationalen Konzernen ihren sozialen und mate-

riellen Aufstieg aus dem schwarzen Proletariat verdanken und ein massives persönliches Interesse an der Stützung dieser neuen Abhängigkeitsstrukturen entwickeln. Was die USA derzeit brauchen, ist lediglich einige Jahre Zeit und politische Ruhe, in der sie ihr – dem Marshall-Plan vergleichbares –Investitionsprogramm für das südliche Afrika durchziehen können, um auf diese Weise dementsprechende politische Verhältnisse zu installieren, die ihre Interessen auf unabsehbare Zeit garantieren. Bis zur Herstellung dieser sublimen, ach so „menschlichen" Form der Ausbeutung ist auch die Aufrechterhaltung von brutalen Diktaturen a la Mobutu, Vorster u.a. vonnöten. Mancher Zweck mag manche Mittel heiligen, doch dieser Zweck ist eben auch nur die Ausbeutung billiger schwarzer Arbeitskraft.

Die Vision eines euro-afrikanischen Blocks

Die westeuropäische Interessenlage – massive Ausbeutung der reichen afrikanischen Rohstoffe im Austauch gegen europäische Konsumgüter für eine dünne Oberschicht – ist allen antiimperialistischen Bestrebungen in Afrika weitaus am gefährlichsten. Jegliche Selbstbestimmung eines afrikanischen Landes über seine natürlichen Reichtümer oder deren Verteuerung auf dem Weltmarkt trifft die ehemaligen Kolonialmächte an ihrem ökonomischen Lebensnerv.

Zur Ergänzung des Lome-Abkommens von 1975, in dem die wirtschaftlichen Abhängigkeitsstrukturen von Westeuropa festgeschrieben werden, kommt seit mehr als einem Jahr die Idee einer afrikanischen Friedenstruppe mit logistischer Unterstützung der Europäer, v.a. Frankreichs, in die Diskussion.

Die Franzosen – die „Kubaner des Westens" – haben heute schon über 15.000 Soldaten ständig auf afrikanischem Boden stationiert und sind derzeit allein an 3 Kriegsschauplätzen Afrikas (Westsahara, Tschad, Zaire) präsent, wo ihre neokolonialen Interessen durch radikale Befreiungsbewegungen in Frage gestellt werden. Ihre atomare Zusammenarbeit mit der Südafrikanischen Republik paßt voll in dieses Sicherheitskonzept.

Wenn die westeuropäischen Medien heute lautstark die Aufkündigung der amerikanisch-sowjetischen Entspannungspolitik fordern, so steht dahinter die Befürchtung, daß die amerikanischen Bündnispartner auf Kosten europäischer Interessen in Afrika Zugeständnisse der SU auf anderen Gebieten einhandeln könnten.

Daß die BRD bei den westlichen Gipfelgesprächen über Shaba gegen die weiche Linie der USA, Großbritanniens und Belgiens die harte Linie Frankreichs unterstützte, sollte uns hier bei unserer zukünftigen Antiimperialismusarbeit massiv zu denken geben!

Johannes Schweitzer

Anmerkung:
1) Le Monde Diplomatique vom Juni 78 erklärt die relative Zurückhaltung der Belgier beim Eingreifen zugunsten Mobutus und ihre Befürwortung des ‚Sparprogramms' des IWF damit, daß Belgien wegen seiner ökonomischen Interessen in Zaire (Bergbau) langfristig auf eine funktionierende Infrastruktur und eine halbwegs effektive Staatsverwaltung angewiesen sei und daher gegen eine Absetzung der korrupten Mobutu-Clique wenig einzuwenden habe; wohingegen das französische Kapital hauptsächlich am kurzfristigen Profit interessiert sei, den es durch den Verkauf von Luxusgütern und teuren technischen Anlagen an eben diese Clique mache und außerdem die herrschende Korruption dazu benutze, sich in zairische Firmen einzukaufen und daher entschlossen sei, unter allen Umständen an Mobutu festzuhalten und dem Sparprogramm reserviert gegenüberstehe.

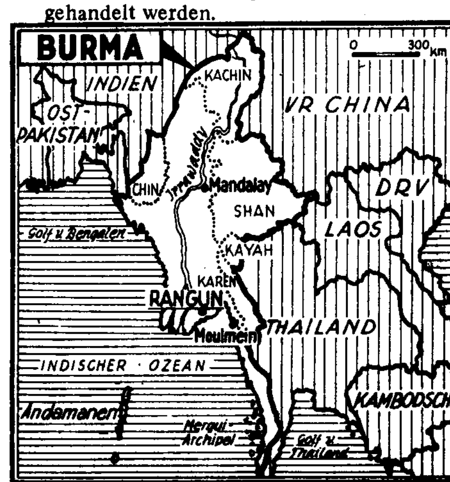


Burma

Etwa 200 000 Rohingya, muslimische Bewohner der zentralburmesischen Provinz Arakan, strömten in den vergangenen Wochen über die Grenze des benachbarten Bangla Desh. Der Flüchtlingswelle voraus ging die „Aktion Drachenkönig", nach offizieller Darstellung der burmesischen Zentralregierung eine normale „Volkszählung und Überprüfung der Staatsangehörigkeit", der sich die – so Rangun – in letzter Zeit illegal eingewanderten Moslems hätten entziehen wollen.
Die Ansicht der Flüchtlinge selbst widerspricht jedoch dieser Darstellung: mit Waffengewalt, unter Bedrohungen, Mißhandlungen, Vergewaltigungen und vereinzelten Ermordungen seien sie von Armee-Einheiten aus dem Land verjagt worden, das ihre Vorfahren seit Generationen besiedelten.
In der Tat können die Rohingya, die mit 1,2 Mio gut die Hälfte der arkanesischen Bevölkerung ausmachten, belegen, daß die ersten muslimischen Einwanderungswellen bis aufs 7. Jh. zurückgehen und einige der arkanesischen Königshäuser muslimischer Herkunft waren. Während der Besetzung Burma's durch die Japaner im Verlauf des Pazifikkrieges 1942 – 1945 war etwa die Hälfte der muslimischen Bevölkerung in das angrenzende Bangla Desh geflüchtet, von der allerdings die Mehrheit mit Erlangung der Unabhängigkeit 1948 und Gründung der „Sozialistischen Republik der Union von Burma" wieder zurückwanderte (FR v. 19.6., LM v. 3.5.78, Spiegel v. 16.6.78).
Angesichts dieser Tatsachen erscheint die Ranguner Darstellung, es handele sich bei den Flüchtlingen um illegale Einwanderer, als unglaubwürdig.
Seit einigen Jahren sieht sich die Regierung Ne Win, im März 1962 durch einen Staatsstreich an die Macht gekommen und 1974 und 1978 in Wahlen bestätigt, vor unüberwindliche Schwierigkeiten gestellt:

Ursprünglich angetreten mit dem Anspruch, einen eigenen Weg zum Sozialismus zu entwickeln unter bewußtem Verzicht auf jedwede ausländische Unterstützung, die – so bemerkte Ne Win seinerzeit ganz richtig – „verkrüppelt, lähmt und allen, die sie annehmen, die Kontrolle über ihr eigenes Land raubt", konnte sie aber in der Folgezeit weder die auftretenden wirtschaftlichen Probleme noch die Minoritätenfrage lösen.
Die jetzt mit einem politischen Kurswechsel unternommenen Versuche, der anstehenden Probleme Herr zu werden, stoßen offensichtlich in Regierung und Einheitspartei („Partei des sozialistischen Programms von Burma" PSPB) auf starken Widerstand:
Putschversuche jüngerer Offiziere (1976), Säuberungswellen 1977/78, mit denen an die 55 000 Parteimitglieder aus der PSPB ausgeschlossen wurden, völlige Neukonstitution des ZK und des Politischen Büros auf einem außerplanmäßig angesetzten Parteitag, der dem bis dahin abgeschlagenen Ne Win wieder zur Macht verhalf, und Liquidation politischer Gegner kennzeichnen die innenpolitische Lage (NZZ 10.4.77; LM 26.5.78).
Die Tendenz geht dahin, fortschrittliche Kräfte aus der Partei auszuschließen – so wurden im Februar '78 vier ehemalige Parteikader zum Tode verurteilt, da sie für eine Autonomie Arakans eintraten, und das ZK-Mitglied Saw Oo, offizieller Sprecher der PSPB, stellte fest, daß „mittlerweile die Partei von Extremisten und Kommunisten gesäubert worden sei" –, um unter Aufgabe der bisherigen Prinzipien eine Neue Politik durchführen zu können, eine Politik der engeren Zusammenarbeit mit dem Westen und Japan (NZZ, 27.1.78).
In diesem Sinne soll ein im Herbst '77 neuerlassenes Gesetz in großem Ausmaß in- und ausländische Privatinvestitionen anlocken. Anfang dieses Jahres beantragte Burma beim „World Bank Office" einen sehr viel höheren Kredit als bisher (250 Mio US $). 39 Mio. US $ wurden alleine für den Bau einer Pipeline als Kredit aufgenommen, die Rückzahlung soll in Erdöl erfolgen (Business Times v. 3.2.78, afrique-asie Nr. 152 v. 9.1.78). Auch die BRD-Regierung äußert ihr Interesse: „. . Technisches Know-how der Bundesrepublik und die Ressourcen Burma's könnten eine für beide Seiten nutzbringende Ehe eingehen. Ich bin überzeugt, auf deutscher Seite werden sich Partner für Burma finden", so die Bundesministerin für wirtschaftliche Zusammenarbeit, Schlei, im Febr. 1978 (Bulletin v. 14.2.1978).
Durch diesen politischen Kurswechsel versucht die burmesische Zentralregierung, den wirtschaftlichen Karren aus dem Dreck zu ziehen, der sich auszeichnet durch

1. eine galoppierende Inflation; so haben sich seit 1972 die Lebenshaltungskosten gut verdreifacht (NZZ 10.4.1978).
2. einen überaus blühenden Schwarzmarkt, auf dem einerseits aus dem Ausland (Thailand und Malaysia) eingeschmuggelte artikel, andererseits aber auch die in staatlichen Betrieben produzierten Güter gehandelt werden.



Kostet z.B. ein Sarong (Beinbekleidungsstück) in den staatlichen Warenhäusern theoretisch 16,5 Kyat (1) – theoretisch, weil dort praktisch nie welche angeboten werden – so ist er auf dem Schwarzmarkt problemlos für 28 Kyat zu erwerben. Erklärbar ist dies nur durch eine unglaubliche Korruption der für die Produktion und Verteilung von Gütern verantwortlichen Beamten (LM v. 27.5.1978; Afrique-Asie Nr. 157 v. 20.3.1978).
Obwohl die Verteidigungsausgaben über 1/3 des Staatshaushaltes verschlingen, hat die Regierung effektiv nur die Städte Zentralburmas unter fester Kontrolle (FR v. 6.1.1978). Und das stört Ne Wins politische Pläne empfindlich. Denn, begrüßen die westlichen Industriestaaten auch das neue Wirtschaftsprogramm, so sind sie vorläufig mit Investitionen noch sehr zurückhaltend, da ihnen die innenpolitische Situation noch zu unsicher scheint:
Die Union Burma umfaßt außer den 18 Mio. Burmanen, die hauptsächlich im Irawaddy Delta konzentriert leben, noch bedeutende Minderheiten: 3 Mio. Chans, 2,5 Mio Karens, 1 Mio MOns, und 2,5 Mio Kachins, Arakanis und Kayas. Seit der Staatsgründung 1948 kämpfen diese Völker für die Verwirklichung ihrer Autonomie, da sie sowohl in der Zentralregierung als auch in ihren eigenen regionalen Verwaltungen ihre Interessen nicht genügend vertreten sehen. Sie bauten verschiedene Befreiungsorganisationen auf und entzogen große Teile ihrer Gebiete der militärischen und politischen Kontrolle Ranguns (nach offiziellen Angaben mindestens 1/3 des Staatsgebiets). In den letzten zwei Jahren machte der Zusammenschluß der einzelnen regionalen Organisationen erhebliche Fortschritte: 1976 schlossen sich die Karens und Chans unter Führung der von China unterstützten kommunistischen Partei („Weiße Fahne") zusammen und kontrollieren jetzt völlig die Grenzgebiete zu China, Laos und Thailand (LM v. 29.5.1978, Afrique-Asie Nr. 155 v. 20.2.1978). 1977 konstituierte sich die „Burmesische Befreiungsfront, die keine Autonomiebestrebungen einzelner Regionen verfolgt, sondern „alle fortschrittlichen Kräfte Burmas zur Befreiung des Landes und Gründung der Volksrepublik Burma aufruft" (Afrique-Asie Nr. 152, Auszug aus der Gründungserklärung). Diese Organisation umfaßt die „partei der fortschrittlichen Sozialisten", verschiedene Bauernföderationen, die „Burmesische Partei fortschrittlicher Moslems" u.a.

Einschätzung;
Die burmesische Zentralregierung hält offensichtlich ihren ursprünglichen eigenen Weg zum Sozialismus nicht mehr für gangbar und sucht Anschluß ans internationale Kapital. Zu diesem Zweck braucht sie vor allem Ruhe im eigenen Land. Die Vertreibung der muslimischen Bevölkerung aus dem bisher teilautonomen Arakan, in dem sich im letzten Jahr die Kämpfe erheblich verstärkt hatten, könnte ein Mittel dazu sein: Ein Versuch, die Strukturen der arakanischen Befreiungsorganisationen zu zerschlagen und mit diesem Exempel die anderen fortschrittlichen Organisationen des Landes einzuschüchtern.

dp

Anmerkung:
1) 1 US-$ = 6,7 Kyat (auf dem Schwarzmarkt das 3- bis 4-fache.)

Iran

Die Berichte über den Iran werden weitgehend durch die seit einem dreiviertel Jahr nicht abebbenden Aufstände bedingt. Die Zeit der öffentlichen Zurückhaltung und Resignation (unter dem Eindruck der brutalen Zerschlagung der Protestbewegung im Juni 1963) grosser Teile der Opposition scheint – zumindest vorerst – vorüber zu sein.

In allen Großstädten Irans und teilweise sogar in Kleinstädten lodern immer wieder Aktionen gegen den Schah und sein Regime auf: Kundgebungen, friedliche Demonstrationen, Angriffe auf Banken, Behörden und Parteibüros (und deren Zerstörung), Streiks. Man muß sich dabei immer vor Augen halten, unter welchen Bedingungen solche Unmutsäußerungen erfolgen müssen: In einem Staat mit einem ausgedehnten Bespitzelungssystem, mit Erschießung von Oppositionellen auf offener Straße und mit zigtausenden politischen Gefangenen. So berichtete die Pariser Rechtsanwältin Madeleine Lafue-Veron, die im Dezember 1977 unter der Schirmherrschaft der Internationalen Vereinigung Katholischer Juristen politische Gefangene besuchen wollte, daß sie weder bei ihren Untersuchungen in Chile, im Griechenland der Junta, noch in der Türkei oder in Argentinien bei der Bevölkerung eine solche Angst verspürt habe wie im Iran (AK 20.3.78). Unter solchen Umständen erlangen die augenblicklichen Revolten eine besondere Bedeutung.

Nach den Protesten im November und Dezember 1977, die noch stark auf die Universitäten und Intellektuellenkreise beschränkt gewesen waren, kam es am 9. und 10. Januar 78 in der zentraliranischen Stadt Ghom zur Formulierung einer breiten Oppositionsfront gegen das Schahregime, insbesondere durch das Eingreifen religiöser Gruppen. So war es auch am 18. 2. in der westiranischen Stadt Täbris und am 29. und 30. 3. bei Aufständen in fast allen Teilen des Landes (zur Entwicklung bis zu diesem Zeitpunkt vgl. ‚blätter' Nr. 69, Mai 1978). Die Regelmäßigkeit, mit der diese Aktionen auftraten, liegt daran, daß die Zeit von 40 Tagen im ganzen Islam die traditionelle Trauerperiode ist, die nach dem Tod einer Person eingehalten und durch eine Erinnerungsfeier am 40. Tage nach dem Tode abgeschlossen wird. So tragen die wiederholten Protestdemonstrationen den Charakter von Gedenkdemonstrationen für die Toten der vorausgegangenen Proteste. Und so ist in der Tat der Ablauf jedesmal sehr ähnlich: Die höchsten Führer des Landes, unterstützt von einem Großteil der politischen Opposition, rufen ihre Anhänger (gut 95% der iranischen Bevölkerung sind Moslems, davon fast alle der schiitischen Richtung) 40 Tage nach einem Massaker zur Demonstration auf. Daraufhin ziehen Hunderttausende durch die Straßen und attackieren dabei Symbole der Unterdrückung und des Luxus, der ihnen verwehrt bleibt. In Erwartung der Proteste sind Armee und Polizei zusammengezogen und gehen sofort mit äußerster Brutalität gegen die Demonstranten vor (NZZ 3.4.78, Afrique-Asie 17.4.78).

So kam es nach den Unruhen Ende März vom 7. bis 11. 5. zu neuen Kundgebungen gegen das Schah-Regime in fast allen Städten des Landes, insbesondere jedoch in Ghom, Täbris und Teheran. Durch die Repression des Militärs mußten wieder viele Opfer beklagt werden. Die Hauptstadt glich einer „belagerten Stadt". An allen strategisch wichtigen Punkten waren Polizisten und Soldaten in Stellung gegangen. Hubschrauber kreisten tief über den Dächern (FR 16.5.78). Die vielen Verhafteten wurden vor Militärgerichte gestellt, nachdem die Zivilgerichtsbarkeit es abgelehnt hatte, sich mit ihnen zu befassen. Die meisten Universitäten waren im Ausstand, in Täbrik weigerten sich sogar die Professoren, die Vorlesungen wieder aufzunehmen. Viele Universitätsgelände wurden von Militäreinheiten besetzt (FR 11., 16., 17., und 18. 5. 78, LM 11. 5. 78, Afrique-Asie 29. 5. 78).

40 Tage darauf ist der Aufruf, am 17. 6. zu Hause zu bleiben und die Geschäfte nicht zu öffnen (Aktion „Tote Stadt"), im Basarbereich Teherans und in Teilen Täbris weitgehend befolgt worden. Von Militärübergriffen wurde nichts berichtet (FR 19. 6. 78). Im Andenken an die Opfer der Niederschlagung der national-liberalen Opposition 15 Jahre zuvor, war es schon am 5. 6. 78 in mehreren großen Städten zu einer Aktion „Tote Stadt" gekommen (Afrique-Asie 26. 6. 78). Anfang Juli kam es in Kermanshah im Südwesten Irans zu einer starken Demonstration gegen die Regierung (FR 3. 7. 78). Für alle diese Aktionen macht der Schah und seine Regierung „Schwarze Reaktionäre und rote Revolutionäre, die sich beide gegen die Modernisierung des Landes stellen", verantwortlich. Große Teile der hiesigen Presse übernehmen diese Interpretation unbesehen, so z.B.: „Der Ursprung des Aufruhrs ist religiöser Natur: Die strenggläubigen Schiiten von Ghom lehnen sich gegen die Säkularisierung des Landes auf. Folglich richtet sich ihre Zerstörungswut gegen Banken, Hotels und Autos als den Werten der neuen Zeit. Doch es ist Reza Schah Pahlewi, der mit seiner Politik einer forcierten Industrialisierung und Modernisierung zwangsläufig die Traditionen und die Lebensweise gläubiger Moslems abwertet; so richtet sich deren Protest auch gegen ihn und wird zur politischen Demonstration. Zur religiösen Komponente des Aufruhrs tritt eine sozial-revolutionäre; marxistische Gruppen führen seit Jahren einen Guerillakrieg gegen das Regime des Schahs, wobei ihnen die im Gefolge der Industrialisierung sich auftürmenden sozialen Probleme zugute kommen" (J. Riedmüller in der SZ v. 11. 5. 78).

Dem ist entgegenzuhalten:

1.) Die Protestbewegung ist nicht auf einige politische Randgruppierungen beschränkt, sondern findet in der überwiegenden Mehrheit der Bevölkerung, insbesondere im städtischen Bereich, Unterstützung (die FR spricht sogar von einem „Nationalen Widerstand", FR 16. 5. 78). Die Bewegung hat gerade dadurch erst zu ihrer augenblicklichen Stärke gefunden, daß sich zusätzlich zu den seit schon einigen Jahren im Untergrund kämpfenden „Volksmudschahidin" und „Volksfedajin-Guerillas" nun auch wieder die bürgerlich-liberale Opposition in der Tradition Mossadeghs (der als Ministerpräsident 1951 das iranische Erdöl nationalisierte und daraufhin 1953 vom Schah mit amerikanischer Unterstützung gestürzt wurde) und Ayatollah Khomeinys (der als einer der wichtigsten Funktionsträger in der schiitischen Hierarchie, deren Oberhäupter den Titel Ayatollah zu tragen pflegen, den von der Armee niedergeschlagenen Aufstand gegen den Schah im Juni 1963 mit entfacht hatte) im Widerstand engagiert hat.

2.) Der ‚reaktionäre' Charakter der islamischen Opposition ist nicht so evident, wie es auf den ersten Blick erscheint. Wenn (offen-

sichtlich geplant und selektiv) Regierungsgebäude, Einrichtungen der Einheitspartei, Sprachschulen, Läden, Kinos und vor allem immer wieder Banken angegriffen werden, so nicht, weil sie Symbole des ‚Fortschritts' und der ‚Modernität' sind, sondern weil sie stellvertretend für eine Entwicklung stehen, in der das reale Einkommen der Bevölkerungsmehrheit seit Jahren sinkt, während eine Oberschicht mit ihrem Luxuskonsum unerfüllbare Wünsche weckt. Dieses wird auch deutlich in einem Interview, das Ayatollah Khomeiny in seinem irakischen Exil gab. Dabei wendet er sich gegen die oft erhobenen Behauptungen, die islamische Oppositionsbewegung im Iran sei gegen die Gleichberechtigung der Frau und wolle den während der „weißen Revolution" enteigneten Feudalherren ihr Land zurückgeben. Vielmehr gehe es in den augenblicklichen Protesten um elementare Menschen- und Bürgerrechte:

„Die individuellen Freiheiten sind zerstört, freie Wahlen gibt es nicht, die Presse und die Parteien werden unterdrückt. Der Schah hat der Verfassung Gewalt angetan und ernennt die Abgeordneten selbst; politische und religiöse Gruppierungen sind verboten; es gibt keine richterliche Unabhängigkeit und keine kulturellen Freiheiten mehr." Und zu den augenblicklichen Aufständen meinte er: „Die Verschlechterung der allgemeinen wirtschaftlichen, sozialen und kulturellen Bedingungen und das Ausmaß der Repression haben einen unerträglichen Grad erreicht. Der jüngste Aufruhr sind die Ankündigungen einer gewaltigen Explosion mit unvorhersehbaren Folgen" (LM 6.5.78 und NZZ 12.5.78). Ähnliches bekannte auch Ayatollah Shariatmadhari, der augenblicklich wohl bedeutendste nicht-exilierte Moslem-Führer, nach den Protesten in Ghom (FT 20. 1. 78).



Panzerbelagerung von Teheran

3.) Auch wenn sich Ayatollah Khomeiny in dem Interview strikt gegen jedwede Zusammenarbeit (selbst taktischer Art zum Zwecke des Sturzes des Schahs) mit Materialisten und Marxisten aussprach, so ist nicht zu verkennen, daß große Teile der linken Bewegung innerhalb religiöser Strömungen Fuß gefaßt haben. Die Moscheen, mit ihren Informations- und Mobilisierungsmöglichkeiten, bilden im Augenblick den hauptsächlichsten Kristallisationspunkt des Widerstandes. Darüber hinaus gewinnt die Religion selber allerdings auch weiter an Bedeutung im Iran, insbesondere wohl auch deshalb, weil die moralische Integrität der Ayatollahs gegenüber dem Regime akzeptiert und im Zusammenhang mit dem Islam gesehen wird. Nun werden auch an den Universitäten wieder vermehrt Schleier und andere Insignien als Ausdruck der Opposition getragen. (LM 6. 4. 78 und Afrique-Asie 2. 5. 78).

An diesen Beispielen wird deutlich, daß die islamische Opposition in ihrem Widerstand gegen das Schahregime auch Forderungen stellt die objektiv gegen die Interessen der Bevölkerung, in diesem konkreten Fall gegen die der iranischen Frauen, gerichtet sind.

Der Schah ist durch die augenblickliche Situation in eine Zwickmühle geraten: einerseits müßte er zur kurzfristigen Beruhigung der Aufständischen zumindest dem Schein nach Zugeständnisse politischer und wirtschaftlicher Art machen. Eine solche Fassaden-Liberalisierung käme ganz offensichtlich den Wünschen der USA entgegen (und ist dem um die Menschenrechte so besorgten Carter bei den beiden Treffen im November 1977 in den USA und im Dezember 1977 im Iran sicher als Gegenleistung im Rahmen der umfangreichen neuen Waffenabkommen zugesagt worden). Zu solchen Schlußfolgerungen kam in ihrem Bericht auch die vom Schah eingesetzte Untersuchungskommission über die Hintergründe der Aufstände (offiziell: „Gruppe zum Studium iranischer Probleme"). Mit Ausnahme der kaiserlichen Familie geht sie mit allen Institutionen des Landes hart ins Gericht und wirft ihnen Ineffizienz, Hochmut, Täuschung und Repression der Bevölkerung vor, verbleibt allerdings bei der offiziellen These, ‚Agenten der Feinde Irans' seien für die Unruhen verantwortlich (FR 28. 6. 78). Auf der Linie dieser Kritik verließen auch viele Politiker die Einheitspartei „Rastakhiz" (Wiedergeburt) (FR 21. 6. und 18. 7. 78).

Demgegenüber sieht sich der Schah zur Beruhigung der nach Ruhe und Ordnung rufenden verängstigten Oligarchie in der Industrie, im Militär und im Staatsapparat gezwungen, hart durchzugreifen. So wurden die Gouverneure und die Polizeichefs der Regionen und Städte, wo es zu Revolten gekommen war, wegen Pflichtverletzung ausgewechselt und Verfahren gegen sie angekündigt. Der langjährige Chef des iranischen Geheimdienstes Savak (vgl. ‚blätter' Nr. 60, März 1977), Nematollah Nassiri, wurde durch den bisherigen Chef der iranischen Gegenspionage, General Nasser Moghadam, ersetzt und mit einem Botschafterposten in Pakistan abgespeist (FR 9. 6.78). Außerdem fehlen dem Schah nach der durch die Auseinandersetzungen auf der Straße entstandenen Polarisierung die Persönlichkeiten, die, versehen mit einem ‚liberalen' Anstrich, seine Politik durchführen wollten und könnten. In seiner Umgebung sind z.Z. die gesuchten ‚Gemäßigten' unauffindbar (Afrique-Asie 2. 5. 78).

Im Iran hat sich die Eigenversorgung mit Nahrungsmitteln weiter verschlechtert. Aus den kürzlich veröffentlichten Zahlen für die Importe der ersten neun Monate des iranischen Jahres 2536 (21. 3. – 21. 12. 1977) geht hervor, daß die Einfuhren von tierischen und pflanzlichen Produkten um jeweils über 50% gegenüber dem Vorjahr zugenommen haben (und das in einer Situation, in der sowieso schon über die Hälfte – wohl übertriebene Schätzungen gehen sogar bis zu 93% – des Bedarfs an Nahrungsmitteln durch Importe gedeckt werden müssen!). Die Aufgliederung nach den Herkunftsländern zeigt, daß aus der BRD vor den USA und Japan weiterhin die meisten Güter in den Iran kommen. Die Importe aus den RGW-Ländern konnten sich, allerdings von einem relativ niedrigen Ausgangsniveau, fast verdoppeln (NfA 31. 6. 78). Der Schah möchte offensichtlich eine Diversifizierung der Außenhandelsbeziehungen in Richtung RGW erreichen. So weilte er 1977 in Polen und in der CSSR, besuchte im Mai 1978 Bulgarien und Ungarn und kündigte an, in Kürze in die DDR und nach Bulgarien zu reisen (FR 23. 5. 78). Die kurzfristig schweren Spannungen im Verhältnis zur DDR, die zu einem iranischen Handelsboykott gegen die DDR führten, weil die DDR iranische Studenten, die die Botschaft Irans in der DDR im Februar 1978 besetzt hatten, nicht auslieferte sondern nach West-Berlin abschob, waren nach einem Canossagang des DDR-Außenministers Fischer nach Teheran beseitigt (FR 1.3., 4.3., 21.3. und 14.4. 78 und SZ 14.4.78).

Der fünfte Entwicklungsplan ging am 20.3.78 zu Ende. Ein Abschlußbericht steht noch aus, es steht jedoch schon fest, daß die Plansolls nirgends erreicht wurden. Aufgrund dieser Situation ist auch ein neuer Entwicklungsplan noch nicht fertiggestellt worden (BfA 23.5.78).

S.R.

Jemen

Niederlage für saudiarabisch-amerikanische Machtstrategie

Im ersten Moment hört sich die Geschichte wie die Erfindung eines Autors von Politkrimis an: Der Staatschef der volksdemokratischen Republik (Süd)jemen, Salem Robaya Ali, ruft seinen Amtskollegen im westlich orientierten Nordjemen (Arabische Republik Jemen), Hussein El Gaschmi, an und bittet ihn, einen Sondergesandten mit hochwichtigen Geheimdokumenten zu empfangen. Der wird in der nordjemenitischen Hauptstadt Sanaa auch sofort zum Präsidentn vorgelassen. Als er seine Aktentasche öffnet, explodiert darin eine Bombe, die ihn selbst, den Präsidenten Gaschmi und einige andere Personen auf der Stelle tötet. Radio Sanaa beschuldigt sofort den Südjemen des Mordes. Die in die Wege geleitete Annäherung der beiden Jemen ist wieder in Frage gestellt.
Wer die Bombe in die Aktentasche praktiziert hat, wird sich wohl niemals zweifelsfrei feststellen lassen. Waren es ausländische Geheimdienste, etwa Saudiarabiens, Irans, der USA oder der UdSSR? War es der Urheber der Mission, Robaya Ali, selbst oder seine innenpolitischen Feinde im Südjemen? Jeder Beobachter kann sich eine eigene Theorie basteln, wie es sich für einen guten Krimi gehört.

Fest steht jedenfalls, daß die Bombe im Norden Funken ins Pulverfaß eines schon länger schwelenden Konflikts im Südjemen wirft. Staatspräsident Robaya Ali greift mit Teilen der Armee den Sitzungsort des Zentralkomitees der NLF (Nationale Befreiungsfront, seit der Revolution 1967 an der Macht), dem er selbst angehört, an, offenbar, um sich die Alleinherrschft zu sichern. Dieser versuchte Staatsstreich endet jedoch für ihn tödlich. Seine Gegenspieler, Abdel Fattah Ismail, Chef des Zentralkomitees, und Ali Nasser Mohammed, Regierungschef, besiegen ihn mit Hilfe loyaler Truppen und lassen ihn sofort hinrichten. Neuer Präsident wird Ali Nasser. Der eigentlich starke Mann dürfte jedoch Fattah Ismail sein. Soweit der Krimi.

Um zu einer politischen Einschätzungs der Vorgänge zu kommen, bedarf es einer Beleuchtung der inneren Widersprüche im Südjemen, die in den letzten Jahren aufgebrochen und zum großen Teil auf die für die imperialistischen Länder äußerst wichtige strategische Lage des Jemen an der Südspitze der arabischen Halbinsel zurückzuführen sind.

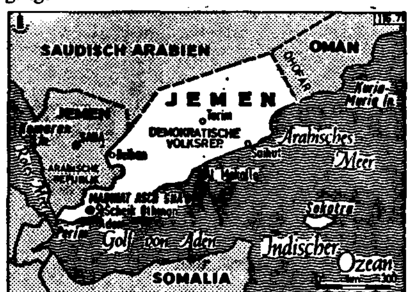
Die Entwicklung im Südjemen

Der Machtkampf zwischen dem bisherigen Staatspräsidenten Robaya Ali auf der einen und Abdel Fattah Ismail und Ali Nasser auf der anderen Seite bezog sich auf die gesamte politische und ideologische Ausrichtung des Landes. Fattah Ismail und seine Anhänger wollen konsequent am Weg der nationaldemokratischen Revolution festhalten mit einer „Allianz der Arbeiterklasse, der Bauernschaft, der Intellektuellen und der Kleinbourgeoisie, um die für den Übergang zu einem sozialistischen Staat unumgänglichen nationalen und demokratischen Aufgaben zu erfüllen" (LM 28.6.1978).

Dazu war die Zusammenfassung der drei bestehenden politischen Organisationen zu einer Einheitspartei mit Massenorganisationen in allen Lebensbereichen nach osteuropäischem Muster für Oktober dieses Jahres geplant. Dieser Termin wurde nach dem Putschversuch auf August vorgezogen. Außenpolitisch bedeutet diese Linie eine totale Isolation auf der arabischen Halbinsel als einziger marxistischer Staat inmitten von reaktionären Feudalregimes, aber auch offenbar eine starke Anlehnung an den Ostblock als einzigen Verbündeten. Darauf deuten auch Hinweise des südjemenitischen Außenministers, daß eine Mitgliedschaft im RGW (Rat für gegenseitige Wirtschaftshilfe) nach dem Vorbild Vietnams und Kubas nicht ausgeschlossen sei (LM 6.7.1978).

Der jetzt entmachtete und hingerichtete Robaya Ali hatte offensichtlich eine andere Entwicklung im Auge. Er widersetzte sich dem Plan de Einheitspartei, angeblich, weil diese dem islamischen Charakter des Landes widerspreche (LM 28.6.1978). Besser überprüfbar sind seine außenpolitischen Aktivitäten. Er strebte eine Aussöhnung mit den arabischen Feudalstaaten und den USA an unter Verzicht auf eine revolutionäre Politik. Mit einem Kredit von $ 100 Mill. wurde Saudiarabien auf einen Schlag zum größten Geldgeber Adens (HB 28.6.78). Südjemen spielte eine wichtige Rolle bei den erfolgreichen Bemühungen der saudiarabischen Diplomatie, Somalia ins westliche Lager „zurückzuholen" (NZZ 29.6. 1978). Erst im Juni gingen von Aden neue Initiativen zur Annäherung an Saudiarabien und Oman aus (NZZ 12.6.1978). Sogar die Aufnahme von diplomatischen Beziehungen mit den USA stand kurz bevor. Eine hochkarätige amerikanische Regierungsdelegation war zur Zeit des Putsches auf dem Weg nach Aden. Der amerikanische Parlamentsabgeordnete Paul Finley, der bereits zweimal in Südjemen mit Robaya Gespräche geführt hatte, schätzte die Entmachtung seines Gesprächspartners als „sehr schlechte Entwicklung für die Vereinigten Staaten" ein (Guardian 5.7.1978).

Aus diesen Tatsachen wird deutlich, daß es bei den militärischen Auseinandersetzungen in Aden nicht nur um einen persönlichen Machtkampf zwischen Fattah Ismail und Robaya Ali, sondern um die Entscheidung über Südjemens Position im Gerangel der imperialistischen Länder um die Vorherrschaft in der gesamten Region Nordost-Afrika/Nahost ging.



Interessen der imperialistischen Länder

Anders als bei den meisten Ländern der Dritten Welt geht es im Jemen den industrialisierten Ländern nicht um die Sicherung von Rohstoffvorkommen oder Absatzmärkten für die eigenen Produkte. Obwohl man im Jemen die Hoffnung noch nicht aufgegeben hat, wurde bisher noch kein Öl gefunden. Auch andere Bodenschätze sind praktisch nicht vorhanden. Die beiden Jemen sind wenig bevölkert (Norden ca. 6 Mill, Süden ca. 1,7 Mill. Einwohner) und gehören zu den ärmsten Ländern der Welt. Außer einer Ölraffinerie im Süden ist praktisch keine Industrie vorhanden. Die Landwirtschaft ist Grundlage der Volkswirtschaft. Dabei kann der Nordjemen bessere Voraussetzungen bieten, weil seine Berge als eine der wenigen Gegenden Arabiens von den Monsumregenfällen profitieren. Eine ehemals blühende Terrassenlandwirtschaft liegt allerdings darnieder, der Großteil der Bevölkerung verdient sein Geld in Saudiarabien. Im Norden wie im Süden bilden Überweisungen von Arbeitsemigranten die größte Quelle des Devisenzuflusses, ergänzt durch geringfügige Exporteinnahmen und Kredite (HB 28.6.1978). Die Wichtigkeit des Jemen für den Imperialismus liegt vielmehr in seiner *einmaligen strategischen Lage* am Bab-el-Mandeb, der Meerenge, die die Einfahrt ins Rote Meer und damit zum Suez-Kanal, aber auch die Öltankerrouten ums Kap herum kontrolliert. Ein starker Militärstützpunkt in Aden könnte den Öltransport nach Europa wirksam unterbinden. Außerdem liegt Aden nur eine Flugstunde von den Kriegsgebieten in Eritrea und Oganden entfernt. Offenbar hat die UdSSR in letzter Zeit einen Großteil ihres Nachschubs nach Äthiopien über Aden abgewickelt. Überhaupt hat der Südjemen für die UdSSR seit dem Rauswurf aus Berbera in Somalia an militärischer Bedeutung enorm gewonnen.

Weiterhin bedeutet eine revolutionäre Regierung im Jemen eine ständige latente Bedrohung für die Feudalregime im Norden der arabischen Halbinsel, insbesondere für Saudiarabien, Oman und die Vereinigten Arabischen Emirate (VAE). Von Jemen aus könnte sich leicht eine revolutionäre Bewegung über den ganzen Subkontinent ausbreiten.

Die bisher militärisch recht schwachen Saudis (zur Bekämpfung der Revolution in Dhofar mußten iranische Einheiten herangeholt werden) versuchten im letzten Jahrzehnt, über diplomatische und geheimdienstliche Aktivitäten vermittels der sogenannten Scheckbuchdiplomatie die „kommunistische Gefahr" aus dem Süden zu bannen. Großzügige Kredite und Entwicklungshilfeversprechungen sollten Aden auf den richtigen, d.h. konservativen Weg bringen. Bei Robaya Ali war Riad offenbar an den richtigen Mann geraten, die Aussöhnung mit dem Westen stand kurz bevor.

Konsequenzen

1. Die Entmachtung und Hinrichtung Robayas bedeutet somit eine Niederlage für die konterrevolutionären Kräfte in Arabien, einen Sieg für die Fortschrittlichen, die gegen die konservative Ordnung kämpfen. Allerdings darf nicht übersehen werden, daß die strategische Position der UdSSR erheblich gestärkt wurde, vielleicht zum Nachteil anderer Völker der Dritten Welt.

Ob der Sieg Fattah Ismails im Südjemen eine neue oder verstärkte Abhängigkeit von der Sowjetunion bedeutet, können wir nach den uns vorliegenden Informationen nicht entscheiden. Es deutet jedoch einiges darauf hin.

Machtverschiebung zugunsten einer imperialistischen Großmacht und zu Lasten einer anderen bedeutet jedoch nicht notwendigerweise eine Niederlage eines Volkes im Kampf um Selbstbestimmung und Unabhängigkeit. Eine solche Sichtweise wäre selbst von imperialistischem Gedankengut geprägt, da sie alle Ereignisse nur unter dem Gesichtspunkt ihrer Bedeutung für die Supermächte betrachtet.

2. Nach dem Scheitern der saudiarabischen scheckbuchdiplomatie gegenüber Südjemen versucht Riad es nun mit Härte. Gleich nach dem Sturz Robayas wurde eine Sondersitzung der Arabischen Liga einberufen, die allerdings seit Sadats Kapitulationspolitik gegenüber den Zionisten von Libyen, Irak, Syrien, der PLO, Algerien und Dschibuti boykottiert wird und daher keine rechtskräftigen Beschlüsse fassen kann. Dennoch beschloß man die Einfrierung der diplomatischen Beziehungen, Abbruch der wirtschaftlichen und kulturellen Zusammenarbeit und Einstellung der technischen Hilfe (LM 4.7.1978). Die neue Marschroute heißt also Isolation des weiterhin marxistischen Südjemen und Versperren des Zugangs zu Krediten des arabischen Entwicklungsfonds und anderer Entwicklungshilfe. Auch militärische Auseinandersetzungen sind nach der bereits erfolgten und noch geplanten Aufrüstung der Saudis durch die USA nicht mehr auszuschließen.

3. Der Keil zwischen dem nördlichen und südlichen Landesteil des Jemen ist wieder tiefer eingeschlagen. Eine Wiedervereinigung könnte beiden Seiten nur nützen und liegt auch im Interesse des Südens, solange damit kein Verzicht auf eigene Prinzipien verbunden ist. Nun aber hat es in der Folge der Ermordung des nordjemenitischen Präsidenten sogar militärische Scharmützel zwischen den beiden Staaten gegeben. Der Norden nahm zwei südjemenitische Grenzdörfer ein, die aber bald zurückerobert wurden. Von Truppenmassierungen an allen Grenzen wurde berichtet (LM 5.7.1978).

Der nördliche Jemen, sowieso finanziell schon total von Saudiarabien abhängig, dürfte nun noch mehr als vorher ins westliche Lager eingebaut sein. Auch ist es möglich, daß die konservative, aber antifeudalistische Zentralgewalt in Sanaa gegenüber den feudalen

Bergstämmen, die unter noch direkterem saudischen Einfluß stehen, wieder geschwächt wird.

sth

Bolivien

Hungerstreik und Massenbewegung

Im November letzten Jahres hatte Banzer Neuwahlen ausgeschrieben, um seiner bereits angeschlagenen Militärdiktatur ein demokratisches Mäntelchen umhängen zu können, noch bevor die beginnende Wirtschaftskrise sich verschärft. Als er im November ankündigte, daß am 9. Juli 1978 gewählt werden sollte, hatte er jedoch die Kräfteverhältnisse innerhalb und außerhalb der Armee falsch eingeschätzt. So wurden diese Wahlen zunächst auch nur als Farce inszeniert ohne ein Minimum demokratischer Freiheiten. Gewerkschaften und linke Parteien waren verboten, die Minen blieben vom Militär besetzt, die wichtigsten Oppositionsführer blieben im Exil und in den Gefängnissen.

Diese Situation änderte sich erst im Januar, als sich die Massenbewegung gegen das Militärregime erheblich verstärkte.

Es begann mit einer Auseinandersetzung um die Generalamnestie, die von der sogenannten „Ständigen Versammlung für die Menschenrechte" gefordert wurde. Mangels anderer legaler Ausdrucksmöglichkeiten für die Opposition war die „Ständige Versammlung für die Menschenrechte" zu einer Sammelbewegung für die gesamte Opposition gegen die Militärdiktatur geworden, von den illegalen Gewerkschaften bis zu bürgerlichen und kirchlichen Kreisen. Das Regime beging den Fehler, diese Bewegung gewaltig zu unterschätzen. Am 21. Dezember 1977 wurden 33 politische Gefangene freigelassen und 284 Exilierte amnestiert (1). Zugleich wurde eine Liste von 348 Bürgern veröffentlicht, denen man verbot, nach Bolivien zurückzukehren. Neben Gewerkschaftsführern und Politikern standen auf dieser Liste auch zahlreiche Kinder, sowie Menschen, die sich nie politisch betätigt hatten. Diese Liste wurde von der Opposition als Provokation betrachtet.

Am 28.12.1977 traten in La Paz vier Bergarbeiterfrauen in den Hungerstreik, um die Amnestie für ihre Männer zu erzwingen. Sie lösten mit dieser Aktion eine massenhafte Streikwelle aus. Kirchen und Universitäten wurden besetzt, eine Woche später waren bereits 500 Menschen im Hungerstreik. Sie forderten eine uneingeschränkte Amnestie, Rückkehr der Exilierten, die Wiederzulassung der Gewerkschaften, die Wiedereinstellung der entlassenen Minenarbeiter, den Abzug des Militärs aus den Minengebieten und die Beseitigung der Staatssicherheitsgesetze, mit denen erneute Verhaftungen und Vertreibungen möglich sind.

Der Streik wurde von der Presse und fortschrittlichen Radiostationen unterstützt. Die Minenarbeitergewerkschaft erließ aus dem Untergrund einen Streikaufruf, der allgemein befolgt wurde. Hingegen scheiterte ein offizieller Streik, der von der Regierung gegen den Hungerstreik verkündet worden war. Ein Kompromißvorschlag des Kardinals Maurer schlug ebenfalls fehl, Streikbewegungen und Studentenproteste dehnten sich auf das ganze Land aus. Die Regierung versuchte daraufhin, den Hungerstreik mit Gewalt zu beenden und ließ Armee und Polizei einige Kirchen stürmen. Eine 17-jährige Schülerin wurde erschossen, einige Priester und Nonnen verhaftet. Der Bischof von La Paz erklärte daraufhin, daß bis auf weiteres keine Messen mehr gelesen werden sollten und drohte damit, jeden zu exkommunizieren, der gegen die Hungerstreikenden vorginge. Schließlich drohte auch noch die gesamte bolivianische Presse mit einem Proteststreik.

Die verbotenen Gewerkschaften besetzten ihre ehemaligen Büros und warfen die Vertreter der regierungstreuen Gewerkschaften kurzerhand auf die Straße. Banzer war nach einigen Manövern gezwungen, eine bedingungslose Amnestie, die Wiederzulassung der Gewerkschaften und die Wiedereinstellung der entlassenen Minenarbeiter zu verkünden. Obwohl damit noch nicht alle Forderungen erfüllt waren, wurde der Hungerstreik daraufhin eingestellt. Am 14.2. wurden tatsächlich die letzten politischen Gefangenen freigelassen, darunter auch die Führer der Guerrillaorganisation ELN.

Auch auf dem Land, wo die Repression stark ist und das Militär die Lage unter Kontrolle zu haben glaubte, zeichnete sich eine heftigere Opposition gegen das Militärregime ab, was sich auch in unerwartet hohen Stimmgewinnen der Linken bei den Wahlen ausdrückte.

Die Lage im Militär

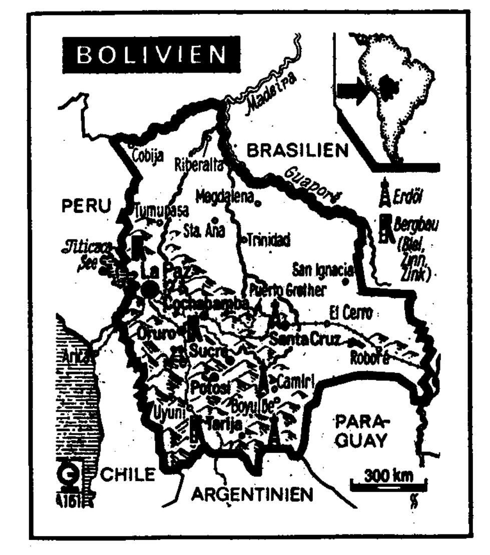
In den letzten Jahren hatte Banzer seine Macht dadurch gefestigt, daß er sich auf seine Altersgenossen im Offizierskoprs stützte. Obwohl fast alle schon das Pensionsalter erreicht und überschritten hatten, waren sie noch aktiv und blockierten das Nachrücken jüngerer Offiziere in die höheren Kommandostellen. Dies löste einen Generationskonflikt im Offizierskorps aus. Die älteren Offiziere stellten sich nun gegen eine Präsidentschaftskandidatur Banzers, weil es zwischen ihnen und Banzer zu Meinungsverschiedenheiten wegen der Verhandlungen mit Chile in der Frage eines Zugangs zum Meer für Bolivien gekommen war. Banzer nahm den Verzicht auf die Kandidatur an, konterte aber kurz darauf, indem er sich von den jüngeren Offizieren zum alleinigen obersten Befehlshaber der Armee wählen und sich gleichzeitig in die 'aktive Reserve' versetzen ließ, was bedeutet, daß die 50 Offiziere, die länger gedient hatten als er, endgültig pensioniert wurden. Durch das Freiwerden der Kommandoposten wollte er die jüngeren Offiziere für sich gewinnen.

Als Strohmann für eine Präsidentschaftskandidatur – er selbst hätte als Oberbefehlshaber der Armee alle Fäden in der Hand behalten – erschien ihm sein Innenminister Juan Pereda Asbun (2) geeignet. Er holte den ehemaligen Luftwaffengeneral aus seinem Ministerbüro zurück zur Luftwaffe, beförderte ihn unter Umgehung anderer Anwärter zum Luftwaffenchef und drückte anschließend seine Ernennung zum Präsidentschaftskandidaten des Militärs durch.

Wahlen und Putsch

Schon vor dem Hungerstreik begann die Wahlpropaganda. Für Pereda wurde mit Staatsmitteln eine riesige Wahlpropaganda begonnen, täglich erklangen Peredaschlager im Radio, das Fernsehen berieselte die Bevölkerung mit ständigen Lobeshymnen auf Pereda, Stadt und Land füllten sich mit Peredaplakaten. Auch wurde eine Partei zu seiner Unterstützung gegründet, die UNP (Union Nacionalista del Pueblo – Nationalistische Volksunion).

Auf Seiten der Opposition entstanden verschiedene Allianzen und Kandidaturen. Die wichtigsten davon sind: Rene Bernal, ein Militär, der für die Christdemokratie kandidiert, Victor Paz Estenssoro, der bolivianische Expräsident und Vertreter des nordamerikanischen Imperialismus für den MNR (3), Hernan Siles Zuazo für den FUDP (Frente de Unidad Democratico y Popular, der von folgenden Parteien gebildet wird: MNR de Izquierda, Partido Comunista, MIR, sowie einige kleinere, ein reformistisches Wahlbündnis nach dem Vorbild der Unidad Popular in Chile) Ein weiteres Wahlbündnis ist der FRI (Frente Revolucionario de Izquierda, der von den folgenden kleineren Parteien gebildet wird:



Partido Comunista – Linie Peking, Vanguardia Comunista del POR – Trotzkisten, Partido Revolucionario de la Isquierda Nacional und dem Partido Revolucionarde los Trabajadores), der allerdings nicht daran glaubt, durch Wahlen an die Macht zu kommen. Er versteht sich als Ausdruck der Ziele der Arbeiterklasse.

Von Anfang an hatte die ganze Opposition jedoch kaum eine Chance. Da der Sieg der offiziellen Kandidatur ja in jedem Fall gesichert werden mußte, wurde von der Regierung gleich eine ganze Wahlbetrugsmaschinerie in Gang gesetzt. Das sah im einzelnen so aus:

Es wurden Wahldistrikte geschaffen, die gar nicht existierten, und in denen dann natürlich eine Riesenmehrheit für Pereda erscheinen würde.

Es wurden Minderjährige in die Wahllisten eingeschrieben, Leute wurden mehrmals in verschiedenen Orten eingeschrieben, es wurden fingierte Personen eingetragen, ...

Insbesondere auf dem Land und in Gebieten wo die Bauernbewegung besonders kämpferisch ist, wurden die Bauern massiv bedroht (sollte es keine Mehrheit für Pereda geben, würde ihnen ihr Land weggenommen, ihre Häuser verbrannt, es kam sogar zu Morddrohungen).

Die Bauern wurden gezwungen, an den Proklamationen Peredas teilzunehmen. Als sich in achacachi die Bauern weigerten und es zu Rufen wie „Nieder Pereda" kam, scheuten sich die Agenten der Regierung nicht, auf die Bauern schießen zu lassen. Es gab 2 Tote und sieben Verletzte

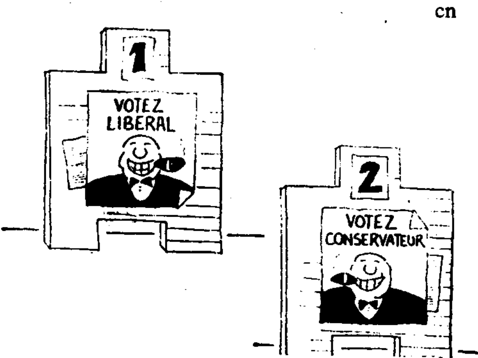
Trotz all dieser Maßnahmen gelang es der FUDP, während des Wahlkampfes eine gewisse Massenbewegung hinter sich zu bringen. Jedoch der Sieg des Regimes schien gesichert.

Am 9. Juli fanden dann in „einer Atmosphäre allgemeiner Ruhe" die Wahlen statt. Dies sah in Wirklichkeit so aus:

An vielen Wahltischen existierte nur die „Papeleta Verde" (der grüne Stimmzettel Peredas), da die Stimmzettel der Opposition vorher von den Parteigängern Peredas

entführt worden waren.
Die Wähler wurden von seiten des Regimes eingeschüchtert und bedroht, wobei es zur Ermordung eines Lehrers kam.
Das Wahlgeheimnis wurde in vielen Fällen nicht eingehalten.
Die Abgeordneten der Opposition wurden in ihrer Überwachungsfunktion auf alle Arten behindert.
Seit diesem Tag überschlagen sich die Ereignisse. Schon einen Tag nach den Wahlen erscheinen die ersten Anzeigen der Regierung: „Wir haben gewonnen. Juan Pereda ist der neue Präsident Boliviens". Jedoch als dann die ersten Hochrechnungen erschienen, sah es gar nicht mehr so rosig aus. Juan Pereda erreichte nur ca. 48 % der Stimmen, also nicht die absolute Mehrheit. Nach bolivianischen Wahlgesetzen heißt das, daß das Parlament den Präsident wählt, und da keine Partei der Opposition bereit war, mit der UNP zu paktieren, stellte das den Sieg des Regimes ernsthaft in Frage. Diese unerwartete Wendung der Dinge scheint die Regierung derartig in Schrecken und Angst versetzt zu haben, daß sie in aller Eile begann, mittels eines neuen Riesenbetrugs die Wahlergebnisse zu verändern. 3 Tage nach den Wahlen gab die „Corte Electoral" (das von der Regierung geschaffene Instrument zur Durchführung und Überwachung der Wahlen) plötzlich völlig andere Wahlergebnisse bekannt. So hatten verschiedene Parteien der Opposition plötzlich absolut gesehen weniger Stimmen als 2 Tage zuvor und Pereda erreichte nun 51 % der Stimmen, das heißt die absolute Mehrheit. Erklärt wurden diese Veränderungen von der „Corte Electoral" mit „Fehlern bei der Datenübermittlung". Diese Veränderungen beruhten jedoch vielmehr auf einem organisierten Wahlbetrug:
Viele Wahlurnen wurden von Abgeordneten der UNP oder von Mitgliedern der Armee abgeholt oder glattweg entführt. Dann wurden sie geöffnet und mit grünen Stimmzetteln gefüllt. So verändert wurden sie der Corte Electoral übergeben.
Die Wahlergebnisse wurden von der regierungstreuen Corte Electoral willkürlich verändert (Beispiel: Otosi. Vor den Wahlen waren in diesem Departement 190.000 Personen in die Wahlregister eingeschrieben. Zunächst gewann die FUDP mit 57.000 Stimmen. Drei Tage später existierten jedoch plötzlich 300.000 Wähler und die FUDP hatte nur noch 50.000 Stimmen).
Dieser offene Wahlbetrug führte bald zu Reaktionen der Opposition. Zunächst verläßt am 12. Juli die FUDP ihre Beobachterposition in der Corte Electoral („Die FUDP verläßt diesen Akt, damit sie größere Freiheit haben, falsche Stimmen auszuzählen"). Am 15. Juli zieht sich dann auch die Menschenrechtsversammlung aus der Corte zurück.
Die Oppositionsparteien (PDC, MNR, FUDP) schließen ein Abkommen für den Kampf gegen den Wahlbetrug, In Oruro auch unter Mitwirkung des FRI. Sie konzentrieren ihre Arbeit auf die öffentliche Bloßstellung des Wahlbetruges. Unterstützt werden sie dabei von den internationalen Beobachtern, die ihrerseits auch den Wahlbetrug bezeugen. Sogar der Abgeordnete der Organisation Amerikanischer Staaten (somit der Repräsentant des nordamerikanischen Imperialismus) muß zugeben, daß diese Wahlen nicht sauber waren.
Auf Seiten der Regierung führt dies zum Dreschen der üblichen Parolen von „kommunistischer Subversion" und in diesem Fall insbesondere zu einer Verleumdungskampagne gegen die internationalen Beobachter (wo natürlich der stark ausgeprägte bolivianische Nationalismus angestachelt wird).
Die Universitäten, die sich in solchen Konfliktsituationen immer in ein Zentrum der regierungsfeindlichen Mobilisierung verwandeln, werden von der Regierung geschlossen, wozu in La Paz die nächtliche Intervention von Polizeitruppen notwendig ist.
Trotz all dieser Ereignisse bleibt die Situation einige Tage ruhig, was insbesondere auf die Haltung der FUDP zurückzuführen ist, die jeden massiven Protestversuch sofort im Keim zu ersticken versucht.
Am Dienstag, dem 18. Juli ändert sich dann jedoch das Bild. Siles Z., der Präsidentschaftskandidat der FUDP, beginnt an diesem Tag einen Hungerstreik aus Protest gegen den Wahlbetrug. Gleichzeitig findet ein 48-stündiger Streik der Lehrer statt, die gegen die Ermordung ihres Kollegen protestieren.
Am Mittwoch, dem 19. Juli, treten mehrere Führer der FUDP aus Solidarität mit der Haltung S.Z.'s in den Hungerstreik ein. 40 Bauern des MRTK (Movimiento Revolucionario Tupaj katari – eine hauptsächlich von der FUDP aufgebaute Bauernorganisation) beginnen einen Hungerstreik. Sie werden jedoch sogleich von Polizeitruppen aus der Kirche, in der sie sich befinden, herausgeholt und an einen unbekannten Ort verschleppt. Auch die Minenarbeiter geben ihren Beschluß bekannt, am Freitag einen 24stündigen Proteststreik durchzuführen.
Angesichts dieser für die Regierung bedrohlich aussehenden Situation zwingt diese ihren Kandidaten Pereda dazu, die Annullierung der Wahlen zu beantragen. Noch am selben Abend nimmt die Wahlbehörde diesen Antrag an.
Nichtsdestotrotz erklärte Banzer kurze Zeit später, er werde wie ursprünglich geplant am 6.8. zurücktreten. Man vermutet, daß er die Absicht hatte, Pereda fallen zu lassen und sich selbst als Zivilist zur Wahl zu stellen. Pereda ging nun zum Gegenangriff über. Unter dem Vorwand einer „Ruhepause" begab er sich am 21.7. nach Santa Cruz und hielt dort eine Rede, in der er sich als den rechtmäßig gewählten Präsidenten und als das Opfer einer 'internationalen kommunistischen Verschwörung' bezeichnete. Als ehemaliger Luftwaffengeneral hat er die Hauptbasis seiner Anhängerschaft in der dortigen Militärakademie der Luftwaffe
In dieser Situation verhindert die UDP, die für sich die politische Führung der Massen beansprucht, noch immer jede Massenmobilisierung und geht sogar so weit, sich öffentlich für eine Zivil-Militärregierung auszusprechen.
Militäreinheiten in anderen Landesteilen schließen sich Pereda an. Banzer scheint zu diesem Zeitpunkt noch die Truppen in La Paz zu kontrollieren und schickt Parlamentäre nach Santa Cruz. Das Militär ist gespalten. Pereda nutzt nun seine „Luftüberlegenheit" aus und droht damit, La Paz zu bombardieren.
Pereda konnte sich durchsetzen, weil dem Militär im Grunde nur die Alternative blieb, entweder gleich zu putschen oder noch einmal einen ähnlich beschämenden Wahlvorgang über sich ergehen zu lassen. Siles Zuazo, der 1952 eine führende Rolle bei der Entwaffnung und Auflösung der Armee spielte, ist für die Militärs als Präsident nicht akzeptabel.
Banzer geriet in die Defensive und erklärte in einer Fernsehrede weinend seinen Rücktritt.
Obwohl es Pereda damit gelungen ist, den dienstältesten bolivianischen Diktator seit Menschengedenken in die Wüste zu schicken, ist seine politische Basis denkbar dürftig. Außer der ultrareaktionären 'Falange Socialista Boliviana' und der UNP unterstützt ihn zur Zeit keine politische Partei. Beim Militär ist er umstritten. Seine Auswahl als offizieller Präsidentschaftskandidat des Regimes konnte seinerzeit von Banzer nur gegen den heftigen Widerstand des Landheers durchgedrückt werden. Was die Militärs im Moment zur Einigkeit veranlaßt, ist nur die Angst vor einer Wiederholung der Revolution von 1952. Bereits bei der Amtseinführung Peredas glänzten einige hohe Militärs durch Abwesenheit.
Die Opposition stellt sich unterdessen auf eine neue Repressionswelle ein, sieht aber im übrigen den Putsch mit Gelassenheit und ist von seinem baldigen Scheitern überzeugt. Man vermeidet im Moment den direkten Gegenangriff, um zu verhindern, daß sich das Militär hinter Pereda zusammenschließt, um die „Subversion" zu bekämpfen. Im Gegensatz zur Zeit vor den Wahlen sind die Parteien sich einig. Die drei größten Oppositionsparteien, darunter die rechte MNR, haben ein Abkommen geschlossen, nicht mit Pereda zusammenzuarbeiten.
Das Militärregime, dem es in der Vergangenheit manchmal gelungen war, die Arbeiterklasse zu spalten und Teile der Bauern auf seine Seite zu ziehen, sieht sich nun der Opposition fast des ganzen Volkes gegenüber und muß dazu noch mit einer gewissen internationalen Isolierung rechnen. Man geht allgemein davon aus, daß sich die taktische Position der Opposition in dem Maß verbessern wird, wie die Spaltungen in den Reihen des Militärs deutlicher werden. Aus dieser Überlegung heraus hat auch der Gewerkschaftsverband FOB beschlossen, vorerst nicht zum Generalstreik aufzurufen. Le Monde (vom 27.7.) zitiert einen Gewerkschaftsführer: „Die Frucht scheint uns genügend reif, um ganz von selbst zu fallen. Wir halten es für unnötig und sogar gefährlich, den Baum zu schütteln". Ob es allerdings der FUDP Siles Zuazos, die bisher demobilisierend auf die Massen eingewirkt hat, gelingen wird, die Massenbewegung wieder hinter sich zu bringen, wenn sie den Zeitpunkt für richtig erachtet, scheint fraglich.

cn



Anmerkungen:

1) Offiziell gab es damals 632 aus politischen Gründen exilierte Bolivianer. Amnesty International schätzte die wirkliche Zahl auf 19.000.
2) Nach Presseberichten aus den USA soll Pereda den Kokainhandel Boliviens kontrollieren. Spitzname: 'Johnny Cocani' (Lateinamerika-Nachrichten 59).
3) Die kleinbürgerlich-nationalistische MNR gewann 1951 die Wahlen, ihr Sieg wurde aber durch einen Putsch zunichte gemacht. Daraufhin brach 1952 unter Führung der Minenarbeiter eine Revolution aus. Sie besiegten in drei Tagen die Armee und brachten die MNR an die Macht. Die Armee wurde aufgelöst und Arbeitermilizen gebildet. Nach anfänglichen Reformen ging die MNR-Regierung unter dem Druck der USA immer weiter nach rechts. Ab 1956 wurde wieder mit dem Aufbau einer regulären Armee begonnen und die Milzen wurden allmählich entwaffnet. Heute ist die MNR gespalten. Führer des linken Flügels (MNRI) ist Siles Zuazo, der rechte Flügel unter Victor Paz Estenssoro unterstützte bis 1974 sogar die Banzer-Diktatur.

WAHLEN IN LATEINAMERIKA

Zur Problematik der Wahlen in Lateinamerika am Beispiel der Dominikanischen Republik

In Lateinamerika finden 1978 in mehr Ländern Wahlen statt als jemals zuvor. Neben Ländern, in denen ohnehin reguläre Wahlen stattfinden sollten wie Costa Rica, Venezuela und Kolumbien, kehren Militärdiktaturen zu „demokratischen"Prozeduren zurück, bzw. zu Versionen, die sie als solche ausgeben.
Insgesamt werden in 16 Ländern Wahlen abgehalten:

Datum	Land	Art der Wahlen
15.1.	Ecuador	Konstitutionelles Referendum
5.2.	Costa Rica	Präsidenten- u. Parlamentswahl
12.2.	Paraguay	Präsidenten- u. Parlamentswahl
26.2.	Kolumbien	Parlamentswahlen
5.3.	Guatemala	Präsidenten- u. Parlamentswahl
12.3.	El Salvador	Abgeordnete u. Bürgermeister
16.9.	Dominikanische Republik	Präsidentschaftswahlen
4.6.	Peru	Konstitutionelle Versammlung
9.6.	Kolumbien	Präsidentschaftswahlen
9.7.	Bolivien	Präsidenten- u. Parlamentswahl
16.7.	Ecuador	Präsidentschaftswahlen
6.8.	Panama	Parlamentswahlen
Oktober	Brasilien	Indirekte Präsidentschaftswahl
3.12.	Venezuela	Präsidentschaftswahlen

Die zahlreichen Wahlen sind jedoch kaum auf eine allgemeine Tendenz politischer Konsolidierung und Demokratisierung in den lateinamerikanischen Ländern zurückzuführen, sondern auf außenpolitische Einflußfaktoren und länderspezifisch unterschiedliche Versuche, die bestehenden Regime zu festigen und innenpolitischen Krisen vorzubeugen.
Einen starken Anstoß hat die sogenannte „Neue Moral" (1) in der US-Außenpolitik der Carter-Administration gegeben. Durch die Kürzung der Militärhilfe und durch wirtschaftliche Pressionen, besonders deutlich im Falle Boliviens, wo ein Preissturz auf dem Weltmarkt für Zinn – Boliviens wichtigstem Exportartikel – bei Nichtabhaltung der Wahl angedroht wurde (2), haben die Vereinigten Staaten die Militärs zu einer demokratischen Öffnung gedrängt. Die wirtschaftliche Abhängigkeit von den USA macht es dabei den Ländern unmöglich, die „Wünsche" Washingtons zu mißachten. Insofern entsprechen die Wahlen dem nordamerikanischen Anspruch auf Führerschaft in einer demokratischen westlichen Welt.
Die Menschenrechtspolitik von Carter bedeutet jedoch kein generelles Abrücken von den Prinzipien der US-Lateinamerikapolitik. Deren Hauptpunkte, den Bestand von Privatinvestitionen durch US-Firmen vor Verstaatlichungen zu schützen und eine etwaige revolutionäre Veränderung in einzelnen lateinamerikanischen Ländern zu verhindern, bleiben unverändert bestehen.
Daneben hat es die innenpolitische Situation in einzelnen Ländern als empfehlenswert erscheinen lassen, auftrund ökonomischer Krisen, Spannungen innerhalb des Militärs, zwischenstaatlicher Konflikte und zur Dämpfung inländischer Krisen eine gewisse Öffnung und Liberalisierung einzuleiten.
Beispiele lassen sich anführen: In *Peru* wird nach dem gescheiterten Versuch des Militärs, einen alternativen politischen Weg einzuschlagen und angesichts der großen Wirtschaftskrise versucht, in den Wahlen einen Ausweg zu finden. Die politischen Akteure sind weitgehend dieselben wie vor der „peruanischen Revolution" von 1968.
In *Bolivien* versucht das Militärregime, seinen offiziellen Kandidaten General Pereda Asbun zum Präsidenten zu machen, um sich so umso besser an der Macht zu halten. Die Stärke der von den Militärs offenbar unterschätzten Opposition stellt diesen Versuch jedoch zunehmend in Frage.
Die angekündigten Wahlen in *Brasilien* schließlich können als der Versuch gewertet werden, den wachsenden Protest des Bürgertums an der liberalen Wirtschaftspolitik besser zu kontrollieren und zu institutionalisieren.
Vorsorglich haben die Militärs in einzelnen Ländern auch Maßnahmen getroffen, um den Ausgang der Wahlen entweder schon im Vorgriff durch restriktive Wahlgesetze und Verfolgung der Oppositionsparteien zu beeinflussen oder aber die Ergebnisse des Wahlaktes in ihrem Sinne zu „frisieren". Besonders drastische Wahlfälschungen haben sich in Guatemala, El Salvador und Bolivien ereignet. Die Wahlenthaltung hat in anderen Ländern, in Kolumbien über 70 % (3), ein so hohes Ausmaß erreicht, daß die Ergebnisse wenig über die politische Einstellung der Bevölkerung aussagen oder nur als allgemeine Ablehnung gewertet werden müssen.
Es wäre allerdings verfehtl, aus den obengenannten Gründen den Wahlen jegliche politische Bedeutung abzusprechen. Durch die partielle Liberalisierung ist es oppositionellen Gruppen, teilweise zum ersten Mal nach vielen Jahren, gelungen, politisch aufzutreten und an eine größere Öffentlichkeit zu gelangen. Bei einem Großteil der abgehaltenen Wahlen gelang es darüber hinaus den Kräften der Linken, die zumeist zersplittert waren, eine Mehrheit zumindest im Kongreß oder den Parlamenten zu erlangen, wobei die Anerkennung vielfach noch aussteht. Dadurch erhalten Gruppierungen, die auf Strukturreformen und nationale Unabhängigkeit drängen, ansatzweise bessere Möglichkeiten als in den zurückliegenden Jahren, zumal politische Prozesse eingeleitet werden, deren Ausgang noch ungewiß ist.

Dominikanische Republik: Die Wahlen vom Mai '78 und die jüngere politische Entwicklung

Einige allgemeine Kennzeichen der diesjährigen Wahlen in Lateinamerika werden bei der am 16. Mai in der Dominikanischen Republik abgehaltenen Abstimmung und deren Folgen besonders deutlich:
Einerseits die Absicht der momentanen US-Regierung, Wahlergebnisse und Parteien, die ihrem politischen Konzept entsprechen, zu unterstützen und dies über das Ausmaß rein verbaler Ermutigung politischer Systeme hinaus, „ihren Bürgern eine freie und demokratische Mitbestimmung ihrer Zukunft zuzugestehen", wie es Präsident Carter bei der Eröffnung der achten Generalversammlung der Organisation Amerikanischer Staaten (OAS) in Washington

im Juni betonte (4).
Andererseits zeigt sich, daß der Wahlsieg einer Partei noch nicht besagt, daß sie die Regierung übernehmen und mit der Umsetzung eines Reformprogrammes beginnen kann. Bei Parteien, die innerhalb der gängigen Spielregeln operieren, hängt dies vielmehr von den Verhandlungen mit den etablierten Machtgruppen und den daraus folgenden Kompromissen ab, die die ursprünglichen Absichten völlig verwässern können.

Die historische und gesellschaftliche Entwicklung bis in die 60er Jahre

Die Dominikanische Republik ist nach Kuba der größte Staat der Karibik mit einer Zahl von ca. 5 Mill. Einwohnern, von denen 15 % in der Hauptstadt Santo Domingo leben. Die Bevölkerung besteht zu 70 % aus Mulatten.
Die Insel Hispaniola, die sich die Dominikanische Republik mit Haiti teilt, war das erste Zentrum des spanischen Kolonialreiches in Amerika. Seit der Unabhänigkeit von Spanien (1821) lebte das Land in beinahe ständiger Auseinandersetzung mit dem Nachbarn Haiti, zunächst auch noch mit Spanien und später, bis in die Gegenwart hinein, mit der „Protektionsmacht" USA. Durch die Abfolge einer Reihe von personalistischen Diktaturen aus den herrschenden Familien im 19. Jahrhundert und durch das spätere Eingreifen der USA, die von 1916 bis 1924 das Land mit der Hilfe der „Marines" regierten, wurde eine eigene institutionelle Entwicklung und politische Konsolidierung unmöglich gemacht. 1930 übernahm General Trujillo die Macht, die er bis zu seiner Ermordung am 30.5.1961 innehatte. Der Diktator, der das Land bei starker Abhängigkeit von den nordamerikanischen Zuckerquoten wie einen Familienbesitz regierte und wegen seiner Grausamkeit in ganz Lateinamerika eine traurige Berühmtheit erlangte, führte ein zunehmend totalitäres Regime ein, in dem er persönlich den Beamtenapparat einschließlich der Armee und den größten Teil von Industrie und Wirtschaft kontrollierte. Vor allem die Zuckerindustrie wurde stark ausgebaut und zum beherrschenden Wirtschaftsfaktor.
Nach dem Tode Trujillos führte zunächst Joaquin Balaguer, ein enger Vertrauter des Diktators, die Regierung bis zu den Wahlen 1962 und leitete eine gewisse Liberalisierung ein. Der weitere Verlauf der Politik war durch zwei Faktoren mit vorbestimmt: Durch die autoritären Machtstrukturen, die noch aus der Trujillo-Zeit stammten, und durch den außerordentlich starken US-Einfluß (5).

Abgebrochene Revolution und Intervention

Unter den Parteien, die sich im Exil gebildet hatten, war die Dominikanische Revolutionspartei (PRD) mit dem Schriftsteller Juan Bosch an der Spitze die wichtigste. Die Partei hatte ein reformistisches Konzept, das einzelne Verstaatlichungen und eine Politik zugunsten der landlosen Bauern und der arbeitslosen Bewohner der Elendsviertel vorsah.
Die PRD hatte enge Bindungen zu anderen sozialdemokratisch ausgerichteten Parteien des karibischen Raumes, besonders zu der Accion Democratica in Venezuela und dem Partido Liberacion Nacional in Costa Rica. Sie stützte sich auf die untere städtische Mittelschicht, Teile der Bauern und der Arbeitslosen.
Für die PRD, wie auch für andere Reformparteien der sogenannten „demokratischen Linken" eröffneten sich zu Beginn der 60er Jahre günstige Möglichkeiten. Als Reaktion auf die kubanische Revolution wurde das Konzept der „Allianz für den Fortschritt" entworfen, das präventive Reformen in den lateinamerikanischen Ländern vorsah, um einer tiefgreifenden Revolution, wie sie nach den Ereignissen in Kuba allgemein erwartet wurde, vorzubeugen. Zur Umsetzung des Allianzkonzeptes setzte besonders die Kennedy-Regierung auf gemäßigte Reformparteien, die moralischen und einen gewissen finanziellen Beistand erhielten, während gegen einzelne Militärregime vorübergehende Sanktionen erhoben wurden.
Nach dem überwältigenden Wahlsieg der PRD bei den Wahlen von 1962, die als die einzig wirklich freien Wahlen in der Geschichte des Landes gelten, wurde die Dominikanische Republik geradezu zum Musterfall der „Allianz für den Fortschritt" und erhielt umfangreiche finanzielle Zuwendungen.



Die Bemerkung des Präsidenten Bosch vor der Wahl: „Wir werden bald als Kommunisten gestürzt werden" (6), sollte sich bald als gerechtfertigt erweisen. Seine Maßnahmen gingen weit über das hinaus, was die einheimische Oligarchie und die ausländischen Investoren von einer demokratischen Öffnung erwarteten. Das Verbot an Anti-Castro-Gruppen, von der Dominikanischen Republik her zu operieren, die Zulassung von kommunistischen Gruppen, eine Liberalisierung des Scheidungsrechts und eine Landreform, sowie die Annullierung eines Vertrages mit der Standard Oil und der Versuch, das Militär aus dem politischen Leben auszuschalten, machten seine Regierung bei einflußreichen Machtgruppen zunehmend unbeliebt. Nach sieben Monaten Amtszeit wurde Bosch unter dem Vorwand einer kommunistischen Gefahr gestürzt. Eine konservative Regierung von 1963 - 1965 sah sich dem immer stärker werdenden Protest der zu politischem Bewußtsein erwachten Bevölkerung ausgesetzt, den sie nur mit starkem Terror unterdrücken konnte.
Als sich ein Teil des Militärs, die „Konstitutionalisten", für die Rückkehr Bosch's einsetzten, schlossen sich ihnen weite Teile der hauptstädtischen Bevölkerung an. Aufgrund der Schwäche des rechten Armeeflügels kam es 1965 zu einer direkten US-Invervention, bei der in wenigen Tagen eine Streitmacht von 22.000 „Marines" ins Land gebracht wurde. Nachträglich wurde der Eingriff der nordamerikanischen Truppen durch die Beteiligung anderer lateinamerikanischer Staaten zu einer OAS-Ordnungsmacht umgewandelt und damit der Versuch unternommen, die nordamerikanische Politik nachträglich zu legitimieren. Bis 1968 blieb diese OAS-Ordnungsmacht im Land. Die Intervention entsprach der Johnson-Doktrin, die im Gegensatz zur Kennedy-Administration Militärregime als stabilere Alternativen als Demokratien ansah. Kritikern der amerikanischen Außenpolitik galt sie fortan als Paradestück des neuen Imperialismus der USA.

Die Regierung Balaguer und die Entwicklung in der Dominikanischen Revolutionspartei

Bei den im Juni 1966 durchgeführten umstrittenen Wahlen

kam es zu einer deutlichen Kräfteverschiebung zugunsten der konservativen Partido Reformista (PR) unter Ex-Präsident Balaguer, während die PRD Einbußen erlitt. Die PRD blieb jedoch weiterhin die einzige bedeutende Oppositionspartei des Landes, boykottierte aber die Präsidentschaftswahlen im Mai 1970. Den Wahlen waren Zwischenfälle und Demonstrationen vorangegangen, nachdem Staatspräsident Balaguer eine Verfassungsänderung durchgebracht hatte, die eine Wiederwahl des Präsidenten nach Ablauf der vierjährigen Amtszeit ermöglichte. Mit dieser Verfassungsänderung hat sich Balaguer bis 1978 an der Regierung gehalten. Unter Balaguer wurde eine partielle Modernisierung und Industrialisierung eingeleitet, die sich aber vornehmlich auf das Gebiet der Hauptstadt beschränkte. Die Armee wurde von allen Restgruppen des konstitutionalistischen Flügels gesäubert.
Innerhalb der PRD kam es zu starken innerparteilichen Flügelkämpfen, die sich um die Frage der Möglichkeit eines demokratischen Machtwechsel drehten. Juan Bosch postulierte im spanischen Exil sein Konzept einer „Dictadura con respaldo popular" (Diktatur mit Unterstützung des Volkes), die davon ausging, daß eine repräsentative Demokratie der sozialen und gesellschaftlichen Realität des Landes nicht gerecht würde. Mit Hilfe einer Diktatur sollte die Macht einer kleinen Elite zugunsten der breiten Bevölkerungsschichten gebrochen werden, wobei unklar blieb, wie dieser Vorgang organisatorisch und politisch durchgeführt werden sollte. So hatte sich Bosch gegen einen Guerillakrieg oder eine aktive Revolution durch die PRD ausgesprochen, so daß man annehmen kann, daß die Machtübernahme durch einen Putsch mit breiter Unterstützung einer Parteienfront durchgeführt werden sollte (7).


...die Staatsgeschäfte... ...nunmehr...

Bosch's Konzept einer populären „Erziehungsdiktatur" war innerhalb der PRD umstritten. Eine Gruppe in der Partei, die auf eine politisch pragmatischere Haltung drängte und als die „politicos" (8) bezeichnet wurde, plädierte für Wahlbeteiligung und eine stärkere Beteiligung am politischen Leben innerhalb des vorgegebenen Rahmens. Besonders aufgrund der verschärften innenpolitischen Unterdrückung ab 1971 traten die in der Dominikanischen Republik verbliebenen Parteimitglieder für einen gemäßigteren Kurs ein. Als Ergebnis dieser Entwicklung trat Bosch aus der Partei aus und gründete im November 1973 die Dominikanische Befreiungspartei (PLD). Nach Bosch's Austritt stellt sich die PRD als eine gemäßigte Reformpartei dar, die sich auf die Kritik der Regierungspolitik beschränkt und versucht, über einen Wahlsieg an die Regierung zu gelangen. Die gemäßigteren Teile versuchten, die Unterstützung liberaler Kreise in den USA zu gewinnen und haben in der Vergangenheit Beziehungen zur Demokratischen Partei in den USA aufgebaut. Besonders geht es dabei auch um finanzielle Unterstützung, die die Partei in der Vergangenheit teilweise von deutschen und schwedischen Sozialdemokraten erhalten hat (9).
Die politische Relevanz der Partei hatte in den letzten Jahren eher abgenommen. Bei den Wahlen von 1974 betrug die Wahlenthaltung 50 %, woraus man auf eine pessimistische Einschätzung der Wirkungsmöglichkeiten von Parteien von Seiten der bevölkerung schließen kann. Tatsächlich hatte es das Balaguer-Regime bisher durch ein System militärischer Repression und selektiver Integration politischer Gegner nicht zugelassen, daß es ernsthaft durch in Parteien organisierte politische Gegner in Frage gestellt wurde. So wurden die Aussichten der PRD, über Wahlen zu einer Änderung zu gelangen, gering eingeschätzt (10).

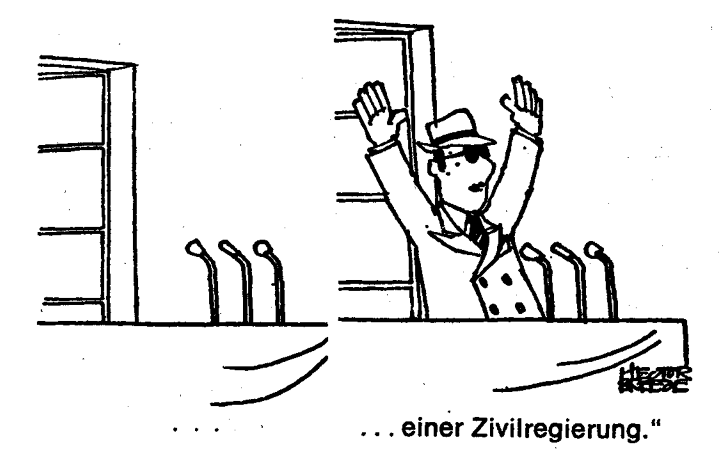
Die Wahlen vom Mai 1978

Obwohl die Regierung Balaguer in der jüngsten Zeit einen bescheidenen wirtschaftlichen Aufschwung einleiten konnte, wuchs die Opposition in den vergangenen Monaten. Sammelbecken des Protestes an der Regierungspolitik wurde wiederum die PRD, nicht zuletzt wegen der progressiven Rolle, die sie in den 60er Jahren gespielt hatte. Im Wahlkampf kam es zu häufigen Übergriffen des Militärs auf die Oppositionsparteien. Die dabei eingesetzten Spezialkommandos hatten schon in den vorhergegangenen Wahlen für „entsprechende" Ergebnisse gesorgt und sich bei der Zerschlagung der Gewerkschaftsbewegung hervorgetan. So kamen zwischen 1966 - 1976 über 2.000 politische Gegner ums Leben.

Die Aussichten der Opposition verbesserten sich erst wenige Wochen vor den Wahlen und dies vor allem durch äußere Einflüsse: mitte April wurde der pro-Balaguer ausgerichtete nordamerikanische Botschafter Robert Hurwitch zurückberufen und eine Überprüfung seiner engen Beziehungen zu der „Gulf and Western" Firma durch den Senat angekündigt (11). Sie gehört zu den Firmen, die nach Trujillos Tod die Verwaltung seiner Besitztümer übernommen hatte. Nach der Handelsblockade gegen Kuba wurde sie der größte Zukkerlieferant der USA und ist mit ihren Konservenfabriken und Schlachthäusern heute ein einflußreicher Faktor auf der Insel. Der neue Botschafter Robert Yost wird liberalen Kreisen zugerechnet und ließ durchblicken, die USA würden die PRD im Falle eines Wahlsieges unterstützen.
Als sich bei der Stimmenauszählung nach dem 16. Mai jedoch ein Sieg der PRD abzeichnete, ließ Balaguer die Wahlbehörde kurzerhand besetzen und konnte am nächsten Tag völlig neue Ergebnisse präsentieren. Erst durch massiven Protest aus Washington ließ sich Balaguer, der selber ein Produkt nordamerikanischer Einmischungspolitik ist, zum Einlenken bewegen (12). Präsident Carter übte diplomatischen Druck aus, die Sozialistische Internationale, der die PRD angehört, protestierte und Venezuela drohte ein Ölembargo für den Fall einer Wahlfälschung an. Nach den bis jetzt veröffentlichten Ergebnissen liegt die PRD vor der Balaguer-Partei, während die PLD von J. Bosch abgeschlagen auf die dritte Stelle kam. Ein Regierungswechsel in der Dominikanischen Republik hing somit weitgehend „vom Tauziehen zwischen Menschenrechts- und Geschäftslobby in Washington ab" (13).

Während die Geschäftslobby auf die bewährten Beziehungen zum Großteil mit Militärs setzt, möchte die Menschenrechtslobby der Verfilzung von Geschäftsinteressen, Korruption und Diktaturen zumindest optisch ein Ende bereiten.

Die politischen Aussichten
Obwohl die Streitkräfte und die einheimische Oligarchie den Sieg der PRD zunächst akzeptiert haben, bedeuten die Konzessionen, die dabei offensichtlich ausgehandelt wurden, daß dem Präsidenten auf lange Zeit die Hände gebunden sind. Der Generalsekretär der Partei Gomez hat bereits erklärt, daß für die nähere Zukunft keine großen Reformen zu erwarten sind. Der künftige Präsident Guzman hat darüber hinaus dem Militär zusichern müssen, daß kein Offizier entlassen wird. Die wohlhabenden Schichten des Landes haben bereits erklärt, daß ihre Unterstützung der neuen Regierung von einer weiteren Verfügung über die Zentralbank, das Handels- und Industrieministerium und über das Finanzministerium abhängen wird. Von Verstaatlichungen will die neue Regierung daher zunächst absehen und auch die Landreform höchst behutsam angehen.
Guzman's Zentralthema ist eine Regierung der „nationalen Einheit", in der der greise Ex-Präsident Balaguer gar eine Beraterstelle übernehmen soll. Der Plan einer nationalen Einheit geht dabei mit den Interessen der USA konform, die an einer demokratisch legitimierten Regierung bei innenpolitischer Stabilität interessiert ist (14). Als einzige konkrete Regierungsaktion ist eine konstitutionelle Reform vorgesehen, die eine Wiederwahl verhindern soll.



. . . einer Zivilregierung."

Bis zur Regierungsübernahme am 16. August besteht jedoch noch die Möglichkeit, daß rechte Teile der Armee einem Regierungswechsel zuvorkommen. In diesem Sinne kann der Besuch von zwei US-Generälen bei ihren dominikanischen Kollegen (15), bei dem sie erklärt haben, daß zwischen dem Weißen Haus und dem Pentagon keine Differenzen in der Beurteilung der Wahlen vom 16. Mai bestehen, als der Versuch gewertet werden, letzte Widerstände für eine planmäßige Regierungsübernahme aus dem Weg zu räumen.

Allgemeine Schlußfolgerungen zu den Wahlen in Lateinamerika
Zusammenfassend kann festgestellt werden:
1. Bei den diesjährigen Wahlen in den Ländern des Subkontinents spielen externe Einflußfaktoren eine wichtige Rolle.
2. Reformistische Parteien, die vor allem nach dem Staatsstreich in Chile allgemein totgesagt wurden, haben wieder an Bedeutung gewonnen. Besonders der sozialdemokratische Reformismus, der sein Modell in Venezuela hat, gewinnt an Einfluß. Unterstützung erhalten sie von den sozialdemokratischen Regierungen und Parteien Europas. Bereits 1976 hat ein Treffen zwischen europäischen und lateinamerikanischen Parteiführern sozialdemokratischer und sozialistischer Parteien in Caracas stattgefunden und die Beziehungen haben sich seitdem noch verstärkt. Die Carter-Regierung ist an einer solchen Mitarbeit westeuropäischer Partner an ihrer neuen Lateinamerika-Politik ausdrücklich interessiert (16). Der Vizepräsident der Sozialistischen Internationale und portugiesische Regierungschef nahm in der Dominikanischen Republik im Wahlkampf sogar an einer Demonstration der Oppositionspartei PRD teil.
3. Von der Ablösung der Militärregime durch demokratisch legitimierte Regierungen ist eine partielle innenpolitische Liberalisierung, nicht aber eine Änderung der Sozialstrukturen und der ausländischen Abhängigkeit zu erwarten.

N.W.

Anmerkungen
1. Für eine kritische Analyse der neuen US-Lateinamerikapolitik vgl. James Petras, „Präsident Carter und die Neue Moral", in: Nuestra America, Freiburg 2/77
2. SZ, 21.7.1978
3. Dazu u. allgemein zu den lateinamerikanischen Wahlen: Jean-Claude Buhrer, „La Fréquence des élections n'elargit pas le champ de la démocratie", in: Le MOnde Diplomatique, Juni 1978, S. 11
4. SZ, 23.6.1978
5. W. Grabendorff, „Balaguerismo" und „Dictadura con respaldo popular" – Zur innenpolitischen Entwicklung in der Dominikanischen Republik, in: Friedrich-Ebert-Stiftung, Vierteljahresberichte 1970, S. 427 - 441, S. 427
6. Bosch zit. nach Grabendorff, a.a.O., S. 429
7. Grabendorff, a.a.O., S. 434. Zu dem politischen Denken Bosch's siehe auch sein Buch, „Der Pentagonismus oder Die Ablösung des Imperialismus?", rororo Hamburg 1969
8. Zur innerparteilichen Entwicklung der PRD: M. J. Kryzanek, „Political Party Decline and the Failure of LIberal Democracy: the PRD in Dominican Politics", in: Journal of Latin American Studies, Vol. 9, Teil 1, 1977, S. 115 - 143
9. Kryzanek, a.a.O., S. 136
10. Besonders deutlich bei Kryzanek, a.a.O.
11. Latin American Political Report (LAPR), London, 5. Mai 1978
12. Der Spiegel, 29.5.1978
13. SZ, 22.5.1978, S. 3
14. LAPR, 2.6.1978
15. LAPR, 30.6.1978
16. Dazu W. Haubrich, „Auf dem Weg zur Demokratie? Die Wahlen in den Andenländern" in: FAZ 22.7.1978

DOKUMENT

Julius Nyerere: Afrika wird nicht zusehen, wie der Kontinent in der Ost-West-Auseinandersetzung benutzt wird

– Rede des tansanischen Präsidenten am 8.6.1978 in Daressalam –

In der folgenden Rede, die wir ungekürzt in der Übersetzung der FR vom 26. 6. 78 wiedergeben, rechtfertigt Nyerere den Einsatz kubanischer Truppen und sowjetischer Berater in Angola wie auch in Äthiopien und weist in diesem Zusammenhang auf die stillschweigend hingenommene Präsenz französischer Truppen in Teilen Afrikas hin. Die Entscheidung und Kontrolle einer möglichen panafrikanischen Sicherheitstruppe müsse ausschließlich den afrikanischen Staaten vorbehalten lbeiben, da sonst zu befürchten sei, daß eine solche Truppe als Instrument der Industriestaaten zur Beherrschung und Ausbeutung Afrikas mißbraucht werde .

Es fällt auf, daß Nyerere die offenkundigen und ihm auch bewußten Widersprüche in Bezug auf das militärische Engagement Kubas auf Seiten der Regierungstruppen in Ogaden einerseits (äußerer Konflikt) und in Eritrea andererseits (innerer Konflikt) schlichtweg herunterspielt (vgl. ‚blätter' Nr. 70, S. 5 f – Eritrea –). Das gleiche gilt für den Invasionsversuch der nicht gerade als fortschrittlich bekannten exkatangesischen Gendarmen in Shaba (Zaire): Deren Bewaffnung, militärische Aktionen und auch deren Rückzug wäre ohne die zumindest wohlwollende Duldung der angolanischen Führung kaum möglich gewesen (vgl. hierzu „Die Hintergründe der Shaba-Invasion" (Chronik) in diesen ‚blättern').

Red.

Ich bin seit einiger Zeit in der Tat sehr besorgt über die Reaktionen in der Welt auf Ereignisse in Afrika, und es erscheint mir deshalb notwendig, die tansanische Haltung klarzumachen. Denn die Ereignisse der letzten Wochen haben wieder einmal gezeigt, daß, obwohl unsere legale Unabhängigkeit offiziell anerkannt ist, die Notwendigkeit und unser Recht, unsere Länder und unseren Kontinent nach unseren eigenen Interessen zu entwickeln, uns in der Praxis noch nicht zugestanden werden. Die Gewohnheit, Afrika als ein Anhängsel Westeuropas anzusehen, ist noch nicht gebrochen worden.

In Angola hat die MPLA („Die Bewegung für die Befreiung Angolas") den Kampf gegen die portugiesischen Kolonialisten ganz allein geführt. Als die Unabhängigkeit (Angolas) nach der Revolution in Portugal näherkam, beschlossen mehrere westliche Regierungen — geführt von den USA — den Aufbau einer Regierung durch die MPLA in diesem Land zu verhindern. Sie konspirierten mit Südafrika und haben heimlich finanzielle Unterstützung und Waffen an rivalisierende nationalistische Gruppen gegeben, die zuvor fast untätig gewesen waren. Mit dieser Verschwörung und den darauf folgenden Angriffen auf Angola aus Südafrika und über die Grenze von Zaire her konfrontiert, suchte die MPLA-Regierung Hilfe von jenen, die die Bewegung auch während ihres Befreiungskampfes unterstützt hatten. Kuba und die Sowjetunion entsprachen diesen Aufforderungen. Mit ihrer Hilfe überwand die Regierung Angolas die direkte militärische Bedrohung seiner Existenz, trieb die südafrikanischen Truppen zurück über die Grenze nach Namibia und trieb die Truppen der FNLA (der Front für die Befreiung Angolas) zurück dahin, woher sie gekommen waren — nach Zaire.

Kubanische Truppen sind noch in Angola; und die Sowjetunion fährt fort, Angola militärische Hilfe zu gewähren. Die Regierung Angolas ist gezwungen, um die Fortsetzung dieser Hilfe zu bitten, weil die Bedrohung der nationalen Integrität Angolas weiterexistiert. Erst im vergangenen Monat fielen südafrikanische Truppen wieder in Angola ein und fügten den Flüchtlingen aus Namibia schwere Verluste zu. Die UNITA (Bewegung für die totale Unabhängigkeit Angolas, geführt von Jonas Savimbi) erhält weiterhin Hilfe von außen. Truppen der FNLA haben wiederholt über die gemeinsame Grenze zwischen Zaire und Angola Angriffe verübt; diese Truppen werden von ausländischen Mächten finanziert und mit Waffen versorgt, und sie operieren mit der aktiven oder geduldeten Unterstützung der Regierung von Zaire. Daß dies alles passiert, ist den Geheimdiensten Südafrikas, der USA, Frankreichs und einiger anderer westlicher Staaten bekannt. Es könnte nicht ohne deren stillschweigende Einwilligung und ihre tätige Verwicklung geschehen. Es wäre unglaubwürdig, würde man annehmen, die Regierungen dieser Länder wüßten nicht, was ihre Geheimdienste tun.

Die Geschichte der exkatangesischen Gendarmen beginnt vor der Unabhängigkeit Angolas. Es waren nicht die Aktionen der MPLA, die dazu führten, daß die Katangesen nach Angola kamen, noch wurden sie von der MPLA ausgebildet. Für Afrika sind sie eine lebende Erinnerung an den entschlossenen und schamlosen Versuch des Westens, das frühere Kongo-Leopoldville zugunsten ihrer eigenen wirtschaftlichen Interessen zu zerstückeln. Als dieser Versuch zunichte gemacht wurde, zogen einige dieser (katangesischen) Gendarmen nach Angola und blieben dort als Flüchtlinge. Heute haben sich die Dinge verändert; der Westen sieht heute Zaire mit anderen Augen und benutzt Zaire dazu, um Angola zu destabilisieren. Es wäre deshalb kaum überraschend, wenn Angola sich nun seinerseits gezwungen sähe, die Beschränkungen, die es den zairischen Flüchtlingen im nördlichen Angola auferlegt hatte, aufzuheben.

Ob eine solche Politik der Vergeltung korrekt oder klug ist, darüber läßt sich diskutieren; zumindest ist sie verständlich. Aber eine Sache ist ganz klar. Es gibt keinen Beweis für eine kubanische oder sowjetische Verwicklung bei dieser Vergeltung. Das State Department in Washington soll zu einem gewissen Zeitpunkt dies behauptet haben; die Kubaner aber haben dies beharrlich und überzeugend widerlegt.

So haben sich also Kuba und die Sowjetunion in Angola aus verständlichen Gründen engagiert, und sie sind noch dort, und zwar auf den Wunsch der angolanischen Regierung hin. Es gibt keinerlei Beweis dafür, daß sie direkt oder indirekt in irgendwelche Kämpfe innerhalb Zaires verwickelt gewesen wären.

Kubanische und sowjetische Streitkräfte stehen auch, auf Anforderung der äthiopischen Regierung, in Äthiopien. Die Gründe für ihre Präsenz sind sehr wohl bekannt. Sie haben den Äthiopiern geholfen, ihr Land gegen eine Aggression von außen zu verteidigen. Weder sie noch die äthiopische Regierung sind in Kämpfe außerhalb der Grenzen Äthiopiens verwickelt. Und es gibt einige Anzeichen dafür, daß wenigstens die kubanische Regierung einen Unterschied zwischen den Kämpfen im Ogaden und denen in Eritrea macht.

Einmal abgesehen von diesen beiden Ländern, wo sonst in Afrika sind die kubanischen oder sowjetischen Truppen? Es gibt einige wenige kubanische und sowjetische Staatsbürger und einige Chinesen, die die Freiheitskämpfer im südlichen Afrika im Gebrauch der Waffen, die sie von den kommunistischen Staaten erhalten, ausbilden, und zwar im Befreiungskampf um Rhodesien und Namibia. Sehen wir einmal von vagen Verallgemeinerungen und Gerüchten, die auf der Art Jacke, die Leute tragen,

basieren, ab, dann gibt es keine ernstzunehmenden Andeutungen dafür, daß solche Truppen irgendwo anders in Afrika operieren oder stationiert sind.

Der große Aufruhr (Europas) im Westen über die sogenannte sowjetische Penetration Afrikas basiert also auf der Präsenz kubanischer und sowjetischer Truppen in zwei afrikanischen Ländern. Und diese Truppen sind in diesen beiden Ländern entsprechend dem Wunsch der legitimen und anerkannten Regierungen der betreffenden Länder und aus Gründen, die sehr wohl bekannt und für alle vernünftigen Leute sehr wohl verständlich sind. Und trotzdem protestieren westliche Staaten, trotzdem halten sie Treffen, bei denen vorgeblich darüber diskutiert wird, wie die Freiheit Afrikas verteidigt werden könne, was sie die sowjetische Penetration nennen.

Lassen Sie es mich Ihnen deutlich sagen. Tansania wünscht nicht, daß irgend jemand von außerhalb Afrikas Afrika regiert. Wir bedauern, selbst wenn wir sie gelegentlich einsehen, die gelegentliche Notwendigkeit, daß eine afrikanische Regierung ein nichtafrikanisches Land um militärische Hilfe bittet, wenn sie die nationale Integrität durch eine Gefährdung von außen bedroht sieht. Wir wissen, daß die Reaktion auf einen solchen Wunsch von dem bestimmt wird, was die jeweilige Großmacht als ihre eigenen Interessen ansieht. Wir sind zu der Einsicht gezwungen worden, daß die meisten Länder, die man gemeinhin als Weltmächte versteht, es als nicht unter ihrer Würde betrachten, existierende und echte afrikanische Probleme und Konflikte zu verschärfen, wenn sie glauben, daß sie hiervon profitieren können. Wir in Tansania glauben, daß die afrikanischen Länder sich, ob allein oder im Rahmen der OAU (Organisation für afrikanische Einheit), gegen solche Aktionen schützen müssen. Aber wir müssen Afrika auch davor schützen, sich von irgendeiner anderen Nation oder Gruppe von Nationen benutzen zu lassen. Die Gefahr für Afrika kommt nicht allein von den Nationen im Ostblock. Der Westen betrachtet Afrika immer noch als Teil seiner Einflußsphäre und er agiert dementsprechend. Die jüngsten Entwicklungen zeigen, daß die größere direkte Gefahr für die Freiheit Afrikas von den Nationen in diesem westlichen Block kommt.

Es wäre gut, wenn die OAU genügend geeint wäre, um ein afrikanisches Oberkommando und eine panafrikanische Sicherheitstruppe aufzustellen. Wenn dies geschehen wäre, und die OAU bäte dann um Unterstützung von außen für diese Truppe, dann könnte legitimerweise niemand dagegen etwas einwenden. Aber die OAU hat keine solche Entscheidung getroffen. Und es ist höchst unwahrscheinlich, daß die OAU bei ihrem Treffen (im Juli) in Karthoum fähig sein wird, einhellig die Schaffung einer solchen Truppe zu beschließen — oder auch, wenn sie es denn täte, daß sie in der Lage sein würde, einstimmig zu beschließen, welche Länder um Hilfe angegangen werden sollten, wenn das dann nötig wäre.

Bis aber Afrika auf der Ebene der OAU eine solche Entscheidung getroffen hat, kann es keine panafrikanische Truppe zur Verteidigung Afrikas geben. Es ist zudem nur zu offensichtlich, daß diejenigen, die diese Idee geboren haben, und diejenigen, die eine solche Truppe schaffen wollen, nicht an der Freiheit Afrikas interessiert sind.

Das Gerede von einer panafrikanischen Sicherheitstruppe hat in Paris seinen Anfang genommen. Es war in Paris und später in Brüssel, wo diese damit zusammenhängende Fragen bezüglich der „Freiheit" Afrikas diskutiert wurden. Die OAU (aber) trifft sich im Juli in Karthoum; uns aber erzählt man, daß die Freiheit Afrikas und deren Verteidigung in Paris und Brüssel im Juni diskutiert werden.

Es gibt nur einen Grund dafür, daß die Idee der Schaffung oder Initiierung einer panafrikanischen Sicherheits- oder einer panafrikanischen Friedenstruppe durch Europa nicht eine sofortige und weltweite Verwunderung und Bestürzung auslöst. Er besteht in der fortgesetzten Annahme, daß Afrika immer noch Teil der „Einflußsphäre" Westeuropas ist und immer bleiben muß. Diese Annahme wird auch heute noch kaum angezweifelt. Ja sogar einige afrikanische Staaten nehmen diese Sicht der Dinge als selbstverständlich hin.

Wir wissen alle, wie es um die Macht in der Welt bestellt ist. Aber man kann doch nicht annehmen, daß wir diese neue Beleidigung Afrikas und der Afrikaner ohne Einwand akzeptieren. Wir mögen schwach sein, aber wir sind human; wir wissen also ganz genau, wann wir gezielt provoziert und beleidigt werden.

Frankreich hat Truppen in vielen Ländern Afrikas. In Tschad, in der westlichen Sahara, in Mauretanien, und jetzt auch in Zaire sind französische Truppen in den Kampf gegen Afrikaner verwickelt. Aber trotzdem gibt es in Washington, ja nicht einmal in Moskau, Treffen, bei denen die Gefahr für die Freiheit Afrikas durch die französische Penetration diskutiert würde. Auch sollte es solche Treffen nicht geben. Aber nicht einmal Afrika selbst diskutiert diese Frage in Afrika selbst. Man geht einfach weiterhin davon aus, daß es ganz natürlich ist, wenn französische Truppen, belgische Truppen oder britische Truppen in Afrika sind, während die Präsenz von Truppen nichtwestlicher Staaten angeblich eine Gefahr darstellt.



Eine Gefahr für wen? Für die Freiheit Afrikas oder eine Gefahr für die fortgesetzte Beherrschung Afrikas durch frühere Kolonialmächte und deren Alliierte, die heutzutage mit Hilfe viel subtilerer Maßnahmen und der Unterstützung einer afrikanischen fünften Kolonne verwirklicht wird? Die Antworten auf diese Fragen sind nur allzu offensichtlich. Es hat in der Vergangenheit wiederholt Einfälle Südafrikas und Rhodesiens nach Angola, Botswana, Sambia und Mosambik gegeben. Der Westen hat hierüber nicht viel Besorgnis an den Tag gelegt; noch haben dies die neuentdeckten Nachlaßwalter der ehemaligen Kolonialmächte getan.

Als die Sowjetunion 1968 ihre Truppen nach der Tschechoslowakei schickte, war Tansania eines der vielen Länder, das hiergegen protestierte. Erwartet man denn von uns, daß wir nicht protestieren sollten, wenn westliche Mächte ihre Truppen in ein afrikanisches Land schicken? Diese sogenannten „Rettungsaktionen" scheinen stets im Tod vieler unschuldiger Menschen und der Rettung einer Regierung zu resultieren. Aber dies scheint in Europa keineswegs als eine Einmischung in afrikanische Angelegenheiten betrachtet zu werden. Statt dessen beruft genau das Land, das die militärische Aktion auslöste, ein Treffen ein, bei dem, wie es sagt, die Freiheit Afrikas diskutiert werden soll.

Täuschen wir uns nicht. Was immer auch auf der Tagesordnung stehen mag, die Treffen in Paris und Brüssel diskutieren keineswegs die Freiheit Afrikas. Sie diskutieren die fortgesetzte Beherrschung, die fortgesetzte Benutzung Afrikas durch die westlichen Mächte. Diese Treffen, nimmt man sie zusammen, sind dazu angelegt, eine zweite Berliner Konferenz darzustellen. (Bei der ersten Berliner Konferenz im Jahre 1884 teilten die europäischen Kolonialmächte Afrika untereinander auf; Anmerkung des Übersetzers.)

Die wahre Tagesordnung, sowohl innerhalb wie außerhalb der formalen Sitzungen dieser beiden Treffen, betrifft zwei Punkte. Zum einen geht es um den Neokolonialismus in Afrika, und zwar aus wirtschaftlichen Interessen — die wirkliche Kontrolle Afrikas und der afrikanischen Staaten. Dieser (neokoloniale) Versuch wird von Frankreich angeführt. Beim zweiten Punkt der Tagesordnung geht es um die Verwendung Afrikas im Ost-West-Konflikt. Hier haben die USA die Führung. Diese beiden Vorhaben werden koordiniert, so daß sie einander ergänzen, und die Aufteilung der erwarteten Profite — wie auch der entstehenden Kosten — wird bei diesen Treffen ausgearbeitet. An diesem Punkt — nämlich bei der Aufteilung der erwarteten Beute (‚spoils') — treten am wahrscheinlichsten Differenzen auf.

Die Kosten könnten aber leicht höher ausfallen, als die Teilnehmer vorab annehmen. Tansania ist nicht das einzige nationalistisch eingestellte Land in Afrika. Überall gibt es Nationalisten. Früher oder später, und zwar so lange wie nötig, wird Afrika genauso gegen den Neokolonialismus kämpfen wie es früher gegen den Kolonialismus gekämpft hat. Und schließlich wird Afrika gewinnen. Länder des Westblocks, die dem Kampf der afrikanischen Länder gegen den Neokolonialismus Widerstand leisten, müssen erkennen lernen,

daß bei diesem Vorgang nicht allein die afrikanischen Länder leiden werden.

Auch wird keineswegs ganz Afrika stillschweigend zusehen, wie der Kontinent in der Ost-West-Auseinandersetzung benutzt wird. Wir sind schwach, aber schwache Länder haben den Großmächten schon früher eine Menge Unannehmlichkeiten und einige Schwierigkeiten verursacht. Wenn der Westen den Russen oder seinen eigenen Völkern beweisen will, daß er dem Kommunismus gegenüber nicht weichlich ist, dann sollte er seine Aufmerksamkeit dahin lenken, wo die sowjetischen Panzer sind, wo die sowjetische Frontlinie ist. Der Westen sollte keinen Vorwand dafür erfinden, daß er den Ost-West-Konflikt nach Afrika bringt. Denn wenn der Westen hierbei erfolgreich ist, dann wird Afrika darunter zu leiden haben, und die Freiheit Afrikas wird darunter zu leiden haben; ein solches Vorgehen aber könnte sich auch als sehr teuer erweisen für jene, die Afrika als neues Feld für die Konfrontation zwischen Ost und West aussuchen.

Wie alle anderen Menschen haben auch die Afrikaner den Wunsch, frei zu sein und ihre Freiheit zu ihrem eigenen Nutzen zu verwenden. Sie haben die gleiche Entschlossenheit, für die Erreichung dieses Zieles zu arbeiten und zu kämpfen. Sie wissen, daß niemand sonst ein Interesse an ihrer Freiheit hat. Das Gerede in Europa von einer panafrikanischen Sicherheitstruppe ist eine Beleidigung Afrikas und eine Beeinträchtigung der Freiheit Afrikas.

Es macht keinen Unterschied, wenn die europäischen Initiatoren dieses Planes Afrikaner finden, die das Kämpfen für sie übernehmen. Es gab Afrikaner, die mit den kolonialen Invasoren kämpften; es gab Afrikaner, die bei der Versklavung ihrer Mitafrikaner mithalfen; und es gab schließlich Afrikaner, die gegen die Befreiungsbewegungen kämpften. Aber wir fordern jene afrikanischen Staaten, die ihre Bereitschaft erklärt haben, an diesem Plan mitzuarbeiten, auf, die Sache noch einmal zu überdenken, bevor sie weitere Schritte unternehmen. Wir haben schließlich die OAU. Ungeachtet all ihrer Fehler und ihrer Unfähigkeiten ist sie die einzige existierende panafrikanische Organisation, die um die Freiheit Afrikas bemüht ist. Wir dürfen sie — und damit Afrika — nicht aufteilen in jene, die militärisch mit dem Westen alliiert sind, und jene, die sich als Folge hiervon gezwungen sehen könnten, anderswo Hilfe gegen einen von Afrikanern unterstützten Neokolonialismus zu suchen.

Wir leugnen nicht das Prinzip, daß jeder afrikanische Staat das Recht hat, ein Land seiner Wahl um militärische oder wirtschaftliche Hilfe zu bitten. Ganz im Gegenteil betonen wir dieses Recht. Angola, Äthiopien, Tschad, Zaire und wir alle haben dieses Recht. Und es steht dem Westen nicht an, Einwände zu machen, wenn Angola die UdSSR um Hilfe angeht. Der Osten hat kein Recht, Einwände zu machen, wenn Dschibuti Frankreich um Hilfe bittet. Und das um Hilfe gebetene Land hat natürlich stets das Recht zu entscheiden, ob es die gewünschte Hilfe gewähren will.

Wir leugnen auch nicht, daß alle afrikanischen Staaten von einigen wenigen Unzufriedenen gefährdet werden können, daß diese Unzufriedenen möglicherweise von ausländischen Elementen finanziert werden können, während die Regierungen von der Masse der Bevölkerung voll unterstützt werden. Unter solchen Umständen ist eine Regierung sicherlich gerechtfertigt, wenn sie Unterstützung sucht, um eine zeitweise Krise zu überwinden; und das Hilfe gewährende Land sollte nicht des Neokolonialismus beschuldigt werden, weil es diesem Wunsch entspricht. Andere Regierungen in Afrika haben chaotische Situationen geerbt und benötigen eine etwas längerfristige Hilfe, während sie ehrlich versuchen, ihrem Volk den Frieden zu bringen und das Volk im Interesse dieses Volkes zu entwickeln.

Wir müssen jedoch das Prinzip ablehnen, wonach ausländische Mächte das Recht haben, solche afrikanische Regierungen an der Macht zu halten, die in der ganzen Welt als korrupt oder inkompetent oder als ein Haufen von Mördern anerkannt werden, und zwar wenn deren Völker versuchen, einen Wandel herbeizuführen. Es kann doch nicht angehen, daß die Regierungen Afrikas für alle Zeiten vom Neokolonialismus festzementiert werden, und zwar nur deshalb, weil es kaltkriegerische oder Großmacht-Konflikte gibt. In der letzten Hälfte des zwanzigsten Jahrhunderts haben die Völker eines afrikanischen Landes ebenso sehr das Recht, ihre korrupte Regierung auszuwechseln wie in der Vergangenheit die Völker Großbritanniens, Frankreichs und Rußlands das Recht hatten, ihre verrotteten Regime zu stürzen. Das Volk von China hat im sogenannten unabhängigen China einen langen, historischen und exemplarischen Kampf gegen die Lakaien und Hunde des Imperialismus geführt. Soll den afrikanischen Völkern dieses gleiche Recht denn verweigert werden?

Man kann sich sehr wohl darüber streiten, wie man denn die Krise einer bestimmten afrikanischen Regierung einzuschätzen hat. Wenn aber dieselbe Regierung permanent zu ausländischer Hilfe greifen muß, um ihre Kontrolle über das Land aufrechtzuerhalten, dann würde wohl die Mehrzahl der Leute die Frage stellen, ob denn diese Regierung noch die Unterstützung ihrer Bürger hat. Diejenigen ausländischen Mächte, die wirklich an der Freiheit Afrikas interessiert sind und nicht daran, Afrika zu beherrschen, werden dann zu dem Schluß kommen, daß hier ein Punkt gesetzt werden muß. Und wenn sie dies nicht tun, dann dürfen sie nicht überrascht sein, wenn der Rest Afrikas ihre Intervention als einen Ausdruck neokolonialer Beherrschung interpretiert, als den Versuch, ihre Kontrolle über diesen Teil Afrikas zu bewahren.

Westeuropa und die USA sind daran interessiert, fortgesetzten Zugang zu den Rohstoffen Afrikas zu haben, um derart ihre Volkswirtschaft am Leben zu halten. Dieser Zugang wird aber nicht durch Korruption oder Unterstützung der Korruption gesichert. Vielmehr wird der Zugang durch solche Unterstützung gefährdet. Der Zugang zu den Rohstoffen wird auch keineswegs durch die spezifische ideologische Ausrichtung einer afrikanischen Regierung gesichert. Die gegenwärtige Realität der afrikanischen Politik und Wirtschaft zwingt alle afrikanischen Staaten, ihre Mineralien dorthin zu verkaufen, wo sie den besten Preis dafür bekommen und wo sie im Austausch dafür diejenigen Güter erhalten, die sie selbst benötigen. Es gibt genügend Beweise für diese beiden Behauptungen.

Sinn und Zweck dieser Erklärung ist es, deutlich zu machen, daß wir den Ländern Westeuropas das Recht verweigern, Afrika zu beherrschen, genauso wie wir alle Versuche des Ostblocks, Afrika zu beherrschen, zurückweisen würden. Ganz besonders aber möchten wir deutlich machen, daß wir über die Arroganz und die Verachtung jener empört sind, die vorgeben, eine panafrikanische Sicherheitstruppe oder eine afrikanische Friedenstruppe im Namen Afrikas zu schaffen. Entweder wird Afrika dies für sich selbst bewerkstelligen, oder aber es wird keine panafrikanische Truppe zur Verteidigung der Freiheit Afrikas geben — sondern lediglich irgend etwas, das sich so nennt, das aber in Wirklichkeit ein Instrument für eine erneute ausländische Beherrschung dieses Kontinents ist.

Tansania weist den Anspruch zurück, daß die Freiheit Afrikas durch eine Sicherheitstruppe verteidigt werden könnte, die von europäischen Mächten organisiert oder initiiert wird. Wir werden eine solche Truppe als ein Instrument des Neokolonialismus auf unserem Kontinent betrachten.

Das Ziel der afrikanischen Unabhängigkeitskämpfe war die Freiheit Afrikas und der Afrikaner. Unsere unabhängigen Regierungen dürfen nicht zu Instrumenten werden, mit deren Hilfe ausländische Beherrschung in einer neuen Form aufrechterhalten wird. Sie müssen vielmehr zu Instrumenten werden, mit deren Hilfe die Völker Afrikas sich und ihre Völker entwickeln, ihre Freiheit in der Weise erweitern, daß sie ein Leben in Würde für jeden einzelnen Afrikaner bedeutet. Wir haben noch einen langen Weg vor uns — wir alle, in jeder afrikanischen Nation. Tansania aber wird jedem Versuch widerstehen, seine Entwicklung einzuschränken und sich in dieser Richtung fortzubewegen. Tansania wird Widerstand leisten gegen jeden Versuch, die Beherrschung Afrikas erneut durchzusetzen und zu verstärken unter dem Vorwand, daß auf diese Weise Afrika verteidigt werde.

REPRESSION IN DER BRD

Eintreten für Völkerfreundschaft nicht mehr gemeinnützig?

Das Finanzamt Stuttgart sieht sich „leider nicht mehr in der Lage", die Stuttgarter „Vereinigung Internationaler Kulturaustausch" als gemeinnützig anzuerkennen.
Die Folge: Der Verein ist nicht mehr in der Lage, steuerabzugsfähige Spendenquittungen zu erteilen und wird zur Gewerbe- und Körperschaftssteuer herangezogen. Ferner verliert er eine Grundvoraussetzung für staatliche und andere Förderungen.
Die Vereinigung (V.I.K.) hat seit ihrer Gründung 1974 versucht, mittels kultureller Veranstaltungen, der Herausgabe der Zeitschrift IKA und verschiedener Projekte in der Bundesrepublik Verständnis für die Situation der Völker in der Dritten Welt zu wecken.
Sie hat sich, mit relativ geringen Kräften, mit Ländern beschäftigt, die im Mittelpunkt des öffentlichen Interesses standen (Vietnam, Angola, Argentinien) und solchen, deren Situation von den westdeutschen Medien nahezu totgeschwiegen wurde (Kapverdische Inseln, Westsahara etc.). Die Darstellung der kulturellen Probleme und Leistungen dieser Völker stand dabei im Vordergrund. In der IKA erschienen neben den nötigen Hintergrundinformationen Kurzgeschichten, Gedichte, Fotoberichte, es wurden Rundreisen mit Theatergruppen und Musikern organisiert.
Nach der hier maßgeblichen Abgabenordnung verfolgt eine Körperschaft gemeinnützige Zwecke, „wenn ihre Tätigkeit darauf gerichtet ist, die Allgemeinheit auf materiellem, geistigem oder sittlichem Gebiet selbstlos zu fördern."
Die Abgabenordnung enthält einen Katalog von Beispielen für „gemeinnützige" und „besonders förderungswürdige" Zwecke. Körperschaften, z.B. Vereine, die „besonders förderungswürdige Zwecke" verfolgen, wie z.B. die Völkerverständigung, können steuerabzugsfähige Spendenquittungen erteilen; d.h. Spender können für jede an den Verein gespendete Mark durchschnittlich 30 Pfennig vom Finanzamt zurückholen.
Ob ein Verein im Einzelfall gemeinnützig ist, entscheidet das Finanzamt, und zwar oft anhand von politisch vorgegebenen Richtlinien.
So haben z.B. 1972 Finanzreferenten aus Bund und Ländern beschlossen, Bürgerinitiativen gegen Atomkraftwerke nicht als gemeinnützig anzuerkennen. Als Folge davon kämpfen in mehreren Teilen der BRD BI's – auch solche mit anderen Umweltschutzzielen – um ihre Anerkennung als gemeinnützig. Hauptargument der Finanzämter: Bürgerinitiativen stellen sich gegen den Willen der Mehrheit der Bevölkerung und seien deshalb nicht gemeinnützig. Dieses gequälte Argument hat das Finanzgericht Baden Württemberg bei einer gegen Verkehrsplanungen gerichteten BI hinweggewischt:

Wir empfehlen allen Aktionsgruppen dringend, sich zur Vermeidung von behördlichen Repressionen mit ihren Steuerpflichten auseinanderzusetzen. Auskunft muß jedes Finanzamt erteilen. Praktisch wichtig sind Umsatzsteuer (z.B. bei der Herausgabe von Broschüren) und Lohnsteuer (z.B. für Aushilfsarbeiten). Grundsätzlich gilt: wer sorgfältig Buch führt und die Gruppenaktivitäten sinnvoll plant, zahlt ganz legal wenig oder überhaupt keine Steuern. Herumwurstelei kann sehr teuer werden und Anlaß für politische Repressionen sein.

Gegen Umweltschutz sei ja niemand und *wie* man Umweltschutz durchsetzt, ist natürlich strittig.
Bundes- und Länderfinanzbehörden halten trotzdem daran fest, unbequeme Organisationen mit Hilfe des Steuerrechts zu benachteiligen; was den Herrschenden nicht nützt, ist eben nicht gemeinnützig. Bis jetzt ist undementiert, daß das Deutsche Atomforum, Propagandazentrale der AKW-Betreiber, „gemeinnützig" ist.

Im Fall der VIK wird wenigstens offen gesagt, worum es geht: die Finanzbehörden stoßen sich an der (Mit-)verfolgung politischer Zwecke: „Bei aller Anerkennung der Kulturarbeit des Vereins kann dabei doch nicht übersehen werden, daß auch politische Grundlinien eingehalten werden (bis hin zur Förderung der Öffentlichkeitsarbeit der PLO)". Die VIK soll und wird weitermachen, ob es dem Finanzamt nun paßt oder nicht. Dem Versuch, politisches Engagement mit Mitteln des Steuerrechts zu behindern, muß dennoch entschieden entgegengetreten werden.

as

Sammlungen für Zimbabwe verboten

Seit einigen Monaten gibt es Versuche von seiten des Staates, Sammlungen zugunsten der ‚Zimbabwe African National Union' ZANU in der Bundesrepublik zu verhindern oder zu erschweren.

Davon betroffen sind verschiedene Organisationen und Gruppen, die zudem für unterschiedliche Projekte eingetreten sind und dies auch weiterhin tun. Das breite Spektrum an Verboten in mehreren Orten und ihre Beweggründe machen deutlich, daß es sich nicht um ‚Entgleisungen' einzelner lokaler Bürokratien handelt. Es ist der Versuch, Solidarität in Form von materieller Hilfe zu verhindern.

Wir möchten nur 3 Fälle aus der jüngsten Zeit herausgreifen, obwohl uns weitere bekannt sind (vgl. auch schon ‚blätter' Nr. 56/S. 43).

1. Das Regierungspräsidium Tübingen verbietet dem KBW und der KPD am 7. 3. 1978, für die Ausrüstung einer Kompanie der ZANLA (bewaffneter Arm der ZANU) zu sammeln. Gleichzeitig wird der bis dahin auf dem Spendenkonto angesammelte Betrag in Höhe von DM 110.115,84 *„dem Deutschen Roten Kreuz ... für humanitäre Maßnahmen zugunsten der einheimischen Bevölkerung in Rhodesien zur Verfügung gestellt."*

Zur Begründung führt das Regierungspräsidium Tübingen an, daß es die Sammlung verbieten kann, *„wenn die Gefahr*

besteht, daß durch die Verwendung des Sammlungsertrages Recht und Ordnung verletzt wird." Daß dies der Fall sein soll, wird unmißverständlich formuliert:

„Die von den Veranstaltern vorgesehene Verwendung des Sammlungsertrages verstößt gegen das Grundgesetz."

„Aufgrund der dem Bund gegenüber bestehenden Treuepflicht sind die Länder verpflichtet, gegen Aktionen innerstaatlicher Gruppierungen vorzugehen, die geeignet sind, die Beziehungen des Bundes zu anderen Staaten in schwerwiegendem Maße zu stören. Die Ausrüstung einer Kompanie der ZANLA mit Waffen und anderem Kriegsmaterial stellt einen massiven Eingriff in die inneren Angelegenheiten Rhodesiens dar. Es muß damit gerechnet werden, daß die vorgesehene Unterstützung der bewaffneten Widerstandsbewegung, die sich in einem kriegerischen Konflikt mit der rhodesischen Regierung befindet, zu außenpolitischen Schwierigkeiten mit Rhodesien führt."

Rein juristisch gesehen gibt es diese Beziehungen zwischen der Bundesrepublik und Rhodesien gar nicht. Kein Staat der Welt hat das Rassistenregime offiziell anerkannt. Eine solche Anerkennung könnte rechtmäßig auch nicht entstehen, da der Sicherheitsrat der Vereinten Nationen seinem Handelsembargo vom 29. 5. 1968 die Anordnung des Abbruchs aller diplomatischen Beziehungen folgen ließ.

Seit dem Beitritt der Bundesrepublik zu den Vereinten Nationen ist dieser Beschluß gemäß Artikel 25 der UN-Charta auch für die BRD bindend. Formaljuristisch gesehen kann also eine Beziehung zwischen der BRD und Rhodesien gar nicht existieren; falls doch, wäre sie völkerrechtswidrig. Weiter heißt es in der Verfügung:

„Nach (Art. 26 Grundgesetz) sind Handlungen verfassungswidrig, die geeignet sind und in der Absicht vorgenommen werden, das friedliche Zusammenleben der Völker zu stören, insbesondere die Führung eines Angriffskrieges vorzubereiten. Die Lieferung von Waffen in Gebiete, in denen bewaffnete Konflikte stattfinden, ist geeignet, das friedliche Zusammenleben der Völker zu stören." . . .

„Nach der in der Präambel des Grundgesetzes und den Artikeln 24, 25 und 26 Grundgesetz zum Ausdruck gekommenen Zielsetzung ist grundsätzlich jede Beteiligung an friedensstörenden Aktionen verfassungswidrig. Dies gilt auch für die Beteiligung an innerstaatlichen gewaltsamen Auseinandersetzungen in anderen Ländern."

Da auch wir von der Aktion Dritte Welt Freiburg uns bewußt an der Auseinandersetzung auf der Seite der unterdrückten 6 Millionen Afrikanern in Zimbabwe beteiligen, die sich ihrer Entrechtung durch 250 000 Weiße erwehren, verhalten wir uns (zumindest für das Regierungspräsidium Tübingen) verfassungswidrig. Spinnt man den Faden weiter, trifft dies auch auf alle Spender zu, die das Volk von Zimbabwe unterstützen.

2. Die Stadt Freiburg lehnt am 16. 3. 1978 den Antrag der Ortsgruppe der 'Liga gegen den Imperialismus' zur Durchführung eines Straßenbazars ab. Der Erlös sollte für zwei fahrbare Kliniken zugunsten der ZANU sein. In der Ablehnung der Stadt Freiburg heißt es:

„Die Liga gegen den Imperialismus ist nach dem Verfassungsschutzbericht des Landes Baden-Württemberg 1976/77 eine Hilfs- und Nebenorganisation der verfassungsfeindlichen KPD. Die KPD und der KBW haben in wilden Plakataktionen zum bewaffneten Kampf in Zimbabwe sowie zu Spenden für den Kauf von Waffen und Munition aufgerufen. **Es ist daher sicher, daß auch die Liga mit der Durchführung ihres Bazars nicht den angegebenen humanitären Zweck verfolgt,** *(Unterstreichung durch die Red.) sondern der Bazar nur ein Vorwand dafür ist, an Geld für die Beschaffung von Kriegsmaterial, insbesondere Waffen heranzukommen."*

2.1 Gegen diesen Bescheid der Stadt ging die Liga mit einem Antrag auf einstweilige Anordnung vor das Verwaltungsgericht Freiburg. Diesen Antrag lehnte das Verwaltungsgericht am 20. 3. 78 ab. Es geht dabei zunächst ebenfalls auf Artikel 26 GG ein und bezieht sich auf ein Urteil des Verwaltungsgerichtshofes Mannheim:

„. . . sind Handlungen, die geeignet sind und in der Absicht vorgenommen werden, das friedliche Zusammenleben der Völker zu stören, insbesondere die Führung eines Angriffskrieges vorzubereiten, verfassungswidrig. Damit ist aber auch jede Beteiligung an innerstaatlichen gewaltsamen Auseinandersetzungen verboten, wobei es nicht darauf ankommt, ob die zu unterstützende Partei in völkerrechtlich zu billigender Weise aktiv wird."



Danach führt es eine neue Qualität bei der Sammlungsverbotsbegründungen ein:

„Im vorliegenden Fall bestehen Anhaltspunkte, die es hinreichend wahrscheinlich erscheinen lassen, daß zumindest Teile des Sammlungserlöses in dem genannten Sinne kriegerischen Zwecken dienen werden. Nach den Angaben (der Liga) ist der Sammlungsertrag bestimmt für den Ankauf von zwei mobilen Kliniken für das Volk von Zimbabwe zu Händen der ZANU. Der Ertrag wird auf ein Spendenkonto (der Liga) überwiesen. Wie sich aus . . . Quittungen ergibt, wird der Ertrag dann der ZANU ausgehändigt. Es ist aber nicht glaubhaft gemacht, daß (die Liga) in der Lage ist, die weitere Verwendung der Mittel durch die ZANU zu kontrollieren." . . .

„Nach Lage der Dinge ist es nicht ausgeschlossen, daß die ZANU den ihr zur Verfügung gestellten Betrag zum Kauf von Militärmaterial verwendet."

Im Klartext heißt das: für die Öffentlichkeit sammelt die Liga zugunsten einer fahrbaren Klinik, aber letztlich will sie Waffen mit den Spendengeldern kaufen. Falls die Liga aber wirklich Kliniken finanzieren wollte, entgleitet ihr darüber jeglicher Einfluß mit der Überweisung der Gelder an die ZANU. Spätestens dann ist von Kliniken keine Rede mehr.

Hier wird nicht nur der Liga gegen den Imperialismus Betrug vorgeworfen, sondern auch der ZANU jegliche moralische Integrität abgesprochen. In der Solidaritätsbewegung will niemand die ZANU kontrollieren. Solidarität mit dem kämpfenden Volk von Zimbabwe heißt auch, einer Organisation des Volkes von Zimbabwe zu vertrauen.

Wir sind aber auch der Auffassung, daß es richtig ist, Verwendungsnachweise und Quittungen von der ZANU für überwiesene Gelder zu verlangen, um damit allen Spendern eine Rechenschaft über den Verbleib ihres Geldes geben zu können. Das muß den Ordnungsbehörden genügen. Das Freiburger Verwaltungsgericht will offenbar mehr: *„Unter diesen Umständen (die ZANU ruft zur Ausrüstung einer Kompanie der ZANLA auf, Red.) vermag auch die von der Antragstellerin (= Liga) vorgelegte Quittung über einen in der Vergangenheit erfolgten Kauf eines Krankenwagens durch die ZANU die ernstlichen Zweifel der Kammer an der Verwendung künftiger Sammlungserträge nicht auszuschließen.“*

Es ist vollkommen klar, daß niemand in der Solidaritätsbewegung Kontrolle über die exakte Verwendung der Spendengelder ausüben kann – selbst wenn dies jemand wollte. Da dem Gericht Quittungen nicht genügen, ist es aber die Forderung an die Komitees. In der Praxis läuft dieser Beschluß darauf hinaus, daß aus der Solidaritätsbewegung niemand mehr legal in der BRD für die ZANU sammeln kann, egal ob es sich um ein humanitäres Projekt handelt oder nicht. Diesen erneuten Versuch, antiimperialistische Arbeit zu illegalisieren und Sammlungen zugunsten der ZANU als verfassungswidrig darzustellen, gilt es entschieden zu bekämpfen.

3. Die Stadt Tübingen formuliert am 26. 4. 1978 Bedenken gegen die Verwendung von Spendengeldern, die in Tübingen für das Landwirtschaftsprojekt gesammelt werden sollen.

Nachdem der Tübinger ‚Aktionskreis südliches Afrika‘ AKSA eine Sammelerlaubnis zugunsten des Landwirtschaftsprojektes der ZANU, das in Mozambique aufgebaut wird (vgl. Aufruf in: ‚blätter‘ Nr. 58 und Nr. 68), beantragt hatte, bat die Stadt um ein ‚klärendes Gespräch‘. Erst danach wurde die Genehmigung für die Sammlung erteilt. Allerdings wurden Auflagen gemacht: kurzfristiger Nachweis über die Weiterleitung des Tübinger Spendengeldes durch das ‚Organisationskomitee zur Unterstützung der Befreiungskämpfe im südlichen Afrika‘, sowie eine Aufstellung über die Güter, die von dem Tübinger Betrag (!) in Mozambique angeschafft wurden. Einen Dankesbrief des ZANU-Finanzsekretärs Mutasa, in dem er die Verwendung früher überwiesener Gelder aufschlüsselt, sah die Stadt als „nicht ausreichenden Beleg für die Glaubwürdigkeit“ an. Nach einem Protestbrief des ‚Organisationskomitees‘ teilte das Bürgermeisteramt allerdings am 25. 7. 78 mit: *„Der von Ihnen vorgelegte Nachweis, daß die in Tübingen gesammelten Gelder nach Mozambique überwiesen wurden, reicht aus.“*

Dies ist zunächst ein Erfolg, über den wir allerdings nicht die anderen Verbote vergessen dürfen. Auch schon den Versuch, Sammlungen zu erschweren, müssen wir angehen. Das ‚Organisationskomitee‘ möchte deshalb eine Dokumentation über Erfahrungen von Komitees und Organisationen (auch offiziellen, wie z.B. dem Roten Kreuz oder den Kirchen) mit staatlichen Stellen herausgeben, in der die Schwierigkeiten dargestellt werden, die es bei Sammlungen in der BRD für das Volk von Zimbabwe gibt. Wir rufen unsere Leser auf, uns (positive oder negative) Erfahrungen mit Behörden oder Gerichten zu schildern und uns die entsprechenden Schriftwechsel zukommen zu lassen.
Bitte an: Organisationskomitee c/o Aktion Dritte Welt, Postfach 5328, 7800 Freiburg.

rb

Ein neuerlicher Zensurfall

Am 23. 5. 78 beschlagnahmte die Hamburger Polizei eine Schrift aus der „antifaschistischen Russel-Reihe“ des KB-nahen Reents-Verlags, Titel:

> „Nach Schleyer: ‚Sonderkommandos‘ in der BRD – zügiger Ausbau der neuen GeStaPo“.

Die Beschlagnahme wurde am 17. 7. vorläufig wieder aufgehoben – aus formalen Gründen (die Staatsanwaltschaft hatte die Frist zur Anklageerhebung verpasst), aber mit einem Strafverfahren gegen den Verleger J. Reents ist nach wie vor zu rechnen. Vorgeworfen wird ihm Verunglimpfung des Staates und Beleidigung seiner Hamburger Exekutivorgane.

Man kennt sie als zartfühlende Wesen, die Staat, die die deutsche Geschichte hervorgebracht hat, immer sensibel reagierend auf Stiche „von rechts und links“ (wie es so heißt), immer wirkungsvoll in der Abwehr von Angriffen, manchmal etwas rechtsstaatlich ausgewogener, meistens aber eher effektiv-vernichtend. Nicht nur auf den gewaltsamen Angriff oder den Aufruf hierzu reagieren sie mit Strafe, auch der rein verbalde Anwurf ist ihnen eine Verfolgung wert.

Der BRD-Staat gönnte sich den Paragraphenschutz gegen verbale Attacken (§ 90a StGB) im Jahre 1951 nach kurzem antifaschistischem Intermezzo. § 90a entspricht dem Wortlaut nach sehr weitgehend seinen Vorgängern aus der Weimarer und der Nazi-Zeit. Staatsschutz hat immer die gleiche Grundstruktur, egal ob ein freiheitlich-demokratischer oder ein offen faschistischer Staat nach Schutz ruft:
Verboten ist „Beschimpfen“, böswillig „Verächtlichmachen“, „Verunglimpfen“, bestraft wird mit Haft. Es wechseln lediglich die Objekte des Delikts: mal Reichs-, mal Bundespräsident, mal der „Führer“ (§ 90), mal die verfassungsmäßige Ordnung, mal die deutsche Wehrmacht, mal diese, mal jene Version des Wappentiers. (§ 90a) (Vgl. „blätter des iz3w“, Nr. 36/37, S. 2f).

Mit dem Beschlagnahmebeschluss und dem anstehenden Strafverfahren soll ein Buch unschädlich gemacht werden, das versucht, eben diese Tradition, personelle und organisatorische Kontinuität für den Bereich der Exekutivgewalt zu beschreiben.

Was wird dem Buch, bzw. dem Verleger J. Reents zur Last gelegt? Zunächst eigentlich fast alles, was drinsteht, denn bei der „Gesamtschau des Inhalts“ ergibt sich beim „unbefangenen, aber sorgfältigen Durchschnittsleser“ ein „Bild der BRD als ein Staat, der allgemeine Mißachtung verdient“ (Blatt 2 der Begründung). Das ist vorwerfbar, denn allein richtig und daher auch nicht strafbar ist bekanntlich die gegenteilige Behauptung: der BRD-Staat verdient allgemeine Hochachtung. Auch dieses strafrechtliche Meinungsdiktat

hat gute braune Tradition.
Immerhin entsteht dieses Bild auch beim „sorgfältigen" Durchschnittsleser, anscheinend hat die Veröffentlichung des Reents-Verlags ihre analytische Kraft auch ein wenig im Amtsgericht Hamburg entfaltet.

Der „Gesamtschau", die zum Ergebnis kommt, das Buch wirke auf das empfindsame BRD-Gebäude „besonders verletzend" (Blatt 2), folgt eine zweieinhalbseitige Zitatensammlung, die die vorgeworfene Untat belegen soll. Den Verfassern des Buches geht es um einen Vergleich der neuerdings forciert aus dem Boden gestampften Sonderkommandos von Polizei und BGS mit der Geheimen Staatspolizei der Nationalsozialisten. Hierbei werden Parallelen sowohl in der Arbeitsweise als auch der personellen Besetzung gefunden, wird endlich geschlossen, die BRD verberge hinter der Hülle des demokratischen Rechtsstaats die Konturen eines entstehenden faschistischen Machtapparates.
Bemerkenswert ist, daß der Amtsrichter seinen Beschluß in einer Weise begründet, die ein eigenes Urteil unmöglich macht: Heißt es im „allgemeinen Teil" der Begründung, das Buch wirke in der „Gesamtschau" verunglimpfend, sei also von seiner ganzen Anlage her strafrechtlich relevant, so wird dies durch die gut 25, ausdrücklich „beispielhaft" zitierten Textstellen in keiner Weise belegt. Mehr als die Hälfte der Textstellen enthält Schlußfolgerungen, reine Meinungsäußerungen, deren Begründung durch Fakten, Daten, u.ä. regelmäßig hinter einem „das heißt" unter Pünktchen verschwindet.

Was dem „unbefangenen Durchschnittsleser" bleibt, ist eine Sammlung unvermittelter Behauptungen, die GSG 9, MEK, Verfassungsschutz usw. mit der GeStaPo in Verbindung bringen, ohne daß auch nur eine Spur des Begründungszusammenhangs deutlich wird.
Und so – zum Sammelsurium abstruser Behauptungen zerstückelt – läßt sich das Buch natürlich auch leichter verbieten, als wenn man sich mit Fakten herumschlagen müßte, die gerade gegenwärtig immer mehr in die öffentliche Kritik geraten.
Wie könnte der Hamburger Amtsrichter nach den Enthüllungen der letzten Monate auch bestreiten,
– daß Bundesgrenzschutz, Zoll und Polizei mit dem Verfassungsschutz eine „formlose" (d.h. herkömmlichen Rechtsstaatsprinzipien und dem Verbot einer neuen Geheimpolizei nach dem Krieg zuwiderlaufende) Zusammenarbeit praktizieren?
– daß eine Abhörpraxis besteht, die sich mit der bloßen Zugehörigkeit zu einer bestimmten Szene, „Dunstkreis" usw. ohne irgendwelche weiteren Anhaltspunkte legitimiert (oder – wie bei dem bespitzelten Atomphysiker Klaus Traube – nur mit einem besonderen Lebensstil?
– daß eine „beobachtende Fahndung" – BeFa (geheime Telefon-, Post-, Personenüberwachung, Registrierung sämtlicher Bewegungen des Betroffenen) – auf alle noch so zufälligen Kontaktpersonen von verdächtigten „Terroristen" angesetzt wird: jeder, der zufällig einmal mit Andreas Baader in einem Zugabteil gesessen hat, ist so in das Antiterror-Speichersystem PIOS des Bundeskriminalamts gewandert, ohne daß er es je erfährt?
– daß Spezialeinheiten bei Polizei und Bundesgrenzschutz existieren (Mobile Einsatzkommandos (MEK), Sondereinsatzkommandos (SEK) und GSG 9), die kaum etwas anderes lernen als schießen und die entsprechend im „Ernstfall" auch kaum etwas anderes tun?

Es ist nach Traube, nach den Listen des Bundesgrenzschutzes, nach der Veröffentlichung des vertraulichen Maihofer-Herold-Protokolls in „Konkret" und „Stern", nach den tödlichen MEK-Einsätzen bei Banküberfällen in Hamburg und dem der GSG 9 in Mogadischu eine belegte Tatsache, daß die Entwicklung der bundesdeutschen Polizei vor allem im Bereich ihrer „politischen" Tätigkeit immer mehr in Richtung auf totale geheimdienstliche Überwachung einerseits und auf westernmäßige Gunmanmethoden andererseits geht. Fakten, die dies belegen, in Zweifel zu ziehen, riskiert der beschließende Richter vernünftigerweise erst gar nicht: Was er verbietet, ist, diese Tatsachen in bestimmter Weise zu benennen. Er verbietet die Vokabel „Killerkommandos", den Vergleich mit der GeStaPo, er verbietet die Behauptung einer Faschisierung der BRD.

Wir mögen zur Faschisierungsthese des Kommunistischen Bundes stehen wie wir wollen, ebenso etwa zur Theorie vom Neuen Faschismus in den Schriften der RAF und der „Bewegung 2. Juni", die allesamt der öffentlichen Auseinandersetzung durch Verbot entzogen sind. Wer nicht auch gegen die Zensur von Schriften eintritt, mit deren Inhalt er in keiner Weise übereinstimmt, gibt sein Recht preis, sich aus allen Quellen zu informieren. Er wendet sich nicht gegen Zensur schlechthin, sondern unterscheidet – vermutlich unbewußt – zwischen „berechtigter" und „unberechtigter Zensur". Eine solche Unterscheidung hat fatale Konsequenzen. Wer Zensur zumindest teilweise für berechtigt hält, wird nie kontrollieren können, ob eine Zensur seinen Vorstellungen nach „berechtigt" oder „unberechtigt" war, da das Zensuramt die zensurierten Schriften in der Regel nicht im amtlichen Anzeiger veröffentlicht. Das Prinzip der Zensur ist es ja gerade, das Verbotene der öffentlichen Diskussion zu entziehen. Zensur ist also prinzipiell unkontrollierbar und deswegen nie mit demokratischen Prinzipien vereinbar.
Heute werden zur Zensur bestimmte Schriften als terroristisch oder extremistisch diffamiert, weil soviele Leute die Vorstellung einer „berechtigten Zensur" im Kopf haben und sich deswegen nicht gegen die Zensur einer als terroristisch bezeichneten Schrift wenden. Wohin die Anerkennung „berechtigter Zensur" führt, zeigt die Anwendung der Attribute „terroristisch" und „extremistisch" durch staatliche Stellen auf immer mehr Publikationen, was die Zensur weiterer Publikationen begründen soll.
Vom Bundespräsidenten und anderen prominenten Machthabern der Bundesrepublik wird eine geistige Auseinandersetzung der Bevölkerung mit dem Terrorismus gefordert. Wir wissen natürlich nicht, was Scheel und Schmidt mit ihren blumigen Worten meinen. Wir denken aber, das es notwendig wäre, z.B. die Faschismus-These der RAF oder der Bewegung 2. Juni zu kennen, um mit Leuten diskutieren zu können, die den Terrorismus für politisch sinnvoll halten.

Unabhängig davon, wie man zu den Inhalten zensierter Bücher stehen mag:

Die offene Diskussion um den Charakter dieses „freiheitlichsten Staates auf deutschem Boden", die Verbreitung auch unangenehmer Details aus dem Walten und Wirken seiner Exekutivorgane dürfen wir uns nicht verbieten lassen!
Wir fordern die weitere Verbreitung des Russell-Buches Nr. 5 und unterstützen den Reents-Verlag in Widerspruch und Prozeß gegen dieses Stück staatlicher Willkür.

Ma

CHILE – FASCHISMUS IM FÜNFTEN JAHR

Junta in der Krise

Seit der untenstehende Artikel verfasst wurde, ist in Chile manches in Bewegung gekommen. Am 24. 7. setzte Pinochet den Vertreter der Luftwaffe in der Junta, General Leigh, ab, weil Leigh sich in einem Interview mit einer italienischen Zeitschrift für eine rasche Demokratisierung ausgesprochen und Pinochets Plan, die Militärdiktatur um weitere 10 Jahre zu verlängern als „unrealistisch" beurteilt hatte.

Der General Leigh hat schon mehrere politische Wandlungen hinter sich. Vor dem Putsch galt er als Christdemokrat, nach dem Putsch kritisierte er Pinochet zunächst von rechts, verlangte eine Verschärfung und Systematisierung des Terrors und sprach sich für die Gründung einer faschistischen Massenbewegung aus. In letzter Zeit versuchte er zunehmend, sich als demokratische Alternative zu Pinochet aufzubauen. Eine gewisse Kontinuität weisen seine politischen Anschauungen nur darin auf, daß er nach wie vor die Wirtschaftspolitik der Junta angreift, die einseitig die Monopole begünstigt und zur Verelendung der Masse des Volkes führt. Leigh tut dies in der Hoffnung, dadurch Teile des kleinen und mittleren Bürgertums für sich zu gewinnen.

Ob die Entmachtung Leighs und eines Großteils der Luftwaffengeneräle einen Sieg Pinochets darstellt, erscheint fraglich. Die Zahl seiner Gegner innerhalb und außerhalb des Militärs dürfte dadurch kaum kleiner geworden sein. Pinochets nächste Niederlage nach diesem Kraftakt ließ auch nicht lange auf sich warten. Sein ehemaliger persönlicher Freund und direkter Untergebener, Ex-DINA-Chef Contreras wurde inzwischen verhaftet, die USA fordern seine Auslieferung wegen seiner Beteiligung an der Ermordung des ehemaligen chilenischen Außenministers Orlando Letelier in Washington. Damit wird auch Pinochet als Contreras' Dienstvorgesetzter in diesen Mordfall verwickelt.

Lachender Dritter bei dieser Regierungskrise sind die in- und ausländischen Monopole und die chilenische Großbourgeoisie, sie sich immer direkter an der Ausübung der politischen Macht beteiligt. Es gelang ihr, die ultraliberale Wirtschaftspolitik der Junta noch zu verschärfen: ein neues Arbeitsgesetzbuch wurde verkündet, das sämtliche Errungenschaften, die sich die Arbeiter in den letzten Jahrzehnten erkämpft haben, zunichte macht. Die letzten Überbleibsel der Agrarreform wurden ebenfalls beseitigt.

(Red.)

Inhalt des Themenblocks

Chile – Faschismus im Fünften Jahr

1. Junta in der Krise
2. Solidarität mit den Hungerstreikenden in Chile
3. Bericht über die Situation in Valdivia
4. Bericht eines ehemaligen Geheimdienstlers

Santiago de Chile. Am Dienstag, den 9. Mai 1978 wird der Funktionär der chilenischen Bauarbeitergewerkschaft Jose Luis Figuera gegen zehn Uhr abends zum letzten Mal an der Straßenkreuzung Almeda Bernardo O'Higgins/Calle Vergara gesehen. Seitdem ist er ein desaparecido, ein Verschwundener, von der DINA-Nachfolgeorganisation CNI-SNI (Central Nacional de Informaciones – Servicio de Inteligencia nacional del Ejercito) verschleppt. Denn am Nachmittag des gleichen Tages parkten vier CNI-Häscher vor dem Haus der Bauarbeitergewerkschaft. Ein drei Tage vorher festgenommenes Mitglied der Bauarbeitergewerkschaft wurde vom CNI mit dem Versprechen in das Gewerkschaftshaus geschickt, wenn er dort auskundschaften könne, ob Figuera sich dort befinde, werde man ihn freilassen. Versuche, Figuera vor seiner Verhaftung zu warnen, waren erfolglos, genauso wie tagelange Suchaktionen seiner Angehörigen und eines Rechtsanwalts. Der chilenische Geheimdienst verschleppt immer noch Menschen, wie auch andere Fälle zeigen. Und dies, obwohl die Macht der Junta, insbesondere ihres Chefs, des Staatspräsidenten Augusto Pinochet Ugarte, durch Druck von außen und durch Querelen und Fraktionskämpfe der Generalität untereinander schwer angeschlagen ist. Die Machthaber in Uniform sind so zerstritten, daß sie zu plaudern beginnen, sei es um sich Persilscheine für eine bessere Zukunft zu besorgen, indem sie andere ans Messer liefern, sei es um in aktuellen Machtkämpfen eine bessere Position zu bekommen.

Machtkämpfe unter den Generälen

So stellt sich die derzeitige Situation der Junta und der Generalität nach Informationen aus Offizierskreisen folgender-



maßen dar: Sah es nach der „Volksbefragung" im Januar noch so aus, daß Pinochet, beim Versuch sich zum Candillo mit Alleinherrschaftsanspruch zu machen, einen persönlichen Sieg davon trug, so hat sich die Lage für ihn zwischen dem 5. und 10. April grundlegend geändert.
Der Geheimdienst der Luftwaffe SIFA deckte einen Putschplan auf, mit dem Pinochet durch einen „Putsch im Putsch" seine persönliche Diktatur errichten wollte. Neuer Innenminister dieser Einmanndiktatur, so ist aus den Kreisen der Luftwaffe zu hören, sollte der frühere DINA-Chef Manuel Contreras Sepulveda, werden.
Verschiedene innen- und außenpolitische Vorgänge verschärften schließlich die schwere Krise im Rat der Generäle, die sich gegen Pinochet wendet. Insbesondere sind dies die kritische Situation in den Konflikten mit Argentinien und Bolivien, das Fehlschlagen von Verhandlungen um Gebietsansprüche dieser Staaten bzw. um Zugänge zum Pazifischen Ozean und die damit verbundenen Kriegsdrohungen dieser Staaten; die kritische Situation der chilenischen Streitkräfte, die, seitdem die USA den Nachschub von Militärgerät eingestellt haben, weder über Ersatzteile, noch über technische Hilfe, aber auch über keine Kredite für Waffenkäufe verfügen; die Vorgänge um die Ermordung von Orlando Letelier, dem ehemaligen Außenminister Allendes, in den Vereinigten Staaten durch zwei von der DINA gedungene Agenten und der daraufhin einsetzende moralische Druck der USA auf das Regime; die wirtschaftliche Lage, insbesondere die Isolierung des Regimes auf dem internationalen Kapitalmarkt; die Forderungen des Botschafters der USA vor der Menschenrechtskommission der UNO, der eine Liste von 10 Punkten aufstellte, und darin insbesondere nach den Menschenrechten, nach der Situation der im Exil lebenden chilenischen Bürger, der Verbannten, der Ausgewiesenen, der Verschwundenen und der sozialen Lage im Land fragt.
Alle diese Punkte führen dazu, daß der „Rat der Generäle" am 8., 9. und 10. April in Dauertagung zusammentritt und



Kontrahenten Pinochet, Leigh

schließlich den Rücktritt Pinochets fordert. Dieser lehnt ab und schafft es, daß unter dem Stichwort „Reinstitutionalisierung" innerhalb einer Frist von 60 bis 90 Tagen eine neue Herrschaftssituation hergestellt werden soll, über deren genaue Form bis heute in Chile innerhalb der Militärs und des großbürgerlichen Lagers heftige, insbesondere personelle Machtkämpfe ausgetragen werden. Es ist die Rede von einer Ersetzung Pinochets, vom Austausch der gesamten Junta, von einer „argentinischen Lösung", d.h. zivile Minister regieren unter der Kontrolle von Militärs und werden, wenn sie sich als zu demokratisch erweisen, gestürzt. Auch von einem reinen Zivilkabinett ohne militärische Kontrolle wird gesprochen.

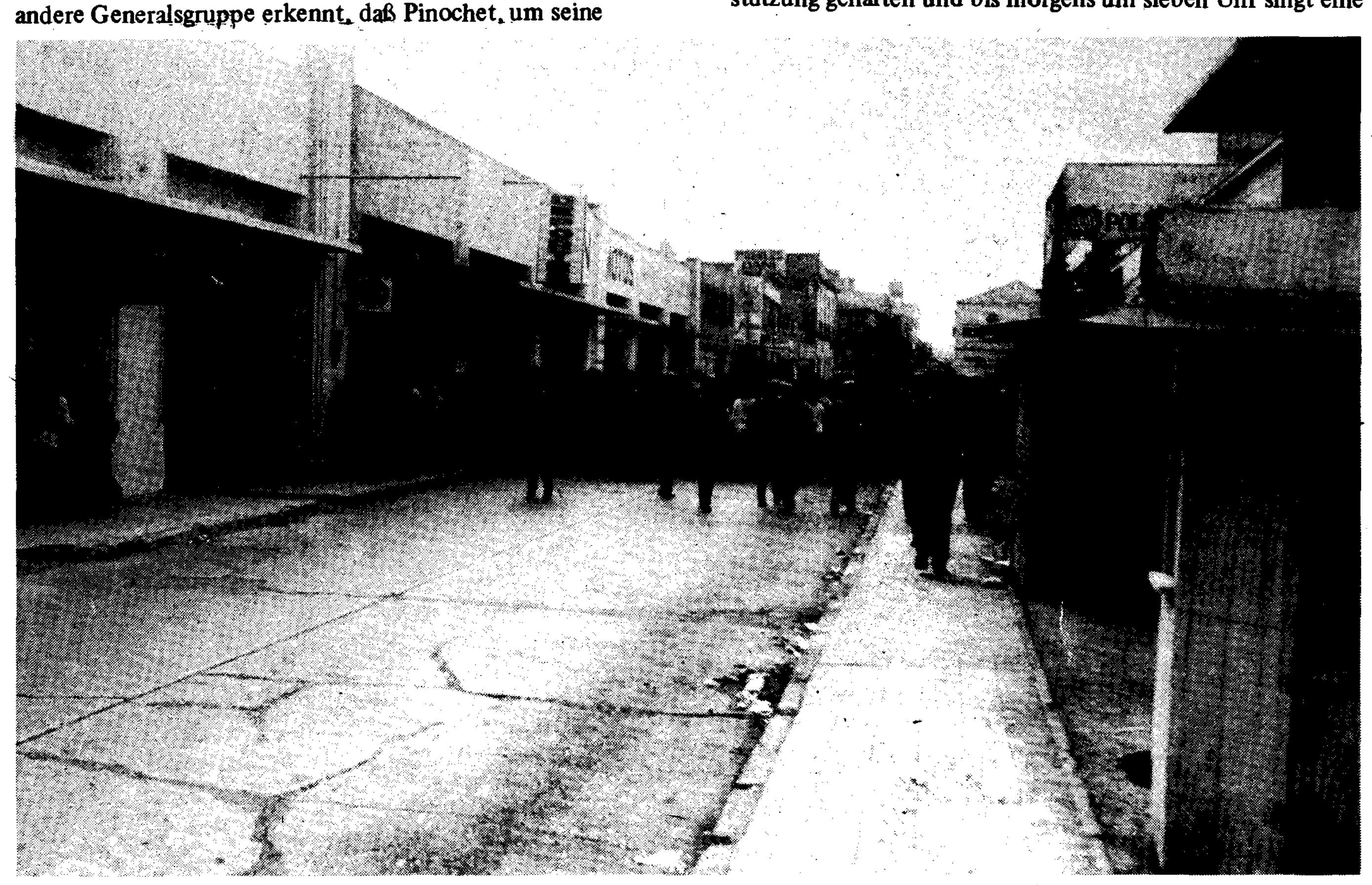


1. Mai 1978, Greiftrupps der Polizei nehmen Demonstranten fest

Im einzelnen liefen die Vorgänge vor und in der zweiten Aprilwoche folgendermaßen ab:
Der Botschafter der Vereinigten Staaten in Chile, Walter Landau, und US-Staatsanwalt Propper üben auf Pinochet Druck aus und fordern die Auslieferung eines der vermutlichen Mittäter am Mord von Orlando Letelier. Es handelt sich dabei um den amerikanischen Staatsbürger Michael Townley, der – nach Überzeugung der amerikanischen Staatsanwaltschaft – mit Rückendeckung des chilenischen Geheimdienstes DINA Exilkubaner zu einem Attentat auf Letelier angeworben hat. Pinochet sichert gegenüber den Amerikanern dessen Auslieferung zu, läßt Townley aber gleichzeitig wissen, daß ein anderes Verfahren gegen ihn in Chile in einem anderen Zusammenhang eröffnet wird, was seine Auslieferung wiederum verhindern werde (Townley soll bereits im März 1973 an Terroranschlägen gegen die Allenderegierung beteiligt gewesen sein und dabei den Machtwächter von Radio Concepcion so gefesselt und geknebelt haben, daß er erstickte).
Der Rat der Generäle führt Gespräche mit Pinochet über seine Verantwortung bei der Ermordung Leteliers und fordert von ihm schließlich vor einem aus Generälen bestehenden Ehrengericht eine Eideserklärung, daß er keinerlei Verantwortung für die Ermordung Leteliers trage. Es ist die Antwort der Generäle auf die Aufforderung Pinochets, ihm in einer öffentlichen Erklärung ihre Unterstützung zuzusichern. Nachdem Pinochet seine Ehrenerklärung abgibt, kommt es zur Abstimmung unter den Generälen. 17 sprechen sich für eine Unterstützung Pinochets aus, 13 enthalten sich der Stimme.
Am 8. April durchschaut eine Gruppe von Offizieren um General Brady die Doppelstrategie Pinochets, was die Auslieferung Townleys anbelangt, und beschließt zu handeln. Zur Überraschung des FBI und der amerikanischen Botschaft wird Townley noch am gleichen Tag in aller Herrgottsfrühe übergeben, um eine weitere Zuspitzung des Konflikts mit den USA zu verhindern, denn die militärische Situation hat sich verschärft. Das Regime hat sich in Südamerika zunehmend isoliert, Bolivien hat die diplomatischen Beziehungen mit der Militärjunta abgebrochen, Argentinien

wegen des Konflikts um die Beagleinseln im äußersten Süden des Kontinents seine Kriegsmarine Manöver fahren lassen.
Am 9. April tritt der Rat der Generäle erneut zusammen und führt eine lange Debatte über Augusto Pinochet, in deren Verlauf nach Informationen aus Offizierskreisen auch Stichworte wie „Festnahme", „Sofortige Ausweisung per Flugzeug nach Paraguay" und „Aberkennung der Befugnisse zur Ausübung des Amtes als Staatschef aus gesundheitlichen Gründen" fallen. Pinochet gerät im Laufe dieser Diskussion zwischen zwei Fronten. Die eine Generalsgruppe übt harte Kritik, weil er die nationale Sicherheit gefärde. Er sei verantwortlich für den Mangel an Waffen, für die internationale Isolierung, für die soziale Krise im Inland, für die Abkühlung der Beziehungen mit Brasilien und den USA. Sie wirft ihm persönliche Diktatur und Vetternwirtschaft vor.

Eine andere Gruppe, die als die „harte" bezeichnet wird, kritisiert seine Treulosigkeit gegenüber EX-DINA-Chef Manuel Contreras, gegenüber den Angehörigen der DINA bzw. deren Nachfolgeorganisation des CNI, seine Unterwerfung unter die USA und den Verlust des „Geistes vom 11. September 1973", des Tags des Putsches.
Beide Gruppen einigen sich trotz unterschiedlicher Ausgangspositionen auf eine Ablösung Pinochets und auf eine Übergangsphase mit einer Junta ohne einen Vorsitzenden, der zugleich Staatspräsident ist. In den nächsten drei Monaten soll eine generelle Lösung gefunden werden.
Pinochet versucht jetzt, seine Haut zu retten und versetzt EX-DINA-Chef Brigardegeneral Manuel Contreras Sepulveda endgültig in den Ruhestand. Am 10. April erntet er dafür von den Generälen erneut harte Kritik. Die einen betrachten dies als eine Bestätigung der kriminellen Verantwortung Contreras für die Untaten der DINA und damit auch der Verantwortung Pinochets. Denn Contreras war Pinochets Vertrauter und unterstand seinen Befehlen. Die andere Generalsgruppe erkennt, daß Pinochet, um seine Macht zu retten, auch vor der Opferung von höheren Offiziersrängen nicht Halt macht. Sie bezichtigen ihn der Untreue. Beide Gruppen fordern den sofortigen Rücktritt Pinochets. Dieser weigert sich, der Aufforderung Folge zu leisten.
Auch mit Rücksicht darauf, daß durch den alleinigen Rücktritt Pinochets von den drei Truppengattungen der Armee, deren Repäsentant in der Junta Pinochet ist, die Alleinschuld für die Untaten der Junta zufällt, gaben andere Armeeoffiziere nach und man einigte sich schließlich auf einen Kompromiß. Er besteht darin, daß Pinochets Rede von Chacarilla, in der er einen Übergang zu zivilen Verhältnissen in Chile für die nächsten Jahre ankündigte, dahingehend uminterpretiert wird, daß dieser Prozeß beschleunigt und so Pinochet die Möglichkeit gegeben wird, „nach getanem Werk" in Ehren abzudanken.
Eine erste Veränderung findet am 12. April statt. Sergio Fernandez, Vertrauter von Pinochet, wird zum Innenminister ernannt, der den Prozeß der „Reinstitutionalisierung" steuern soll. Fernandez bildet ein Kabinett, in dem rechtskonservative Zivilisten die Mehrheit haben, erklärt jedoch in einem ausführlichen Interview im Mercurio, daß sich nicht viel ändern werde und er nicht der Übergangspräsident sei.
Seit der Übereinkunft des Rates der Generäle wird in Chile um die Macht gepokert. Dabei wird auch nicht ausgeschlossen, daß die „harte" Gruppe der Generäle einen neuen Putsch gegen die alte Junta risikieren wird, um weitere Enthüllungen aus der Zeit des viereinhalbjährigen Terrors zu verhindern. Auf der Hochzeitsfeier der Tochter von EX-DINA-Chef Contreras, auf der Pinochet fehlt, aber fast alle Generäle anwesend sind, kommt es zu Treuebekenntnissen für Contreras. Beim Vorübergehen des EX-DINA-Chefs mit seiner Tochter wird als besondere Auszeichnung mit den Säbeln gerasselt. Später werden Reden zu seiner Unterstützung gehalten und bis morgens um sieben Uhr singt eine



1.Mai 1978. Polizei löst Demonstration auf.

angetrunkene Offiziersgruppe Lieder gegen die „Treulosen". Eine kleine Gruppe von hohen Offizieren möchte, daß mit dem Repressionsapparat des Regimes endgültig Schluß gemacht wird. Sie scheut sich auch nicht, Listen von DINA bzw. CNI-Agenten, die sich im Ausland aufhalten, zu verbreiten. Danach sollen folgende Personen mit der DINA bzw. im Auftrag des CNI im Ausland arbeiten: Ricardo Fiegelist, 3. Sekretär an der Chilenischen Botschaft in Costa Rica; Jose Fernandez, 1. Botschaftssekretär in Argen-

Volkswagen gratuliert zum Putsch



Am vierten Jahrestag des Putsches, dem 11.September 1977, erschien in „El Mercurio" diese Anzeige. Der Text auf deutsch:

Die Volkswagen-Familie möchte an diesem Tag der Regierung Chiles für die ihr gegebene Gelegenheit danken, in dieses schöne Land zu kommen, sich darin niederzulassen und mit seinen Menschen ihre Freiheit, ihren Schwung und ihre Lebensfreude zu teilen......
Es lebe Chile! Volkswagen 11.September 1977

Volkswagen do Brasil hat 1977 seinen Absatz in Chile um mehr als 100 Prozent steigern können.

tinien, Fernando Barrera, 3. Sekretär an der gleichen Botschaft; Patricio Montero, 3. Sekretär in Brasilien; Patricio Damm van der Valk, 2. Sekretär, Südkorea; Edmundo Harbin R., 3. Sekretär an der chilenischen Botschaft in Kopenhagen; Patricio Despouy, 1. Sekretär, Kairo, Ägypten; Hector Duran, Presseattache am Konsulat in Miami (USA); Ricardo Manriquez, 1. Sekretär in Jordanien; Oscar Millet, 3. Sekretär in Oslo; Luis Felipe Lopez, 1. Sekretär in Den Haag; Carlos Ashton, Attache in pretoria; Dennis Lustig, Attache in Montevideo; Arturo Gigoux, Berater am Konsulat in Belgrad; Jaime Rojas, Attache in Genf.

Strategie der rechten Christdemokraten

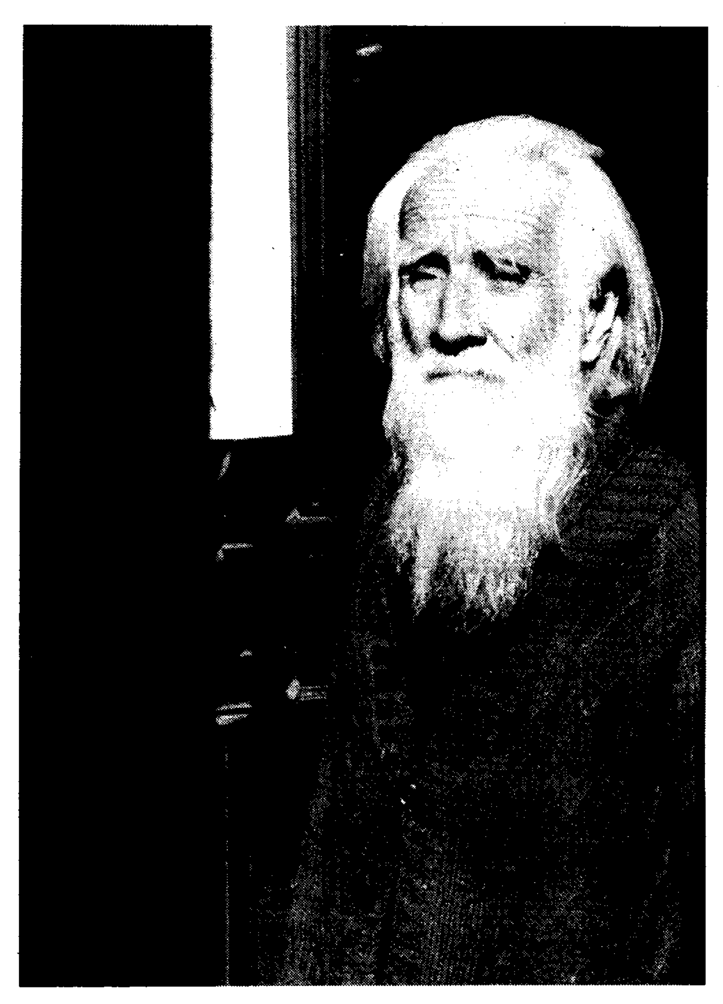
Luftwaffengeneral Gustavo Leigh Guzman (1), Juntamitglied und spätestens seit dem Alleingang Pinochets in Sachen Volksbefragung dessen Intimfeind, hält sich, was die Veränderung des Regimes anbelangt, beide Optionen offen; die eines möglichen Austausches aller vier Juntamitglieder durch andere Generäle aber auch die Einsetzung einer zivilen Regierung. Seit Dezember letzten Jahres hat sich Leigh mit Jorge Ovalle, dem Repräsentanten der PIR, einer rechtssozialdemokratischen Gruppierung, eine Art persönlichen Berater zugelegt, der ihm auch seine vorgeschobenen verfassungsrechtlichen Argumente gegen die Volksbefragung Pinochets formulierte. Über Ovalle hält Leigh Kontakt zu einer Gruppe von Christdemokraten.

Diese wiederum sprechen über Botschafter Walter Landau ihre Zukunftsstrategien mit dem amerikanischen Außenministerium ab. So versuchte der rechte Flügel der Christdemokraten auch eine mögliche Auslieferung von EX-DINA -Chef Contreras an die USA zu verhindern, um die „harte" Gruppe im Rat der Generäle nicht noch mehr in Panik zu versetzen und ihnen den Vorwand für einen erneuten Putsch zu liefern.

Die Vorgänge um die Ermordung von Orlando Letelier und die Auslieferung von Townley haben inzwischen jedoch ihre Eigendynamik bekommen. Vor kurzem hat das amerikanische Justizministerium auch die Auslieferung des chilenischen Ex-Geheimdienstchefs gefordert, was in der Völkerrechtsgeschichte ein einmaliger Vorgang wäre. Der rechte Flügel der Christdemokratie verfolgt angesichts der noch und geklärten Situation in der Junta und im Rat der Generäle eine sehr flexible, wenn nicht opportunistische politik, bei der es ihm darauf ankommt, das Regime zu beseitigen, ohne jedoch die Linke mit an die Macht kommen zu lassen.

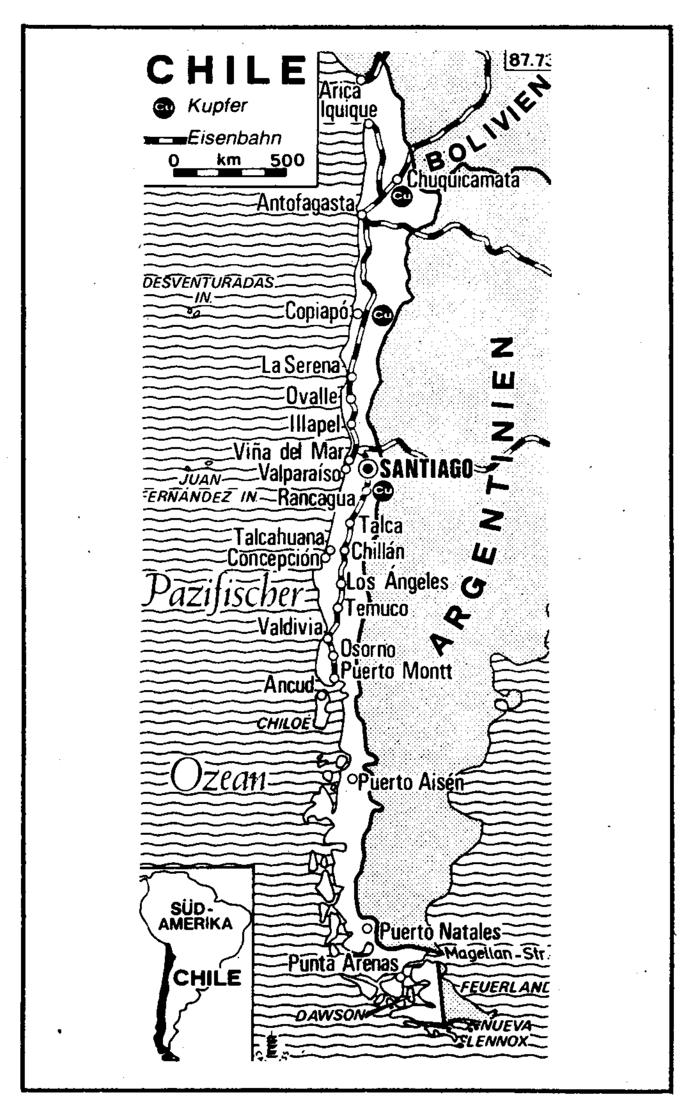
In einem Positionspapier der Christdemokraten heißt es „Wir stimmen für eine Übergangsregierung unter Einbeziehung der Streitkräfte, damit der Haß und die Ungerechtigkeiten abgebaut werden" – Beseitigung der Junta ohne soziale Explosion also. Ein führendes Mitglied der Christdemokraten, das zu Beginn dieses Jahres von Pinochet noch in die Berge im Norden des Landes verbannt, dann jedoch auf internationalen Druck wieder freigelassen wurde, interpretiert diese Position in einem vierstündigen Gespräch dahingehend, daß die Christdemokraten bereit wären, ein „Opfer im nationalen Interesse" zu bringen und christdemokratische Zivilminister in das Kabinett einer neuen Junta zu schicken, falls diese neue Junta sich als Übergangsregime mit genauer zeitlicher Begrenzung definiert. Sympathischer wäre dem rechten Flügel der Christdemokraten die Verwirklichung ihres „Kabinetts des Humanismus", wie sie es nennen. Unter einem von der Junta und dem Rat der Generäle ausgesuchten Übergangspräsidenten soll sich ein ziviles Mitte-Rechts-Kabinett installieren, in dem die Rechtsnationalen (selbst die faschistische Patria y Libertad-Bewegung würde man mit hineinnehmen) die Radikaldemokraten, die PIR und die Christdemokraten als Parteien vertreten sein werden. Man sei bereit, so heißt es in Kreisen der Christdemokraten, Mitglieder der sozialistischen Partei als Einzelpersonen jedoch nicht als Parteivertreter mit in das Kabinett aufzunehmen. Man wolle jedoch mit der sozialistischen Partei und auch den Kommunisten eine Über-

einkunft über ein Sozial- und Wirtschaftsprogramm erzielen, um wenigstens in einer Übergangsphase eine Tolerierung dieses „Kabinetts des Humanismus" durch die ehemaligen Parteien der Unidad Popular zu erreichen.



Clotario Blest, 80 Jahre, 15 Jahre lang Präsident des zentralen chilenischen Gewerkschaftsverbandes CUT. Personifizierung der chilenischen Gewerkschaftseinheit. Hat geschworen, sich nicht zu rasieren, bis die Junta beseitigt ist.

Als zivile Übergangspräsidenten werden inzwischen mehrere Namen von den Christdemokraten ins Gespräch gebracht. Da ist die Rede vom fast 80-jährigen rechtskonservativen, großbürgerlichen Jorge Alessandri, der, obwohl zu den großen Familien der chilenischen Wirtschaftsoligarchie, den mumios, gehörend, sich noch aus seiner Zeit als Staatspräsident wegen seines damaligen populären Regierungsstils einer gewissen Beliebtheit auch in breiteren Volksschichten erfreut. Man traut Alessandri zu, daß er selbst die kommunistische Partei befriedigen könnte, da er es war, der 1958 für ihre Wiederzulassung gesorgt hat.
Ähnlich wird zugunsten des früheren Mitglieds der nationalen Partei Franciso Bulnes Sanfuentes argumentiert. Er ist ebenfalls Mitglied einer alten großen Familie. Bulnes hat seine Ernennung zum Außenminister durch die Junta abgelehnt, da er wußte, daß ein von der Junta ernannter Zivilminister mit ihr untergehen werde.
Andere Namen sind Patricio Mekis und Juan de Dios Carmona. Aber auch der Erzbischof von Santiago, Raul Cardenal Silva Henriquez, ist im Gespräch. Er könnte, da das Solidaritätsvikariat,das ihm untersteht und sich in den Zeiten des Terrors, soweit es möglich war, auch schützend vor die Linken gestellt hat, auch dort Sympathien haben. Er selbst ist jedoch dem christlich konservativen Lager zuzurechnen. So könnte er in einer Übergangsphase als Aushängeschild der gesamten Nation fungieren.
Aus Kreisen um den früheren Allende-Gegenkandidaten und politischen Kopf der Christdemokraten, Eduardo Frei, ist zu hören, daß er nicht bereit ist, die Rolle des Übergangspräsidenten zu spielen, erst recht nicht, wenn es zu einem gemischten Regime aus Zivilisten und Militärs kommt. Frey will, so heißt es, aus einer demokratischen Wahl als zukünftiger Präsident hervorgehen. Nachdem er viereinhalb Jahre lang im Geruch stand, den Militärputsch gewollt und gefördert zu haben, wolle er sich vom Odium der Zusammenarbeit mit jedwedem Militär befreien.
Gemunkelt wird ebenfalls über General Herman Brady, der obwohl er Townley an die Amerikaner übergeben hat, weiterhin im Juntakabinett vertreten ist. Von ihm heißt es, daß er am wenigsten Blut auf der Uniformjacke habe und moralisch als Militär auch tragbar sei.



Formierung des Widerstands

Nur scheint der Machtkungel der großbürgerlichen Repräsentanten ohne die Rechnung der Hauptkräfte des Widerstandes, die Gewerkschaften, die Linken, die in der Arbeitnehmerschaft verankerten (unseren linken Sozialdemokraten sehr ähnlichen) Christdemokraten, die Sozialistische und die kommunistische Partei gemacht worden zu sein.
Die Sozialistische Partei hat sich in der Illegalität reorganisiert und verfügt über ein Kommunikationssystem in den wichtigsten Zentren des Landes. Ein Spitzenkader aus dem Untergrund kommentiert die Denkspiele der rechten

Christdemokratie so: „Ich glaube, die täuschen sich völlig über die Kräfteverhältnisse in ihrer eigenen Partei". Tatsache ist, und dies wurde am ersten Mai deutlich, daß es ein Bündnis der linken Christdemokraten, der Sozialistischen Partei und der kommunistischen Partei gibt. Nachdem die Junta alle Anträge auf eine Maikundgebung der Gewerkschaften neben der Juntajubelfeier abgelehnt hatte, kam es in der Nacht vom Freitag auf Samstag vor dem 1. Mai zu einer gemeinsamen Sitzung von Vertretern der drei Parteien, die beschlossen, trotzdem mit den Gewerkschaftsverbänden eine Kundgebung, wenn auch in verdeckter Form, durchzuführen. Verhaftet wurden dann am 1. Mai unter anderem auch der Sprecher eines halblegalen Koordinationsgremiums von 28 Gewerkschaftsföderationen (vor 8 Wochen waren es nur 10 zusammengeschlossene Föderationen, der frühere Zentralverband CUT umfaßte 56), der Christdemokrat Ernesto Vogel sowie der Führer der früheren Jugendorganisation der Christdemokraten, Younge.
Der bereits oben erwähnte führende Christdemokrat Vogel, der zu den im Januar für kurze Zeit Verbannten gehörte, machte auch keinen Hehl aus dem Bündnis: „In den Gewerkschaften, auf kommunaler Ebene und auf dem studentischen Sektor, da arbeiten Christdemokraten, Sozialisten und Kommunisten eng zusammen."
Offizielle Parteilinie in der Sozialistischen Partei wurde die lange geübte Praxis jedoch erst im April nach einem Kongreß in Algier, an dem Emigrierte und im Land arbeitende sozialistische Kader teilnahmen. Die Realität des chilenischen Widerstands führte hier zur Aufgabe der „reinen Linie", die jetzt ein Zusammengehen mit nichtmarxistischen Parteien ermöglichte. Nur, und das ist das Angebot an die Verfechter der „reinen Linie", wie es auch der PS-Spitzenkader aus dem Untergrund formuliert: „Wir werden mit den Christdemokraten keine Koalition ohne Absprache und ohne Zustimmung der Kommunisten eingehen". Das muß nicht bedeuten, daß die kommunistische Partei unbedingt in einer zukünftigen Koalition vertreten ist, daß es notwendigerweise eine Neuauflage der alten Unidad Popular geben muß, wenn die Kommunisten bereit sind, ihren Ausschluß zu tolerieren.
Die Chancen sind jedoch gering. Vielmehr ist die Möglichkeit gegeben, daß eine durch Repression und Terror, durch die Massenverelendung der Arbeiterschaft zusammengeschweißte, um den linken Flügel der Christdemokraten erweiterte „Volkseinheit" gebildet wird.
„Denn", so ein führender Gewerkschafter der Federacion Industrial Minera de Chile zur aktuellen Situation der Arbeiterschaft und auf die Frage, ob und mit welchen Inhalten sie heute ihre Mitglieder schulen würden, „unser stärkster Lehrmeister ist der Hunger". Er legt eine Liste von Salpeter-, Kohle- und anderen Minen vor, die in den letzten Jahren geschlossen bzw. nur mit reduzierten Belegschaften betrieben wurden. Zu „normalen Zeiten" auch unter Allende – ausgenommen sind hier die großen Kupferminen – wurden im chilenischen Bergbau die Schichten mit 78.954 Arbeitern gefahren, im April 1978 waren es nur noch 29.080 Beschäftigte.

Die Situation der Arbeiter

Laut Tarifvertrag für die Bauarbeiter verdient ein ungelernter Arbeiter 1.665,30 Escudos, ein Meister 2.398,80 Escudos. Hinzu kommen noch kleinere Zulagen für Fahrten zum Arbeitsplatz und Sozialversicherungsanteile. Die Löhne von Ungelernten und Meistern schwanken um 110,– und 200,– DM und mehr als 50 % der Arbeiterschaft sind ungelernte Kräfte.
Die Föderation der Metallarbeiter hat einen Warenkorb erstellt, der lediglich die Grundbedürfnisse zum Leben, also Essen und Miete enthält. Allein die Kosten für diesen Warenkorb sind doppelt so hoch wie die Löhne.
In Santiago de Chile entspricht das Preisniveau heute mitteleuropäischen Verhältnissen. Eine einfache Hose kostet 60,– DM, ein Farbfernseher 1.500,– DM.
Fragt man in der Föderation der Textilarbeiter, wie die Arbeiter überleben, dann wird man von den Führungsfunktionären erst einmal darauf hingewiesen, daß die Arbeitslosigkeit einschließlich der verdeckten Arbeitslosigkeit bei ca. 30 % liegt. Diese Zahl wird später auch von einem gutsituierten Christdemokraten bestätigt.



Die Situation der Kleinbauern in Chile hat sich in erschrekkendem Maße verschlechtert. Die unter Allende beschleunigt und daher nicht ohne Probleme durchgeführte Landreform ist von der jetzigen Militärregierung teilweise rückgängig gemacht worden. Die Campesinos verloren dadurch nicht nur den Acker, den sie bebauten, sondern sie sind auch Verfolgungen und Einschüchterungen der ehemaligen Padrone ausgesetzt. Und soweit die Armen ihr Stück Land behalten konnten, bekommen sie weder Kredit als Starthilfe noch fachliche Beratung. Die Folgen sind zu geringe Produktivität und Verschuldung. Die Kleinbauern werden gezwungen, ihr Eigentum um jeden Preis zu verkaufen.

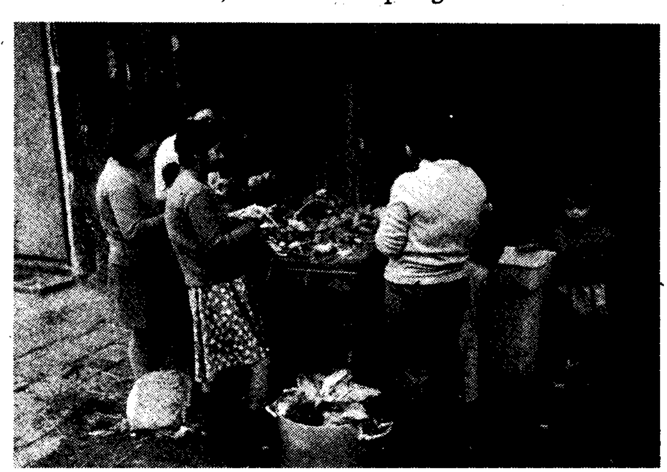
Auch das staatliche PEM-Programm (Programa de Empleo Minimo), eine Art Arbeitsdienst, in dem ca. 5 % der Arbeitslosen mit Straßenbau, Gebäudereinigung oder ähnlichen Dingen beschäftigt sind, kann an der Verelendung nichts ändern. Ein PEM-Arbeiter bekommt ca. 70,– DM im Monat, ist weder kranken- noch sozialversichert. „Erst werden die Arbeiter entlassen, dann werden sie für billiges Geld wieder damit beschäftigt, daß sie die Fassaden der Bankkonzerne reinigen und streichen dürfen", berichten die Gewerkschafter.
Und wie überleben denn dann die Arbeiterfamilien? Achselzucken, eine Mischung aus Verlegenheit, Scham und Stolz im Gesicht: „Durch Wunder".
Die Wunder trifft man dann nachts in den Straßen von Santiago. Innerhalb von 20 Minuten wird man sechs Mal angesprochen, „Will you make love with me". Die jüngste ist nicht älter als vierzehn. Oder das „Wunder" ist Rauol, sieben Jahre alt, ein faltiges Gesicht und Bewegungen wie ein vierzigjähriger. Er arbeitet nachts mit einem öligen Lappen in Bistros an der Almeda O'Higgins, wischt über die Schuhe von Bankangestellten, um dann um ein paar Escudos zu betteln. Rouol, der noch bei seiner Familie wohnt, sein Vater ist Arbeiter, ist stolz darauf, daß er sonntags nicht arbeiten muß. Sein Bruder verkauft Zuckerstangen in den Bussen.

Seine Freunde haben sich bereits von ihren Familien gelöst, sie sind Gamines geworden, haben sich Kinderbanden angeschlossen. Nachts zwischen zwei und fünf Uhr kann man sie in einer Durchgangspassage neben dem Hotel Emperador eng aneinandergekuschelt schlafen sehen, um sich gegenseitig zu wärmen. Ein freundlicher Portier vergißt hier jeden Abend, ein Scherengitter zu schließen. Die „Wunder", das sind die Jugendlichen im La Vega, dem großen Zentralmarkt von Santiago, wo sie gegen ein Uhr mittags mit verstohlenen Blicken darauf warten, daß die Händler angefaultes oder angetrocknetes Gemüse auf die Müllhaufen werfen. Sofort stürzen sich vier bis fünf Jugendliche auf die Gemüseabfälle.
Zu den „Wundern" gehören die „comedores" (Volksküchen) in den poblaciones, den Elendsvierteln, die sich wie ein Gürtel um Santiago schließen und in denen mittlerweile 1,2 Millionen Menschen wohnen. In den „comedores", Holzbaracken, bei denen die Ritzen zwischen den Brettern mit Karton verdeckt sind, gibt es einmal am Tag eine warme Suppe mit ein bißchen Gemüse, ein paar Nudeln und ein paar obenauf schwimmenden Fettaugen. Eine Nonne, die kein seliges Lächeln im Gesicht, kein Kreuz am Gürtel oder Hals, aber ein paar kräftige Hände zum Kohlschneiden hat und die weiß, wie man Brot in einem ausgedienten Ölfaß backt, erklärt, daß sie versuche, 800 Kalorien in diese Suppe hineinzuzwingen. Das ist die Hälfte der Kalorien, die man bei uns als nicht körperlich Arbeitender zu sich nimmt, um ohne große Anstrengung ein paar Pfund Gewicht zu verlieren.
Aber die „Wunder" haben auch ihre Grenzen. Da gibt es die Familie Mesa in der Poblacion Huamachuco. Der Mann arbeitslos, vier Kinder, eine Holzhütte mit drei Betten, die Wände mit Kartons gegen den Wind verkleidet, die Frau Maria, zuerst erfreut, daß da ein „Gringo" in ihre armselige



Essensvorbereitung im Comedor (Volksküche)

Hütte kommt, bricht nach ein paar Minuten in Tränen aus, wenn sie gefragt wird, was ihre Kinder denn heute essen. Denn der comedor ist geschlossen worden, weil es da eine Querele in der Kirchenhierarchie zwischen dem Arbeiterpriester und den Oberen gab. Der Arbeiterpriester soll zu politisch geworden sein, sich am 1. Mai an der Demonstration beteiligt haben und mit festgenommen worden sein. Und bevor nicht klar ist, daß die von der Kirche getragene Volksküche überhaupt nichts mit Politik zu tun hat, solange hat die Stadtverwaltung sie erst einmal geschlossen. Entpolitisierung durch Aushungern?
Natürlich könnte Maria Mesa in Santiago alles kaufen aus dem reichhaltigen Bauchladen einer Konsumgütergesellschaft, den die Japaner über den Pazifischen Ozean, die Amerikaner über die Karibik ins Land geschafft haben. Aber mit was soll Maria Mesa das kaufen? Die Schlangen vor den öffentlichen Leihhäusern, wo man gegen sein Kofferradiogerät noch ein paar Escudos bekam, sind kürzer geworden, denn inzwischen gibt es nichts mehr zu beleihen. Inzwischen tauchen in den kleiner gewordenen Schlangen auch die Mittelständler auf. In den Schaufenstern der Geschäfte findet man Notizen wie: „Sie können bei uns auf Raten bezahlen", „Ihr persönlicher Kredit bei uns, ohne Bürgschaft, ohne Nachforschungen". Die Kaufkraft des Mittelstandes, mit dem die Chicagoboys des Professor Friedman (2) mit ihrer ultraliberalen Wirtschaftstheorie, mit ihrer Radikalkur gegen den Allendesozialismus spekuliert haben, ist erschöpft. Die Ladenbesitzer bleiben auf ihren Waren sitzen. Die Verkäufer haben die Anweisung, Ratenverkäufe zu tätigen, auch wenn die Aussicht, den Kaufpreis schließlich hereinzubekommen, an ein Glücksspiel grenzt.



Comedor (Speisesaal) in einer Poblacion

Auch wirtschaftspolitisch hat das Regime abgewirtschaftet. Darüber kann auch nicht hinwegtäuschen, daß die Inflationsrate vom Galopp in den Trab gefallen ist und daß der Deutsche Öltanker und Aufsichtsratsvorsitzende der Deutschen Bank, Herman Josef Abs („Ich bin ein Königstreuer"), persönlich den Kredit eines privaten europäischen Bankenkonsortiums in Höhe von 450 Millionen DM vor acht Wochen nach Chile brachte. Die internationalen Investoren haben wegen der mangelhaften Kaufkraft des sinkenden Kupferpreises und der immer explosiver werdenden sozialen Situation das Vertrauen in die Zukunft des Regimes verloren und investieren nicht.

Bedingungen des Widerstands

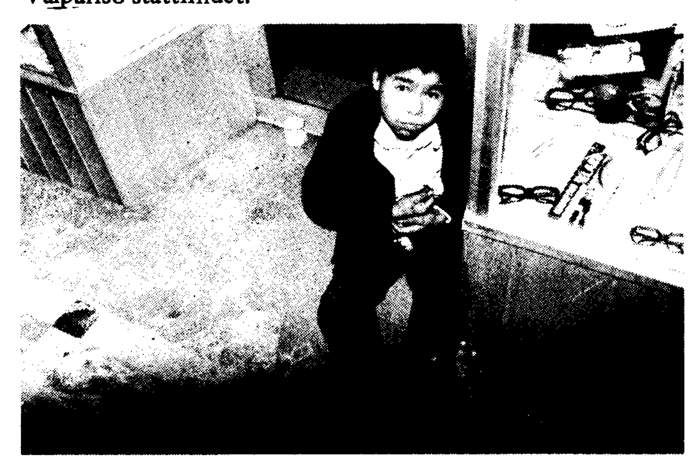
Die von der Arbeiterschaft getragene Opposition gegen die Junta ist – infolge der Erfahrung des psychischen und physischen Terrors, der rücksichtslosen Verelendung der Arbeiterschaft, und der Arbeit in der Illegalität – nicht mehr identisch mit den Parteien von vor fünf Jahren. Für ihre führenden Kader, und das betrifft insbesondere die sozialistische Partei, ist die Veränderung des Systems kein Gesellschaftsspiel mehr, wie es oft damals den Anschein hatte, wenn die Vertreter der großen Familien, die auch in den linken Gruppierungen zu finden waren, von der Transformation der Gesellschaft sprachen. Die politischen Kader sind härter, geduldiger geworden. Ein Sozialist in einem gewerkschaftlichen Führungsgremium berichtet, daß sich die von der Junta eingesetzten Gewerkschaftsführer nicht in die Föderationshäuser trauen, weil sie Prügel bekämen.
Die Gewerkschaftsvertreter lassen sich aber auch nicht zu spontanen betrieblichen Streiks provozieren. Nicht weil sie Angst hätten. Ihren Mut haben sie am 1. Mai und des wei-

teren oft genug bewiesen, als sie der Polizei offen die Stirn zeigten. Sie wissen auf den Baustellen einfach, daß „hinter jedem Arbeiter, der einen Stein bewegt, zehn andere warten, um seine Arbeit zu machen". Bei punktuellen Streiks, und da gibt es inzwischen mehrere Erfahrungen, wird ein



Spaziergangsdemonstration am 1. Mai

Teil der Belegschaft gefeuert, draußen warten genug andere. Die Gewerkschaften arbeiten auf den großen Schlag hin, auf den sektoralen, auf den Branchen- oder auf den Generalstreik.
Inzwischen setzen die Parteien ihre Enthüllungsstrategie gegen das Regime fort. „Wenn Jimmy Carter den Mund aufmacht und von Menschenrechten spricht, dann werden wir ihm solange Pinochet hineinstoßen, bis er es leid ist," formuliert dies ein KP-Repräsentant, dessen Partei sich inzwischen in der Illegalität etwas regeneriert hat, nachdem sie vor drei Jahren große Sektionen einfach abkappen mußte, weil diese durch DINA-Informanten unterwandert wurden.
Zu dieser Enthüllungsstrategie gehört zum Beispiel auch der Hungerstreik der Familienangehörigen der Verschwundenen, der neben Santiago inzwischen auch in Conception und in Valpariso stattfindet.



„Straßenjunge" in einer Ladentür-Nische nachts um 2 Uhr

Dazu gehört jedoch auch die Charakterisierung des Amnestiedekrets vom April als Selektionsmechanismus, mit dem ehemals politisch aktive Personen nach einer politischen Abstinenzerklärung ins Land zurückkehren dürfen. Die wenigen politischen Gefangenen, die durch das Dekret freikamen – ihre Zahl liegt inzwischen knapp über hundert und nicht etwa bei den mehr als 1.000 Personen, die als amnestiert angekündigt wurden – haben sich in einer Vereinigung organisiert, um sich wie in den Gefängnissen und in den KZ's auch weiterhin gegenseitig zu unterstützen. Sie wollen verhindern, daß sie aus dem Land ausgewiesen werden. Sie versuchen, sich gegenseitig wirtschaftlich zu helfen. Sie stellen Dokumentationen über die Greuel der Folter und ihrer Haftzeit zusammen. Der Sprecher dieser Organisation überreicht, bevor er über die letzten vier Jahre berichtet und zwei ihn begleitende, vor drei Tagen entlassene Gefangene berichten läßt, erst einmal eine Liste von Personen, die noch „drin" sind. Eine Liste, fein säuberlich mit Prozessnummern und Namen. „Gut, wir kamen im Rahmen dieser Amnestie frei. Aber das entscheidende an der Amnestie ist doch, daß vor allem die Schergen der DINA mit dem gleichen Gesetz amnestiert wurden. Um uns ging es doch eigentlich gar nicht."
Die Vicaria de Solidaridad, eine kirchliche Organisation, schließt sich dieser Meinung in einem Rechtsgutachten zur Amnestie an. Auch dort werden Prozessnummern von noch Inhaftierten genannt. Zum Beispiel die Prozess-Nr. 11157 Gericht San Miguel, oder Prozess-Nr. 285-773 FM, y 8 J. C. M. C., u.s.w.. Es folgen Namen, Nummern, Namen, seitenlang.
Die ehemaligen politischen Gefangenen betreiben Solidaritätsarbeit, obwohl sie psychisch terrorisiert werden, obwohl demonstrativ Geheimdienstleute hinter ihnen tagelang herlaufen, um sie einzuschüchtern, obwohl sie wissen, daß sie jeden Tag aufgegriffen werden und für immer verschwinden können.
Wie der Arbeiter und Gewerkschafter Jose Luis Figuera am 9. Mai?

hü

Anmerkungen der Redaktion:

1.) Der General Leigh hat schon mehrere politische Wandlungen hinter sich: Vor dem Putsch galt er als Christdemokrat, nach dem Putsch kritisierte er Pinochet zunächst von rechts, verlangte eine Verschärfung und Systematisierung des Terrors und sprach sich für die Gründung einer faschistischen Massenbewegung aus. Eine gewisse Kontinuität weisen seine politischen Anschauungen nur darin auf, daß er nach wie vor die Wirtschaftspolitik der Junta angreift, die einseitig die Monopole begünstigt und zur Verelendung der Masse des Volkes führt. Er hofft, dadurch Teile des kleinen und mittleren Bürgertums für sich gewinnen zu können, die durch diese Verelendung bedroht sind. Inwieweit die kürzliche Entmachtung Leighs und eines Großteils der Luftwaffengeneräle einen Sieg Pinochets darstellt, ist schwer zu beurteilen. Die Zahl seiner Gegner innerhalb und außerhalb des Militärs dürfte dadurch kaum kleiner geworden sein.

2.) Wirtschaftsnobelpreisträger Milton Friedman und eine Reihe von ihm in Chikago ausgebildeter chilenischer Wirtschaftswissenschaftler, die sogenannten Chikagoboys, liefern das theoretische Konzept für die Wirtschaftspolitik der Junta: Ultraliberalismus, dessen Kennzeichen die radikale Senkung der Sozialausgaben und der Löhne auf der einen, Ausverkauf der nationalen Wirtschaft, fortschreitende Monopolisierung auf der anderen Seite sind. Ausführliche Informationen finden sich in: „blätter des iz3w" Nr. 58, S. 44 ff.

Solidarität mit den Hungerstreikenden in Chile

Gespräch mit Dorothee Sölle

Dorothee Sölle war Anfang Juni als Mitglied einer internationalen Delegation in Chile, um die internationale Öffentlichkeit über die Hungerstreiks zu informieren und Solidarität auszudrücken. Der folgende Bericht über die Eindrücke in Chile ist die Zusammenfassung eines Gesprächs, für das wir ihr sehr danken. Der Text ist von Dorothee Sölle durchgesehen und akzeptiert.

„Ich bin Anfang Juni auf Einladung von 'Chile Democratica' in Rom als Mitglied einer kleinen Delegation nach Santiago geflogen, um die Hungerstreiks zu beobachten, darüber zu berichten und die Hungerstreikenden weiter zu unterstützen (Chile Democratico ist eine der UP nahestehenden Exilgruppe). Unsere Kontakte liefen über die Vicaria de Solidaridad, die zentrale Widerstandsgruppe der katholischen Kirche in Chile, die die Nachfolge der verbotenen Friedenskomitees angetreten hat. Die Aufforderung zu unserem Besuch ging von den Hungerstreikenden selber, also von den Angehörigen der Verschwundenen, aus.

Der Hungerstreik – Aktion des Widerstandes

Wir besuchten eine der Kirchen, in denen die Hungerstreikenden Unterschlupf gefunden hatten. Dort lagen 18 Frauen auf Betten, es war der 14. Tag des Hungerstreiks, zu diesem Zeitpunkt sind die Leute schon relativ erschöpft. Die meisten Frauen hatten Fotos angesteckt von den Verchwundenen und stellten sich auch immer so vor, als Mutter von, Tochter des, companera von. Mich hat das sehr beeindruckt. In der Frauenbewegung haben wir ja eigentlich jahrelang daran gearbeitet, um das zu überwinden, aber hier hatte das einen ganz anderen Sinn.
Mit vier oder fünf der Frauen haben wir ausführlicher gesprochen. Die Geschichten dieser Menschen waren alle sehr ähnlich. Die meisten waren relativ spät, 1974/75, eines Tages verschwunden, d.h. sie kamen abends einfach nicht nach Hause. Ein 22jähriges Mädchen berichtete, daß ihr Vater seit vier Jahren verschwunden sei. Sie seien zu Hause sechs Geschwister, die Mutter könne nicht streiken, weil sie Geld verdienen muß. Deswegen habe sie gesagt: 'Dann gehe ich'. Sie hatte ziemliche Beschwerden durch den Hungerstreik, Kopfschmerzen u.ä. Trotzdem war sie entschlossen, weiter zu streiken, bis Informationen über die Verschwundenen gegeben werden.

Breite Unterstützung für die Hungerstreiks

Ich verstehe die Hungerstreiks als Spitze eines Eisberges einer breiten Widerstandsbewegung, die viel stärker ist, als man sich das hier vorstellt. Das haben wir z.B. gemerkt an den Solidaritätserklärungen für die Hungerstreikenden, die im Vikariat eingingen, obwohl offiziell keine Nachrichten über den Hungerstreik verbreitet wurden.
Das Solidaritätsvikariat hatte an verschiedenen Stellen Tafeln aufgestellt, auf denen über die Solidaritätsaktionen in den verschiedensten Ländern berichtet wurde. Kuriere brachten Solidaritätsbriefe und Telegramme zu den Hungerstreikenden, die dann gemeinsam geöffnet wurden. Zentral war die Unterstützung durch die Gewerkschaften. In einer der Kirchen kam gleichzeitig mit unserem Besuch eine Gruppe von Gewerkschaftern und Künstlern an. Einer der Gewerkschafter, Vertreter von einer Million Kupferarbeitern, hielt eine Solidaritätsrede und betonte, daß die gewerkschaftlichen Organisationen jetzt – nach der anfänglichen totalen Zerschlgung – wieder arbeitsfähig und kampffähig sind. Gewerkschaften haben eine öffentliche Erklärung zur Unterstützung der Hungerstreiks abgegeben, die Familien der Streikenden unterstützt und für die Verbreitung von Nachrichten über die Streiks im Lande gesorgt. Gewerkschaftsführer führten teilweise selber befristete Hungerstreiks durch, über eine dieser Aktionen wurde sogar im „El Mercurio" berichtet.



Aktion chilenischer Frauen für die verschwundenen Gefangenen.

Dann gab es die Unterstützung von einem Teil der katholischen Kirche, wobei die Basis stärker beteiligt war als die Hierarchie – aber das ist immer so. Der Kardinal der katholischen Kirche z.B., der schließlich die Verhandlungen mit der Junta geführt hat, hatte sich zunächst zögernd gegenüber dem Hungerstreik verhalten. Ein Priester, mit dem wir sprachen, berichtete, der Kardinal habe ihm von einer Beteiligung an den Hungerstreikaktionen abgeraten. Es gab dann die Briefe, die zwischen Pinochet und dem Kardinal hin und hergegangen sind. Pinochet hatte zunächst betont, die Hungerstreikenden hätten selbst Schuld, wenn ihnen etwas passiert, wenn sie sich so leichtfertig in Gefahr begeben. Dann wurde das 'Angebot' gemacht, man solle jetzt still sein über die Verschwundenen, und die Angehörigen könnten dafür eine gewisse Entschädigungssumme bekommen. Dieses Spiel hat der Kardinal nicht mitgespielt. Einen der Briefe hat er als unverschämt und beleidigend zurückgewiesen. Immerhin war der Druck so stark, daß der Kardinal Partei für die Angehörigen der Verschwundenen ergreifen mußte und die Junta die Existenz der Verschwundenen zugab.

Eine Frau erzählte, daß ihre 17jährige Tochter zusammen mit ihren Schulfreundinnen ein Fasten organisiert hat. Sie sind in eine Kirche gegangen und haben nichts gegessen. Die Begriffe, Fasten bzw. Hungerstreik wurden dabei oft bewußt im Unklaren gelassen, um sich nicht unnötig zu gefährden.
Zur Unterstützung der Hungerstreiks gehört auch die Uni., Wir haben zwei jüngere Medizinstudenten getroffen, die haben erhählt, daß sie eine Resolution für die Hungerstreikenden verfaßt und herumgegeben haben. 1.200 Unterschriften sind dabei zusammengekommen. Wenn man sich klar macht, daß so eine Unterschrift tatsächlich den Studienplatz kosten kann, dann ist es phantastisch, wieviel Mut dort aufgebracht wird. Solidarität kam auch von Persönlichkeiten des öffentlichen Lebens. So hat z.B. die Witwe Pablo Nerudas einen Brief an Hungerstreikende geschrieben, in dem es heißt: „Liebe Schwestern, ich kenne Euch fast lle, ihr habt mir Eure Geschichte erzählt. Ich warte mit Euch auf den Tag, bis wir wissen, was aus den Verschleppten geworden ist. . . "
Ein anderes kleines Stück Widerstand haben wir in Santiago erlebt. Wir fuhren gerade im Auto und sahen plötzlich eine kleine Demonstration von ungefähr 120 bis 150 Leuten. Wir stürzten aus dem Auto und gingen mit. Den Menschen, die der Demonstration zusahen, merkte man einerseits ungeheure Angst und Spannung an, aber man spürte andererseits ihre Hochachtung, wirklich, die wußten ganz genau, worum es ging. Die Demonstranten trugen Papptafeln, auf denen stand: 'Frieden, Gerechtigkeit, Liebe. Wo sind sie? Wir werden sie finden! Gebt sie heraus!' Die Tafeln wurden zum obersten Gerichtshof gebracht und dort abgesetzt, es bildete sich eine Traube von Menschen, um uns, wir diskutierten und plötzlich fingen sie an zu singen 'Freude schöner Götterfunken' auf spanisch. Das war sehr bewegend, wie wir dort standen und vergnügt Schiller/Beethoven gesungen haben. Die Polizei war während der ganzen Zeit sichbar, griff aber nicht ein. Die Menge zerstreute sich dann im Nu.
Eine andere Form des Widerstandes, die wir erlebt haben, war eine Pena. Das sind Lokale, wo man Wein trinkt und wo zur Gitarre gesungenwird. Jeder kann aufstehen und ein Lied vortragen – eine spezielle Form lateinamerikanischer Kultur. Wir fuhren zu einer sehr berühmten Pena, die in der Zeitung angekündigt war. Sie war aber geschlossen, weil sie, wie wir dann erfuhren, in der Zwischenzeit verboten worden war. Wir gingen dann in eine andere. Beeindruckend war, an welchen Stellen die Leute klatschten. Hauptsächlich wurden Liebeslieder gespielt, aber nicht so begrenzt auf die Ebene 'Du und ich'. Ein Lied z.B. hieß, 'Lieben heißt, sein Gesicht nicht zu verstecken, lieben heißt, nie eine Maske zu tragen, lieben heißt, jederzeit bereit zu sein, für sein Volk zu sterben.' So hatten die Lieder häufig zwei Ebenen, eine der personalen Beziehung zu einem anderen Menschen und eine allgemeinere. Oder es wurde in der Form eines Volksliedes die Geschichte eines jungen Mannes erzählt, der eines abends nicht nach Hause kommt, das Lied eines Verschwundenen. Es ist gut möglich, daß diese Pena auch demnächst zugemacht wird, aber dann wird irgendwo anders eine neue entstehen. Der kulturelle Widerstand, der sich vor allem in dieser Form der Pena ausdrückt, ist sehr stark.
Selbst in den Gefängnissen wurden die Hungerstreiks unterstützt. Wir hatten Gelegenheit, ein 'normales' Gefängnis, kein Folterzentrum, zu besuchen. Es war Besuchszeit. Im ersten Raum waren die 'normalen', im zweiten die politischen'Gefangenen. Es waren viele Besucher da, viele Kinder, alte Leute, sie umarmten sich. Am Eingang stand ein Polizist mit einem Gewehr, aber man konnte sich relativ frei unterhalten. Wir haben mit fünf Gefangenen gesprochen, die alle Aktivisten verschiedener linker Parteien und Organisationen waren. Alle hatten sich dem Hungerstreik der Angehörigen der Verschwundenen angeschlossen. Sie wußten bereits von dem Besuch unserer Delegation in Chile. Radio Havanna und Radio Moskau spielen bei der Beschaffung von Informationen eine wichtige Rolle.

Politische Qualität des Hungerstreiks
Der Hungerstreik ist ja inzwischen ausgesetzt, aber ich bin überzeugt, daß die Leute, die ich gesprochen habe, sofort weitermachen werden, wenn die Forderungen nicht erfüllt werden. Der Hungerstreik ist für sie nicht nur eine persönliche Angelegenheit, um das Schicksal des eigenen Sohnes oder Mannes herauszubekommen, sondern er ist für sie eine politische Entscheidung. Sie beteiligen sich an dem Kampf, auch wenn das Schicksal des 'eigenen' Verschwundenen feststeht. Ich habe mit einer Frau lange gesprochen, die sicher glaubte, daß ihr Sohn tot sei. Sie hat einen Schwager, der mit der Junta zu tun hat, den hat sie gebeten, etwas herauszufinden. Schließlich sagte der: „Er ist tot, wie tausende andere auch, hör mit der Sucherei auf, hör auf, danach zu fragen." Sie war relativ sicher, daß er tot ist und war trotzdem im Hungerstreik. Ich sage das nur, um deutlich zu machen, daß das relativ individuelle und bürgerliche Mittel des Hungerstreiks, wie es bei Gandhi entwickelt worden ist, jetzt eine neue Qualität annimmt, auch in einer neuen Einheit von Arbeiterklasse, Intellektuellen und anderen. Dies sind Chancen für den Widerstand.



Mein Eindruck vom Faschismus in Chile ist, daß er nicht deutsch durchorganisiert ist, es gibt bestimmte Löcher. Es ist nicht alles vollständig zentralistisch hierarchisch organisiert. Hinzu kommt, daß die Junta zur Zeit sehr vorsichtig ist mit allem, was mit dem Ausland zu tun hat. Wir wurden z.B. nicht behindert, auch nicht gefilzt, außer beim Besuch im Gefängnis. Der Letelier-Fall, der ja für einigen Wirbel und eine Öffentlichkeit gegen die Junta in den USA gesorgt hat, hat die Junta doch unter Druck gesetzt. Die Frage ist natürlich immer, wie weit der Druck wirtschaftlich geht, wie weit Hilfsabkommen gesperrt werden usw. Das ist eigentlich das einzig gravierende, aber immerhin muß die Junta etwas vorsichtiger sein. Wenn Pinochet ausgewechselt werden müßte durch den internationalen Druck und den Druck des Widerstandes würde das zunächst noch nicht viel heißen. Es ist nicht entscheidend, welche Charaktermaske die Regierung trägt, aber es wäre für die Herstellung einiger Menschenrechte und den Widerstand doch ein großer Erfolg. Wichtig ist, den internationalen Druck und die Solidarität weiter auszudehnen, gerade wenn der Hungerstreik jetzt wieder aufgenommen wird."

AK, 11.7.1978

Bericht über die Situation in Valdivia

Bericht über die Situation in Valdivia und das Panguipulli-Projekt

Valdivia im Süden Chiles ist eine Arbeiterstadt mit einem überwiegenden Anteil von Landarbeitern. Nach der gewaltsamen Vertreibung der Mapuche-Indianer hatten sich die Großgrundbesitzer – vor allem deutsche Einwanderer – mit Hilfe von Polizei und Militär das Land angeeignet. Unter miserablen Arbeits- und Lebensbedingungen mußten die Landarbeiter die vor allem forstwirtschaftlichen Güter bewirtschaften. Die besonders scharfe Ausbeutung der Landarbeiter – ein Lohn am Rande des Existenzminimums, der nicht ausgezahlt wurde, sondern für den sie im Laden des Großgrundbesitzers zu Wucherpreisen einzukaufen gezwungen waren – und die Sabotage der Großgrundbesitzer nach der Wahl Allendes führten zur Besetzung der Güter – der ersten Landbesetzung in Chile. Das Land wurde nicht aufgeteilt, sondern gemeinsam in einer Kooperative bewirtschaftet. Die hier zusammengeschlossenen und im Gewerkschaftsverband CUT organisierten Arbeiter waren es, die nach einem Aufruf der CUT gegen den Militärputsch Widerstand leisteten und einen gescheiterten Versuch zur Besetzung der örtlichen Polizeikaserne unternahmen.
Zur Unterstützung der gefangenen Gewerkschafter von Panguipulli und ihrer Angehörigen hatten wir bereits in Heft Nr. 52 der Blätter des iz3w aufgerufen; mit den eingehenden Spenden wollen wir insbesondere dazu beitragen, daß die Gefangenen und ihre Familien ihre gegenseitige Unterstützung organisieren können im Kampf für ihre bedingungslose Freilassung und gegen die Militärdiktatur.
Über die Bedingungen, unter denen die Gefangenen und ihre Angehörigen Solidarität und Widerstand organisieren, berichteten uns einige der Genossen, die inzwischen von der Militärdiktatur ausgewiesen wurden. Ihr Bericht wird im folgenden sinngemäß wiedergegeben.
Valdivia hat –prozentual im Verhältnis zur Einwohnerzahl – die höchste Gefangenenquote in Chile. Das Gefängnis mit einer Kapazität von 250 Plätzen war mit bis zu 1050 Gefangenen belegt; in Vierer-Zellen wurden 16 Gefangene eingekerkert. Daneben gibt es in Valdivia ein Konzentrationslager, in dem etwa 350 – 400 Gefangene festgehalten werden.

Erschießungen und Maßnahmen zur Demoralisierung

14 Gefangene – der jüngste unter ihnen 14 Jahre – wurden sofort erschossen, als „Rädelsführer" der Widerstandsaktion. Weitere Gefangene wurden – offiziell „auf der Flucht" – erschossen, wodurch das Militärregime sich offenbar die Durchführung eines Prozesses ersparen wollte.
Um die Gefangenen zu demoralisieren und seelisch aufzureiben, wurden jeden Tag die Namen von 10 Gefangenen verlesen, die am nächsten Tag zur „Vernehmung" das heißt zur Folterung, dran seien; dadurch wurden sie bereits am Tag zuvor dem psychischen Druck ausgesetzt zu wissen, daß sie am nächsten Tag gefoltert würden.
Eine wichtige Stütze für die Moral und das Durchhaltevermögen der Gefangenen ist in dieser Situation das Wissen um die Solidarität draußen – die Unterstützung durch ihre Familien und Kollegen und die Beweise der internationalen Solidarität, die ihnen bewußt machen, daß sie in diesem Kampf nicht alleine stehen, daß ihre Aktionen verfolgt, ihre Forderungen unterstützt werden. (In einer Solidaritätsaktion wurden von Freiburger Gewerkschaftern und anderen mehrere hundert Briefe mit Weihnachtsgrüßen namentlich an die Gefangenen in Valdivia und anderen Gefängnissen geschickt sowie über andere Kanäle Kontakt zu den Gefangenen bzw. ihren Familien hergestellt.)

Aktionen der Angehörigen der Gefangenen

Die Familien, besonders die Mütter und Frauen der Gefangenen, zogen z.T. 2 Jahre lang jeden Tag – auch im Winter – vor das Gefängnis, um überhaupt über den Verbleib und den Zustand der Gefangenen zu erfahren. Durch die Massenhaftigkeit dieser Aktion wurden sie zu einer politischen Manifestation: Die Schlange der vor dem Gefängnis Wartenden ging an manchen Tagen zweimal um den Gefängniskomplex herum.
Um die Familien der Gefangenen zu demoralisieren und Gerüchte weiterer Erschießungen in Umlauf zu setzen, wurde des öfteren nachts im Gefängnishof geschossen.
Beginnend mit dem Hungerstreik und einer öffentlichen Kundgebung der Angehörigen der „Verschwundenen" im September vergangenen Jahres haben sich die Frauen und Mütter der „Verschwundenen" zu einer wichtigen organisierten Kragt des chilenischen Volkswiderstandes ent-

wickelt. Längst setzen sie sich nicht nur für die Aufklärung des Schicksals der eigenen Angehörigen ein, sondern treten für die Befreiung aller Gefangenen und den Sturz der Militärdiktatur öffentlich auf. Sie gehen wiederholt und massenhaft zu den Behörden der Militärdiktatur, um Auskunft über das Schicksal der „Verschwundenen" zu verlangen; viele Frauen und Mütter, deren Männer und Söhne ermordet wurden, arbeiten in der Bewegung der Angehörigen der „Verschwundenen" weiter aktiv mit.

Ökonomische Probleme der Familien der Gefangenen und Verschleppten

Die Familien verfügen, da die Männer gefangen, „verschwunden" oder ermordet sind, meist über kein Einkommen. Häufig zeigen die Kinder bereits Folgen der Unterernährung: Milch – vor dem Putsch täglich kostenlos ausgegeben – ist heute für sie unerschwinglich teuer.

Folge des Elends ist auch die Zunahme von Kinderbettelei und Prostitution, zu der die Frauen durch das Elend ihrer Kinder gezwungen werden. Der Zusammenschluß der Angehörigen der „Verschwundenen" hilft ihnen, die Probleme gemeinsam zu lösen und den Kampf um die Existenz mit dem politischen Kampf gegen die Militärdiktatur zu verbinden.

Auch die freigelassenen Gefangenen finden wegen der allgemeinen Arbeitslosigkeit und aus politischen Gründen keine Arbeit.

Im März 1978 waren, da es keine Sozialleistungen mehr gibt, alleine in Santiago 150.000 Chilenen gezwungen, im „Empleo-Minimo"-Programm der Regierung praktisch Zwangsarbeit – Straßenbau, Häuserabbruch – zu verrichten für 800 Pesos (ca. 50 DM im Monat)und alle 14 Tage ein Eßpaket (das nicht einmal Milch enthält).

Indem wir zur weiteren materiellen Unterstützung der gefangenen Kollegen und ihrer Familien sowie von Frauen der „Verschwundenen" aufrufen, wollen wir sie unterstützen, gemeinsam den Kampf um ihre Existenz zu organisieren und so auch bessere Bedingungen für ihren Kampf um die Befreiung ihres Landes von Unterdrückung und Ausbeutung zu schaffen.

Durch das Panguipulli-Projekt konnten bisher aus Daueraufträgen und Einzelspenden bisher über 8.000 DM für diesen Zweck direkt nach Chile überbracht werden.

Zur Zeit werden im Rahmen dieses Projektes unterstützt:

- 1 Gefangener, der noch eine langjährige Haft verbüßen muß und es ablehnte, seine Ausweisung aus Chile zu beantragen, und seine Familie;
- 1 freigelassener Genosse, der nach Folterungen haft- und arbeitsunfähig wurde und vollständig auf die Solidarität der anderen Genossen angewiesen ist;
- die Familie eines „verschwundenen" Gewerkschaftsführers;
- die Frau eines beim Putsch erschossenen Genossen;
- mehrere Genossinnen, Angehörige von „Verschwundenen", die aktiv in der Organisierung des Widerstandes arbeiten.

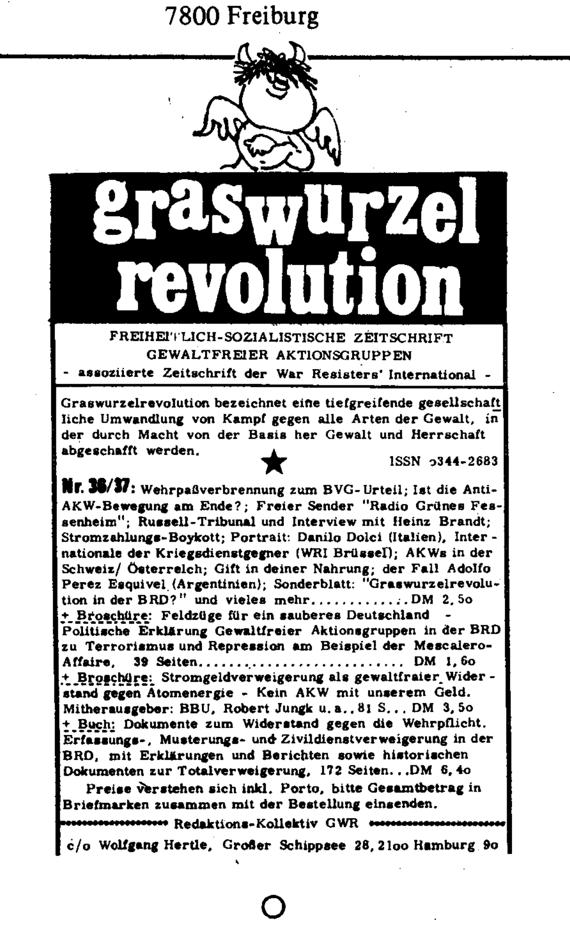
Wir danken im Namen der chilenischen Genossen und Genossinnen allen iz-Lesern, die durch eine Einzelspende oder einen Dauerauftrag im vergangenen Jahr oder weiterhin zu diesem Projekt beitragen.

Überweisungen und Daueraufträge für das hier genannte Projekt erbitten wir

– mit dem Stichwort „Valdivia" –

auf das Spendenkonto des Freiburger Chile-Komitees:
B. Sandbothe, Chilekomitee
Volksbank Freiburg Nr. 5692709

Kontaktadresse: Chile-Komitee Freiburg
c/o Informationszentrum Dritte Welt
Postfach 5328, Kronenstraße 16
7800 Freiburg



Bericht eines ehemaligen Geheimdienstlers

Insider-Informationen über das Wirken des ehemailigen chilenischen Geheimdienstes DINA

J. R. Munoz, ein freiwillig aus der DINA ausgeschiedener chilenischer Agent, hatte die folgende Erklärung über seine Tätigkeit in diesem Geheimdienst einer humanitären chilenischen Organisation im Juni 1977 übergeben. Anfang Oktober desselben Jahres war seine von Foltermalen gezeichnete und mit Einschüssen übersäte Leiche aufgefunden worden. Bei dem folgenden Text handelt es sich um eine von uns leicht gekürzte Version der genannten Erklärung.(1)

Red.

Ich heiße Juan René Muñoz Alarcon, Ausweisnr. 4.824.557-9 Santiago. Ich bin 32 Jahre alt, verheiratet, und lebe in der Straße Sargento Menadier 311, Puente Alto, Poblacion Maipo. Ich war ein führendes Mitglied der Sozialistischen Partei Chiles, Mitglied des Zentralkomitees ihrer Jugendorganisation und Leiter der CUT auf nationaler Ebene (chilenische Einheitsgewerkschaft), und ich gehöre der Conföderation der Kupferarbeiter an.

Im Jahr 1973 legte ich meine Mitgliedschaft in der PS (Sozialistische Partei) nieder. Ich verließ die Partei, da ich mit einigen Sachen nicht einverstanden war. Ich erklärte dies öffentlich in den Zeitungen, im Fernsehen und im Radio. Dies alles war 4 bis 5 Monate vor dem Putsch, was bedeutete, daß mich Leute aus der Partei verfolgten. Dies drang bis in mein Privatleben ein: meine Familie verließ mich. Ich war zu der Zeit verheiratet und hatte sechs Kinder. Leute der Rechten nahmen mich auf. Genauer gesagt, Carlos Aston, der heute chilenischer Generalkonsul in Südafrika ist. Sie versteckten mich, sie ernährten mich, da ich völlig am Boden lag; das einzige was mir fehlte, war, mir eine Kugel durch den Kopf zu jagen.

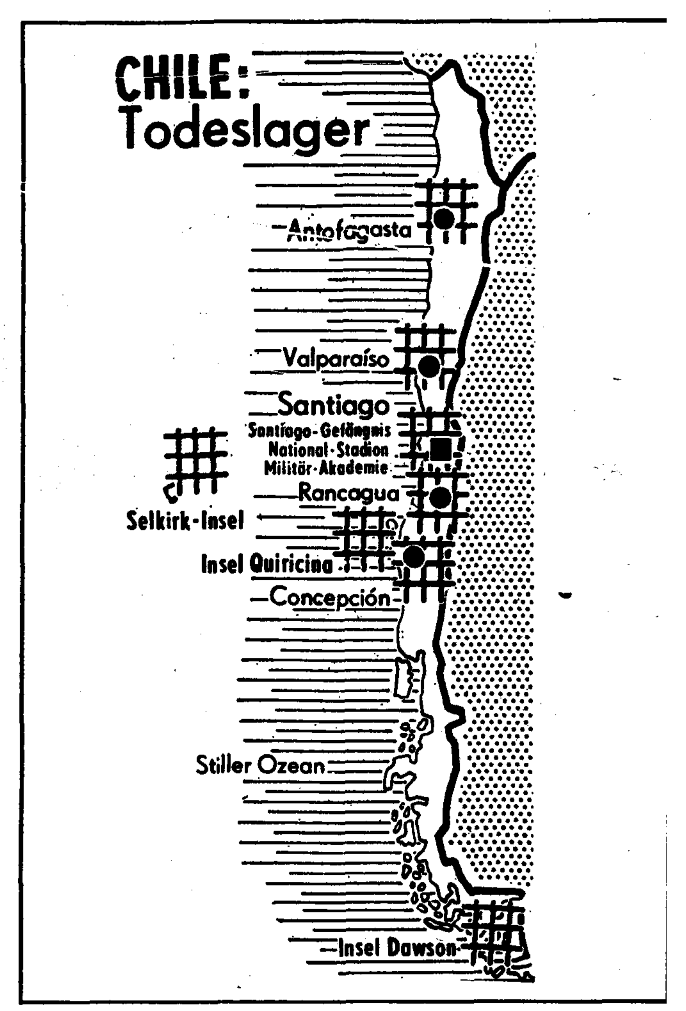
Dann kam der Militärputsch. Man holte mich ins Nationalstadion (2), um Leute zu identifizieren. Ich tat dies freiwillig, da ich starke Rachegefühle denjenigen gegenüber hatte, die früher meine Genossen waren und mich dann verfolgt hatten. Ich bin der Kapuzenmann aus dem Nationalstadion.

Die Sicherheitsdienste setzten mir diese Kapuze auf und sie reichten mich durch die einzelnen Abteilungen, in denen es Gefangene gab. Ich erkannte eine ganze Menge Leute. Viele von ihnen starben und ich bin der Verantwortliche an ihrem Tod, da ich sie denunzierte und beschuldigte, meine früheren Genossen zu sein als Mitglieder des Zentralkomitees oder als Mitglieder des Sicherheitsapparates der Partei.

Danach wurde ich gebeten, mit einigen Gruppen des Militärs auf die Straßen zu gehen und Leute auf den Plätzen zu identifizieren. Unglücklicherweise war da auch der Fall des Miguel Plaza, er kann es mir verdanken, daß er heute noch lebt. Ich wollte ihn nichtwiedererkennen. Aber unglücklicherweise existierte ein Foto von uns beiden und wegen dieser einzigen Lüge wurde ich für 3 Monate inhaftiert. Ich erfuhr dieselbe Behandlung wie alle anderen Gefangenen, ich meine, es spielte keine Rolle, daß ich die Partei verlassen hatte und daß ich in nichts verwickelt war.

Danach ließen sie mich unter der Bedingung frei, daß ich mit ihnen kolaborieren würde; sie schickten mich zur Colonia Dignidad, etwa 40 km landeinwärts von Parral. Dort war ein Ausbildungszentrum des nationalen Geheimdienstes, geleitet von Deutschen, die heute auch die chilenische Staatsangehörigkeit besitzen. Es sind alte Deutsche, die nach dem Krieg hierherkamen. Sie sind jüdischer Abstammung (3) und haben ein richtiges Regiment in der Colonia Dignidad. Dort gibt es ein Krankenhaus, das all die fortschrittlichen Einrichtungen besitzt, wie die Krankenhäuser in Santiago. Es gibt dort Ambulanzflugzeuge und Postflugzeuge und unterirdische Gefängnisse. Dort brachte man mir bei, wie man Leute verhört, und es wurden Schulungen durchgeführt, die uns in den Arbeitsweisen der Geheimdienste unterrichteten. Man erklärte mir, daß ich mich wieder in meine frühere Partei, die sich jetzt im Untergrund befand, einschleichen sollte. Unglücklicherweise, oder glücklicherweise, war dies nicht möglich, da ich bei allen viel zu bekannt war. Alle Welt wußte, daß ich ausgetreten war, und deshalb ging dies nicht.

Daraufhin schulte man mich, Leute zu verfolgen, zu verhören, zu foltern und zu ermorden. In diesem Fall war mein direkter Vorgesetzter der heutige Direktor der Junta für zivile Belange, Alvaro Puga Cox, zusammen mit dem Koordinator des Kanals Nr. 9 des Fernsehens der Universität Chile, Jorge Schilling Rojas, Jurastudent an der Universität. Ein weiterer ist heute Personalchef der Tageszeitung EL CRONISTA, sein Familienname lautet Zalaquett. Ein weiterer ist heute Koordinator des nationalen Haushalts, Anibal Maturana Contreras, verwandt mit General Contreras der DINA.



Allgemein wird geglaubt, daß die DINA der einzige Geheimdienst sei, der Gefangene verschwinden läßt. Dies trifft nicht zu. Es operieren sieben Geheimdienste im Land. Der größte ist zweifellos die DINA, deren Angehörige zu 70 bis 80 % Militärs und Carabineros sind. Die anderen etwa 20 %

sind Zivile, Angehörige der Kriegsmarine und der Luftwaffe. Aus den letzten beiden Gruppen nehmen sehr wenige daran teil, da sie ihre eigenen Geheimdienste besitzen. Außerdem existieren fünf weitere Geheimdienste mit geheimen Apparaten, wie SIFA, SICAR, DIENE, DIGET und die Informationsabteilung der politischen Polizei. Ich habe mit allen zusammengearbeitet, ohne Ausnahme. Ich begann diese Arbeit aus Rachegefühlen, mit Haß und Freude darüber, mich rächen zu können, aber später, bedingt durch die Situation, in der ich lebte, und von der Arbeit, die ich machen mußte, suchte ich Möglichkeiten, mich zurückzuziehen, was mir nicht möglich war. Man kann dort eintreten, aber nicht wieder austreten . . .
Ich war daran beteiligt, einige Leute „verschwinden zu lassen", die sich in der Colonia Dignidad befinden. In diesem Moment befinden sich 112 (dieser) Personen in der Colonia Dignidad. Einige frühere Führer der verschiedenen Parteien der Unidad Popular. In Santiago, in Penalolen und in Colina befindet sich der Rest. Es sind etwa 145. Alle anderen verschwundenen Gefangenen sind tot. Sie wurden niedergemacht in Peldehue durch den Hinrichtungsapparat der DINA, der von Fernando Cruzar kommandiert wird. Das Hauptquartier liegt an der Straße Ahumada 312, in der 6. Etage. Es ist nach außen ein An- und Verkauf für Gold. 90 % der An- und Verkaufsläden für Gold, die es in Santiago gibt, gehören der DINA.
Sie vernichten all seine (des Verhafteten, d. Red.) Papiere, die chten, und setzen dafür die falsche Dokumentation ein. In einigen Fällen wurde aufgeführt, daß sie das Land verlassen hätten. Es trifft zu, daß sie das Land verlassen hatten: man brachte sie nach Argentinien und dann mit einem Flugzeug zurück. In anderen Fällen, wenn sich jemand weigerte, mit ihnen zu kolaborieren – ich möchte hier ganz klar feststellen, daß es zwischen allen Kolaborateure gibt – wenn sich also jemand geweigert hat, werden neue Papiere angefertigt und zwar für einen DINA-Mann, dieser verläßt dann mit den offiziellen Dokumenten des anderen das Land.



Seine Ausreise wird offiziell registriert, und danach wird der Gefangene hingerichtet . . .

So funktioniert das Räderwerk des Systems. Man fängt sie in Santiago, man bringt sie nach Tobalaba, neben Grimaldi (4) steht ein sehr großes Haus, wo man sie gefangenhält. Es heißt Dignidad: in Dignidad gibt es eine Funkstation (5), die innerhalb weniger Sekunden Kontakte in aller Welt herstellen kann, dort werden zentral alle Informationen des DINA-Apparates aus dem Ausland empfangen, z.Zt. aus Venezuela, Kolumbien, Frankreich, Schweden, Italien. Dort arbeiten 50 % der Angehörigen der DINA, d.h. der in der DINA arbeitenden Militärs, nicht der Zivilpersonen der DINA. Im Innern des Landes ersetzen viele Zivilpersonen diese Leute. Und wo und wem unterstehen diese Gruppen? Cruzat überfiel die Konföderation der Staatsangestellten ANEF (6), er zusammen mit der Gruppe 1 der DINA-Leute aus der Straße Bandera 121. Ich möchte einige Daten über Fernando Cruzat geben. Er ist der Stiefbruder von Kapitän Jorge Zuchino, Chef der 2. Abteilung des Regiments Tacna, das ist derjenige, dem die ganze Industrie im Großraum Santiago und Umgebung untersteht. Diese Stelle bereitet alles vor, was mit der Verfolgung, dem Verschwindenlassen, Entlassungen und Terrorisieren der Arbeiter zu tun hat. Sie werden hierin unterstützt von der Personalchefin der Metallindustrie ASA, der Sozialassistentin Ivonne Rios Talledo und von der Personalleiterin der Firma CINTAC, Carmen Smith, beide leiten die Durchführung der Verfolgungen. Diese gesamte Abteilung unterhält ein wahres Heer von Denunzianten, was den Geheimdiensten erlaubt, Leute festzunehmen, zu verhören, zu foltern und – wie ich ja schon mehrmal sagte – umzubringen, weil sie Unzufriedenheit mit der Regierung zum Ausdruck brachten. Es genügt schon, ein einziges Wort gegen die Regierung zu sagen, und man verliert die Arbeit . . .
In diesem Land existiert momentan eine Todesschwadron, angeführt von Kapitän Rolando Larena, von der Artillerie, der später mal ausfindig gemacht werden sollte. Dieser Mann unterhält Kontakte zu den brasilianischen, argentinischen und uruguayischen Geheimdiensten, die unbehelligt in diesem Land arbeiten können. 50 % der Fahrzeuge, die in Argentinien angemeldet sind und über die einzelnen Pässe einreisen, kommen als Touristenfahrzeuge, obwohl sie in Wirklichkeit Fahrzeuge des argentinischen Geheimdienstes sind, die zusammen mit unserem Geheimdienst arbeiten.
Die Aufgabe der Geheimdienste ist es, Leute im Ausland gefangenzunehmen, sie hierher zu bringen und sie zu liquidieren; außerdem Gefangene auszutauschen. Alles ist erlaubt ...
Eine andere Person, die ich vergaß, die aber sehr wichtig ist, ist Daniel Galleguillos, Mann von Silvia Pinto, beide arbeiten für den CIA in diesem Land. Ihre Vorgesetzten sind James Jahn Bisayton von der US-Botschaft und die chilenische Sekretärin des Botschafters Sheila Fortna, in direkter Zusammenarbeit mit einem Ex-Sozialisten, wie ich es bin, der aber noch das volle Vertrauen der Partei genießt und ein Verräter ist. Er heißt Hugo Vicencio. Er ist verantwortlich für die Verhaftung von Exequiel Ponce und von allen, die in diesem Zusammenhang in die Hände der Junta fielen.
Dies ist in groben Zügen meine Erklärung. Ich ermächtige Sie, den bestmöglichen Gebrauch hiervon zu machen, ohne Rücksicht auf die Folgen. Wie ich erklärt habe, bin ich bereit, diese zu tragen einschließlich der persönlichen Sicherheit. Es droht mir der Tod, und ich weiß, daß ich über kurz oder lang sterben werde. Ich werde nicht durch einen Schuß sterben, sie sind nicht so dumm, aber ich werde einen Herzanfall erleiden, oder ich werde überfahren werden, wenn ich auf den Bus warte, oder ich werde an irgendeinem Ort stürzen, man stirbt nicht nur an einem Schuß. Ich möchte sicherheitshalber wiederholen, daß diese Erklärung zum Wohl all derer benutzt werden soll, für deren Leiden ich

verantwortlich bin, direkt oder indirekt ...
Es gibt eine gelbe Zeitung, mit meiner eigenen Handschrift versehen, mit Zahlen und Nummern. (7) Ich habe darin markiert, wer lebt und wer tot ist. Die leben, sind nicht mehr als 150, ich sagte vorher bereits die genaue Zahl, etwas über 140 Personen. Im offiziellen Archiv sind diese Leute mit ihrem Namen als inhaftiert gemeldet, aber nur im Archiv, das die DINA in der Straße Vicuna Maackenna unterhält, hingegen im Archiv vom Generalstab der Streitkräfte erscheinen sie nur mit den falschen Namen (chapa) (8). Da, wo sie gefangengenommen sind, sind sie sowohl mit ihren richtigen Namen als auch mit den Fälschungen registriert.
Diese Leute haben bis jetzt keinerlei Sicherheit, lebend herauszukommen, ich glaube nicht, daß sie wirklich lebend herauskommen werden, denn bis jetzt erkennt man ihre Inhaftierung nicht an, da sie im Untergrund wichtige Leute waren. Man läßt sie momentan noch am Leben, um durch sie auch den Rest noch zum Schweigen zu bringen.
Ich wiederhole die Orte, in denen sie sich befinden: Colonia Dignidad, Colina und Penalolen. An keinem anderen Ort wird man verschwundene Gefangene finden. Andere politische Gefangene kann man an vielen Orten finden, aber die „Verschwundenen" sind nur in den drei vorgenannten Orten. Die Frauen sind in San Jose de Maipo, wo die Lungenkranken sind, unglaublich, aber ein ausgezeichneter Ort, um Leute zu verstecken ...
Das wäre praktisch alles, was ich zu sagen hätte. Ich möchte bekräftigen, daß ich bereit bin, diese (Erklärung) in gesetzlicher Form abzugeben – vor einem Notar oder vor einem Gericht – damit die Ungerechtigkeit in diesem Land ein Ende finde, damit, wenn ein Bürger auf die Straße geht, er dieses in Ruhe tun kann, um in einem freien Land seines Weges zu gehen, und nicht mit Angst und Terror, daß man ihm an der nächsten Straßenkreuzung oder hinter der nächsten Ecke auflauert, weil ein Nachbar ihn als Kommunisten oder Sozialisten angeklagt hat . . .
Ich bitte um nichts und will nichts und daß niemand auf mich Rücksicht nimmt.
Denn für das, was man macht, muß man die Verantwortung tragen und die Folgen auf sich nehmen. Wenn mich irgendeine Verfolgung treffen wird, so wird sie von Seiten der Regierung kommen.
Ich erkläre all dies freiwillig ohne Druck und verbleibe in dem ruhigen Bewußtsein, daß ich die Wahrheit gesagt habe.

Bemerkungen des Schreibers
Allgemeine Bemerkung: Die in Klammern gesetzten Worte und Fußnoten wurden nicht in der Erklärung abgegeben, sondern sind, um einige Dinge zu erklären, hinzugefügt worden.

1) Diese Erklärung wurde im Juni 1977 abgegeben. Anfang Oktober desselben Jahres wurde Herr Munoz ermordet. Der Vorfall wurde von der Presse offen verbreitet – siehe auch Solidaridad No. 38 –, aber lediglich als kriminal-polizeilicher Fall, ungeachtet der vielen Folterwunden, die der Leichnam aufwies. Die humanitäre Einrichtung, die diese Erklärung besaß, übergab sie dem Präsidenten des Obersten Gerichtshofes. Niemals wurde diese Erklärung öffentlich bekannt gegeben, obwohl man von ihrer Existenz wußte und die Presse die Ermordung auch hervorgehoben hatte.
2) Das Nationalstadion war das erste Konzentrationslager, das die Regierung Pinochets im September '73 einrichtete.
3) Alle verfügbaren Informationen über die Colonia Dignidad hat amnesty international in einer Broschüre publiziert. Herr Munoz irrt in seiner Erklärung, wenn er behauptet, daß die Bewohner jüdischer Abstammung seien. Sie gehören einer kleinen religiösen Sekte an.
4) Das Folterzentrum Villa Grimaldi
5) Dies kann identisch sein mit dem Verbindungsbüro der Colonia Dignidad in Santiago, das amnesty international in seiner Broschüre erwähnt.
6) ANEF, das bezieht sich auf die „Agrupacion Nacional de Empleados Fiscales" (nationale Vereinigung der Staatsangestellten), deren Zentralbüro von der DINA überfallen wurde.
7) Dies bezieht sich auf eine Sondernummer der 'Solidaridad' in gelber Farbe, in der eine Liste mit Namen von 383 verschwundenen Gefangenen veröffentlicht wurde. Diese Sondernummer trägt die Nummer 4.
8) „Chapa" heißt in der Polizeisprache, die Namen zu ändern.

Veröffentlichung der Aktion zur Befreiung der politischen Gefangenen in Chile e.V., Zimmerstr. 45, 2000 Hamburg 76

Informationsangebot

ich/wir bestellen hiermit:

Stück	Nr.	Autor, Titel	Einzelpreis DM	Gesamtpreis DM
....	1	iz3w und OK Südliches Afrika, „Für ein freies Azania" (Südafrika) Dez. 1977	1,50	....
....	2	Hg.: iz3w und OK Südl.Afr., „Das Volk von Zimbabwe befreit sich selbst" Dokumente und Materialien der ZANU (Afrikanische Nationalunion von Zimbabwe) Juli 1976	1,50	....
....	3	Eduardo Fereirra, Amilcar Cabrals Theorie der Befreiung und die Hintergründe seiner Ermordung	0,60	....
....	4	E. Fereirra, Portugiesischer Kolonialismus zwischen Südafrika und Europa 1972	4,00	....
....	5	E. Fereirra, wie oben, englische Ausgabe	4,00	....
....	6	Industrialisierung, Fremdkapital und Zwangsarbeit in Südafrika (UNO-Bericht) 1972	1,00	....
....	7	Ökonomischer Völkermord in Chile. Offene Briefe an den Nobelpreisträger Milton Friedman von Andre Gunder Frank. Hg.: iz3w Sept. 1977	2,00	....
....	8	Schütt-Mogro, Geschichte der Ausbeutung Lateinamerikas	0,60	....
....	9	Phil Schönbäck, Ursachen sozio-ökonomischer Stagnation unterentwickelter Länder am Beispiel Indiens. 4. unveränderte Auflage 1975	2,50	....
....	10	Blickpunkt, Schwerpunktausgabe China, Okt. 1974	1,50	....
....	11	basis 1/72 (Freiburger Studentenzeitung) Dritte Welt Ausgabe in Zusammenarbeit mit dem iz3w	kostenlos	
....	12	J. Wilhelm / H. Futterlieb, Erziehung zur Solidarität. Materialien zu Paulo Freire's politischer Alphabetisierung	2,50	....
....	13	iz3w, Einführung in die Dritte Welt Problematik für Schüler der Sekundarstufe I, Mai 1978	1,50	
....	14	iz3w, Abhängigkeit der Dritten Welt: Privatinvestitionen, Handelsbeziehungen, Rohstoffe, Entwicklungshilfe, 3. Auflage, Dez. 1977	2,00	....
....	15	Plakat „Ordnung muß sein"	1,00	....

Informationszentrum Dritte Welt,
Postfach 5328, D-7800 Freiburg
Telefon: 0761 / 74003

VIETNAM – KAMPUCHEA
Hintergründe der Grenzzwischenfälle

Der Grenzkonflikt zwischen Vietnam und Kampuchea ist zu einem bewaffneten Konflikt eskaliert (vergleiche dazu „blätter des iz3w" Nr. 68 S. 44 f.). Alle historischen und politischen Gründe, welche zu diesem Konflikt geführt haben (eine ausführliche Darstellung findet sich im nachfolgenden Artikel), können letztendlich keine Rechtfertigung dafür sein, daß zwei Länder mit sozialistischem Anspruch Krieg gegeneinander führen. Diese sollten vielmehr bemüht sein, die Einheit der Dritte Welt - Länder zu stärken.

Die kriegerische Eskalation muß von unserer Seite scharf kritisiert werden. Wir müssen in Zukunft danach forschen, welches der beiden Länder die kriegerischen Auseinandersetzungen forciert hat.
Da die Berichte darüber sich jedoch widersprechen, ist eine endgültige Einschätzung zu diesem Zeitpunkt (noch) nicht zu leisten.

In einem der Länder oder in beiden Ländern läuft politisch etwas falsch, wenn diese über einander herfallen. Unsere kritische Solidarität darf die Frage nach den Fehlern nicht ausklammern. Das abstrakte Prinzip der „Nicht-Einmischung" führt allzuleicht zu einem bedingungslosen Gutheißen bzw. „Jubeln".

Red.

Heinz Kotte

Der Konflikt zwischen Kampuchea und Vietnam

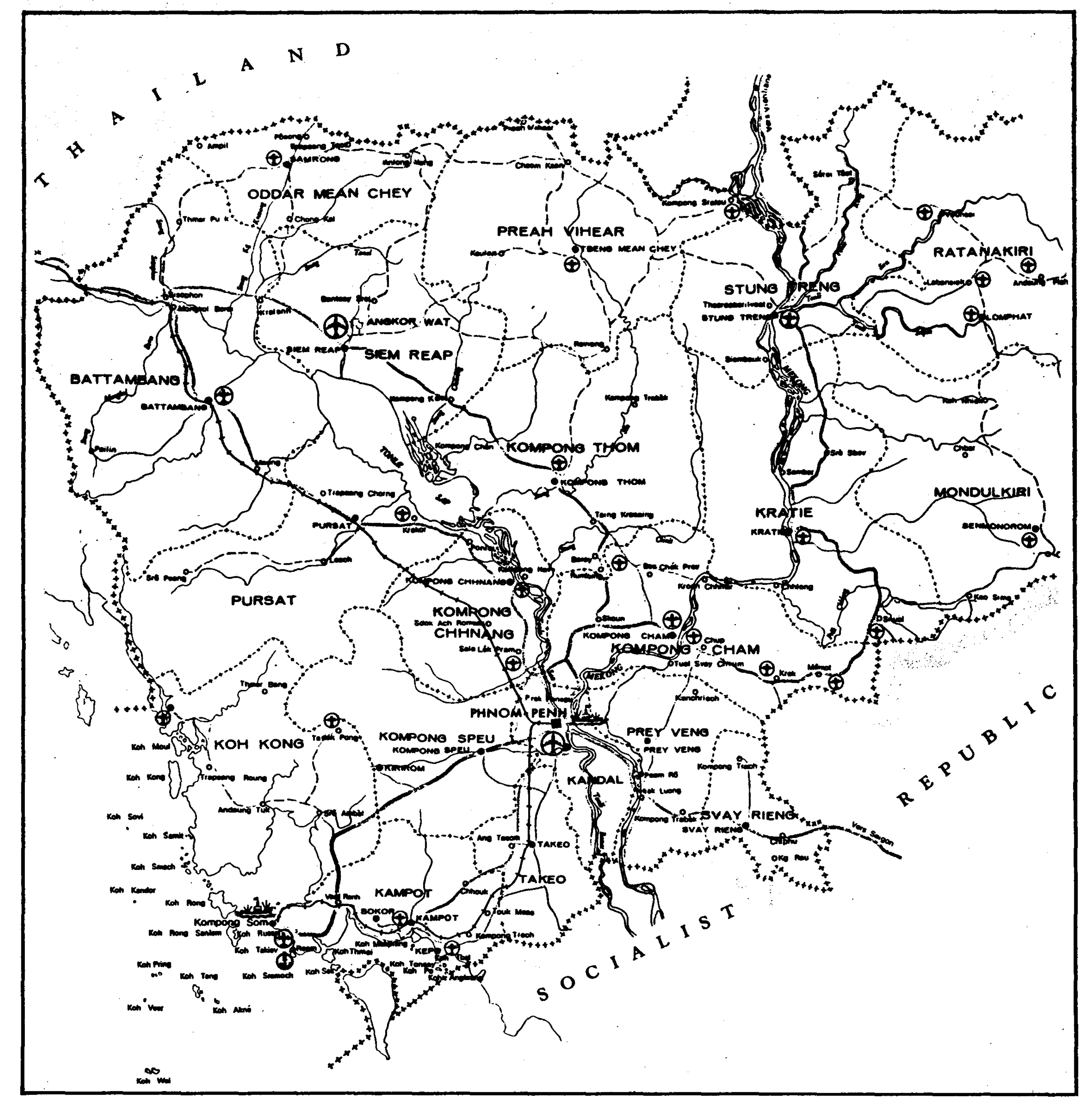
Die Information von kampucheanischer und vietnamesischer Seite über den Ausbruch der Kämpfe und die Vorstöße von Truppen auf benachbartes Territorium sind widersprüchlich. Kampuchea und Vietnam beschuldigen sich gegenseitig der Aggression und stellen ihre eigenen Vorstöße als Akte der Selbstverteidigung dar, wobei sie sich einer außergewöhnlich scharfen Propagandasprache bedienen. Dabei verfügen die Vietnamesen – anders als die Kampucheaner – über ein ausgedehntes Informations- und Diplomatennetz in den Hauptstädten der Welt, während über Kampuchea unverändert ausschließlich Greuelberichte in der Weltpresse erscheinen (1). Durch diese massive Pressehetze sind die Kampucheaner beim durchschnittlichen Zeitungsleser und Fernseher zu einem gesichtslosen Volk von brutalen Schlächtern gestempelt worden. (2) Das hat eine gefährliche Tendenz zur Folge: in der internationalen Presse heißt es bereits, die kampucheanische Bevölkerung habe die anrückenden vietnamesischen Truppen als Befreier begrüßt und Hilfe zum Sturz der Regierung angeboten. So erklärte „Der Spiegel" wörtlich: „Warum räumt die Armee des Generals Giap, die so mächtige Feinde wie Franzosen und Amerikaner niederkämpfte, nicht mit ein paar tausend fanatischen Khmer-Guerillas auf?" (3)
Sollte die vietnamesische Regierung diesen Vorwärtsparolen folgen und Kampuchea besetzen, können sie dank der dreijährigen Diffamierung des kampucheanischen Volkes mit einer internationalen Zustimmung rechnen. Denn danach soll sich die kampucheanische Bevölkerung heute in einer Situation befinden, in der ihr jeder Wechsel der gegenwärtigen Verhältnisse willkommen sei.
Im folgenden Artikel sollen einige Aspekte des Konflikts zwischen den beiden seit 1975 befreiten Ländern aufgezeigt werden und ein Beitrag zur Auseinandersetzung mit den internationalen Implikationen des Konfliktes geleistet werden:
1. *Der geschichtliche Hintergrund des Konfliktes.*
2. *Die politischen Spannungen und Differenzen zwischen Kampuchea und Vietnam.*
3. *Der Konflikt im Spannungsfeld der politischen Entwicklung in Südost-Asien.*
4. *Lösungsmöglichkeiten des Konfliktes und unsere Solidarität.*



1. Der geschichtliche Hintergrund des Konfliktes
Das heutige Kampuchea mit 180.000 qkm und 7,8 Millionen Einwohnern (Vietnam: 330.000 qkm und 47 Millionen Einwohnern) ist das Ergebnis jahrhunderterlanger territorialer Einschnürungen und Gebietsabtrennungen, sozusagen das Polen Südost-Asiens. Von den ständigen Bedrängern, den Siamesen, jetzigen Thais, im Norden und den Annamiten, jetzigen Vietnamesen, im Osten unterscheidet sich die Kernbevölkerung der Mon Khmer sowohl rassisch als auch sprachlich und kulturell. Kampuchea gründet sich auf das Reich Kambuja (davon ist die heutige Bezeichnung Kampuchea abgeleitet) der mächtigen Könige von Angkor, das vom Beginn des 9. Jahrhunderts bis ins 15. Jahrhundert bestand und in der Hochblüte den indochinesischen Subkontinent von der Grenze des jetzigen Burmas bis ans Südchinesische Meer umspannte, einschließlich Cochinchina, das südliche Drittel des heutigen Vietnams. Saigon, jetzt Ho Chi Minh-Stadt, ist zum Beispiel eine alte Gründung der Khmer (Prey Nokor) am nördlichen Rande des unteren Mekong-Schwemmlandes. Im vietnamesischen Teil des Mekongdeltas, Khmer Krom (Khmer-, Nieder-Lande') genannt, leben heute etwa 500.000 Einwohner kampucheanischen Ursprungs. Kampu-

chea erhebt heute jedoch keinen Anspruch auf diese ‚verlorenen Gebiete', wenn auch mit den historischen Gebietsverlusten im Grenzkonflikt mit Vietnam und Thailand argumentiert wird. Die neue Verwaltungskarte Kampucheas, die im August 1976 in Phnom Penh herausgegeben wurde, hält sich strikt an die von den Franzosen 1954 hinterlassenen Kolonialgrenzen, auch an die nach einem französischen Generalgouverneur benannte Brevie Linie, die die größte Insel in der Bucht von Thailand Phu Quoc (kampucheanisch Koh Tral) Vietnam zuschreibt, obwohl sie dem kampucheanischen Festland vorgelagert ist.
Wovor sich die Kampucheaner fürchten, ist die Wiederholung ihrer Unterwerfung und die Annexion ihres Territoriums durch Thailand und Vietnam aus dem 18. und 19. Jahrhundert.

Ironischerweise war es die französische Kolonialmacht, die Kampuchea in der Mitte des 19. Jahrhunderts davor bewahrte, völlig von den westlichen und östlichen Nachbarstaaten absorbiert zu werden. Das Land wurde 1963 zum französischen Protektorat le Cambodge (von dieser Kolonialbezeichnung ist Kambodscha abgeleitet) erklärt und 1887 mit den Protektoraten Tonking (Nord-Vietnam), Annam (Zentral-Vietnam) und Laos sowie der Kolonie Cochinchina (Süd-Vietnam zur Union d'Indochine (Indochina ist ein koloniales Gebilde wie auch eine koloniale Bezeichnung der drei Länder) zusammengeschlossen. Von Frankreich wurden die West-Provinzen Kampucheas, Batambang, Sisophon und Siam Reap, mit den alten Ruinenanlagen der historischen Hauptstadt von Angkor an den thailän-



dischen König abgetreten,die 1907 zurückgegeben wurden, aber im 2. Weltkrieg vorübergehend wieder von Thailand annektiert wurden. Kleinere Grenzkonflikte, wie um den historischen Tempel Preah Vihear auf der Dangrek-Gebirgskette zwischen Thailand und Kampuchea, der durch Urteil des Internationalen Gerichtshofs bei Kampuchea verblieb, oder um Dörfer im umstrittenen Grenzgebiet an der Westgrenze zwischen Aranya Prathet und Pipet, reichen bis in die jüngste Vergangenheit und verursachen die Spannung mit den beiden Nachbarstaaten. Sie sind ein Teil der historisch gewachsenen Angst vor Umklammerung, wodurch Kampucheas Außenpolitik hauptsächlich bestimmt wird. Durch die letzten Konsultationen mit Thailand – Kampucheas Außenminister Ieng Sary besuchte Bangkok im Herbst 1977 und Thailands Außenminister Upadit Phnom Penh Anfang Februar 1978 – ist das Problem der Landesgrenze mit Thailand wieder auf eine entspannte Verhandlungsebene zurückgebracht worden, wie Thailands Premierminister Kriangsak erklärte: „Ich glaube, daß die Unklarheiten der Demarkationslinie das Problem verursacht hat. Wir und die kampucheanische Seite interpretieren das Protokoll (offensichtlich vom Juni 1976, H.K.) unterschiedlich und erheben Anspruch auf dasselbe Gebiet." (4) Jedoch noch stärker hat sich die Angst vor einer Umklammerung von der vietnamesischen Seite festgesetzt, wobei stets von untergeordneter Bedeutung war, ob Vietnam von Saigon oder Hanoi regiert wurde. Die französische Kolonialverwaltung hatte kampucheanisches Territorium ununterbrochen beschnitten und die Grenzen Cochinchinas nach Westen und Norden immer weiter auf kampucheanisches Gebiet vorgeschoben. Das hatte zwei Gründe: Einmal hatte Cochinchina (etwa das südliche Drittel des heute wiedervereinigten Vietnams) den Status einer Kolonie und wurde entsprechend als französisches Territorium verwaltet, während Kampuchea als Protektorat wenigstens formale Unabhängigkeit besaß. Daher bestand die Tendenz, die Kolonie zu vergrößern, um ein höheres Steueraufkommen zu erzielen und das Territorium der kolonialen Willkürherrschaft auszudehnen. Zum anderen waren die kolonialen Unternehmen in Cochinchina stärker organisiert und hatten eine bessere Lobby in den kolonialen Verwaltungen von Hanoi und Paris. Diese Lobby strebte nach ausgedehnten Reisfeldern mit günstigen Bewässerungsbedingungen besonders im Nord-Westen von Saigon, der heutigen vietnamesischen Provinz Svay Rieng.

Der nach Vietnam hineinragende Landzipfel, der sogenannte „Papageienschnabel" westlich von Saigon, blieb bei diesen Gebietserweiterungen ausgespart.
Mit der aufblühenden Automobilindustrie in Europa setzte nach der Jahrhundertwende auch in Indochina ein Run auf Kautschukplantagen ein, wofür sich die „rote Erde" im Gebiet der heutigen kampucheanischen Provinz Tay Ninh, 80 km nordwestlich von Saigon, besonders eignete. Der größte Verlust für Kampuchea in diesem Gebiet wurde 1914 vollzogen, als um Loc Ninh, etwa 100 km nördlich von Saigon, die ausgedehnten Kautschukplantagen von Michelin angelegt wurden („Aussparung" ist der sogenannte „Angelhaken"). Infolge verlorener Kolonien in Afrika verlegten die Franzosen zwischen den beiden Weltkriegen auch ihre Kaffe- und Teeplantagen nach Indochina. Die fruchtbaren Plateaus der kampucheanischen Provinzen Ratanakiri und Kratie, etwa 200 - 250 km nordöstlich von Phnom Penh, wurden zu diesem Zweck 1929 der Kolonie cochinchina zugeschlagen.
Alle Grenzkorrekturen oder gelegentliche Gebietsausgleiche entlang der 1100 km langen Grenze hatten unter dem Strich stets Gebietsverluste für Kampuchea zur Folge. Auf detaillierten geographisch-geologischen Karten Südost-Asiens ist die künstliche und willkürliche Grenzziehung zwischen den beiden Ländern deutlich erkennbar: Sie ist von einem Flußlauf weit auf kampucheanisches Territorium verlegt worden, um Hinterland für einen kolonialen Stützpunkt zu schaffen (Ha Tien) verläuft auf kampucheanischem Territorium in 1 km Abstand parallel zu einem wichtigen Bewässerungskanal (Vinh Te Kanal), weitet ein fruchtbares Deltagebiet nach Kampuchea aus (Chau Doc, Tan Chau, An Phu) oder ist wie mit dem Lineal auf der Kolonialkarte gezogen (Provinzen: Ratanakiri und Dar Lac). Das ist noch deutlicher beim Grenzverlauf um die Insel Phu Quoc (Koh Tral). Obwohl das Hauptmassiv der Küste Kampucheas vorgelagert ist, schlägt die Brevie-Linie von 1939 die Insel zu Vietnam.
Die Grenze nach Brevie war zum Vorteil französischer Kolonialgesellschaften gezogen worden und diente auch zur Schlichtung von Gebietsstreitigkeiten zwischen ihnen, sie begünstigt somit das heutige Vietnam auf Kosten Kampucheas. Hinzu kommt noch, daß man sich nicht an die Grenzziehungen hielt, Karten fälschte und Kolonialgesetze immer zugunsten der Kolonie und zuungunsten des Protektorats auslegte. Die Teilungen zerrissen die im Gebiet lebenden Völker und hinterließen auf beiden Seiten Minoritätsgruppen, deren Schicksal aufgrund der beiderseitigen Apathien bedauernswert war. So ist zu verstehen, daß alle Regierungen Kampucheas die willkürliche Grenzziehung durch die französische Kolonialmacht zu ihren Lasten als ungerecht und sogar wrtlich als „verbrecherisch.. betrachteten. (5) Die französische Kolonialmacht sorgte für zusätzliche Spannungen dadurch, daß sie Vietnamesen in Laos und Kampuchea als Verwaltungsbeamte einsetzte und die Gegensätze zwischen den drei Völkern in der Region in ihrem Interesse ausnützte.

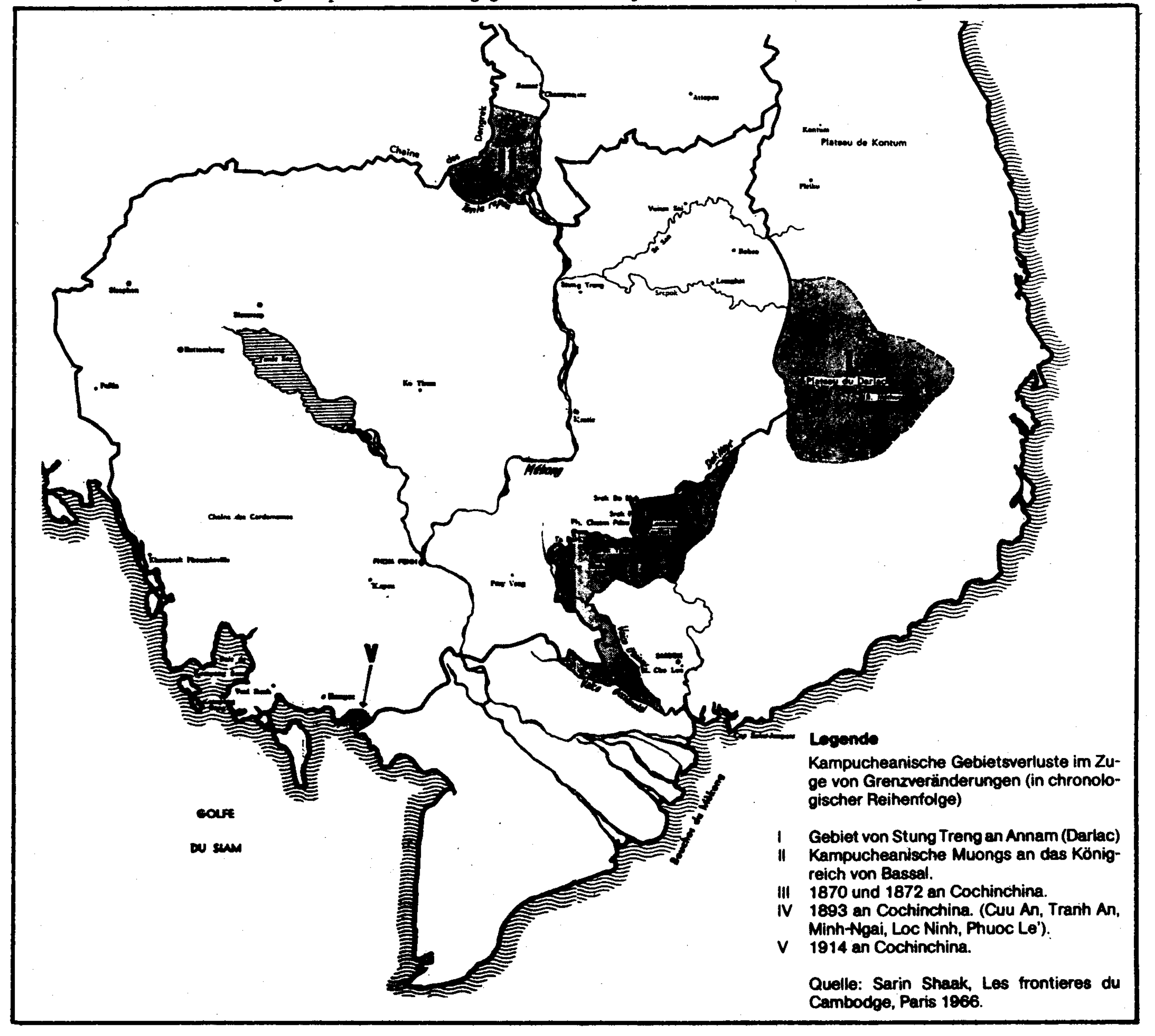
2. Die politischen Spannungen und Differenzen zwischen Kampuchea und Vietnam

Im langen Befreiungskampf der drei Völker Indochinas gegen die französische Kolonialmacht bis zum Sieg von Dien Bien Phu 1954 (im sogenannten 1. Indochinakrieg) und gegen die amerikanische Aggression bis zur völligen Befreiung der drei Länder (im sogenannten 2. Indochinakrieg von 1970 - 75) war die Frage der Führung durch eine einheitliche Kommunistische Partei Indochina (KPI) oder drei unabhängige Nationale Kommunistische Parteien in Kampuchea, Laos und Vietnam als Avantgarde der nationalen Befreiungsfront(en) umstritten.
Von kampucheanischer Seite wurde das Recht auf Selbstbestimmung kleiner Völker gegen die Tendenz, eine Partei, ein Volk, ein Land' in Indochina gefordert. In dieser Frage kam es bereits in den 30er Jahren in der kommunistischen Bewegung zu einigen Auseinandersetzungen. Im Februar 1930 organisierte Ho Chi Minh in Macau eine Konferenz, durch die die bestehenden kommunistischen Zirkel zusammengefaßt werden sollten. Ho Chi Minh hat wahrscheinlich als erster das Problem nationale und ethnischer Minderheiten in einer kommunistischen Organisation berücksichtigt und das Gewicht der nationalen Verankerung erkannt.
Bei dieser Konferenz sollten die vietnamesischen Zikel, wie es in der offiziellen „Geschichte der Partei der Werktätigen Vietnams" heißt, „zu einer Kommunistischen Partei Vietnams vereinigt" werden (6). Dieselbe Geschichte schreibt zwei Seiten später ohne Erklärung: „Im Oktober 1930 beschloß das erste Plenum des ZK, unserer Partei die neue Bezeichnung Kommunistische Partei Indochinas

zu geben." (7) In der Parteigeschichte wird so eine direkte Gleichsetzung der KP Vietnams mit einer KP Indochinas vorgenommen. Bei dieser Oktober-Sitzung war, wie P. Rousset nachwies, Ho Chi Minh nicht anwesend; das achte Plenum dieses ZK hingwgen faßte 1941 unter Teilnahme und Vorsitz Ho Chi Minhs den folgenden Beschluß: „Das Plenum schlug vor, das nationale Problem im Rahmen der einzelnen Nationalstaaten in Indochina zu lösen; es ersetzte die Forderung nach Einsetzung einer Bundesregierung der demokratischen Republiken Indochinas durch die Forderung nach Gründung der demokratischen Republik Vietnams." (8) Die Leitung der KP Indochinas warnte die Aktiven vor solchen, wie es in einem Brief der Parteileitung „an die Genossen in Kambodscha" heißt, „nationalistischen Abweichungen Ho Chi Minhs". In demselben Aufsatz des offiziellen Organs „Bolchevik" heißt es: „Kambodscha hat kein Recht auf eine eigenständige Kommunistische Partei." „Es gibt für uns keinen vorstellbaren Grund für eine eigenständige kambodschanische Revolution." „Es kann nur eine einzige indochinesische Revolution geben" und für Kampuchea könne es lediglich „Recht auf Selbstbestimmung für Minderheiten in der Bevölkerung" innerhalb der „Union der indochinesischen Sowjetrepubliken" geben. (9)

Bereits 1936, als der Befreiungskampf in Indochina gegen die französische Kolonialmacht Rückschläge erlitt, erkannte Ho Chi Minh, daß weder von der KP Frankreichs noch von der internationalen kommunistischen Bewegung noch von einem Zusammenschluß auf höchster Ebene, sondem nur von den nationalen und unterdrückten Völkern selbst die Befreiung ausgeht. Die daraufhin beschlossene Auflösung der KPI zugunsten von drei nationalen Parteien wurde jedoch erst nach dem 2. Weltkrieg 1951 in die Tat umgesetzt. Zum offenen Bruch zwischen der kampucheanischen und vietnamesischen KP kam es 1954, als die vietnamesische Führung mit der Regierung in Phnom Penh unter Norodom Sihanouk das Genfer Abkommen unterzeichnete und die kampucheanische KP und die patriotische Linke des Landes fallen ließ. Die revolutionären Kräfte gingen entweder in den Untergrund oder ins Exil nach Vietnam.

Der Untergrund erhielt die entscheidende Stärkung von der neuen Generation der „L'Association des Etudiants Khmer" (Vereinigung der Khmer-Studenten) aus Frankreich, aus der die führenden Männer des heutigen Kampucheas kommen: Hou Youn, Informationsminister, Son Sen, Verteidigungsminister, Ieng Sary, Außenminister, Khieu Samphan, Vorsitzender des Staatspräsidums und Pol Pot (auch (Saloth Sar), Premierminister und Generalsekretär der KP Kampucheas. Sie bildeten unter Leitung von Pol Pot im September 1960 aus der alten kampucheanischen Volks-



DER 'SPIEGEL' FLÄSCHT ERNEUT BILDUNTERSCHRIFTEN

In der Ausgabe 8/1978 zog der SPIEGEL das nebenstehende Foto zur Illustration eines ‚Augenzeugenberichtes' aus Kambodscha heran. Die Bildunterschrift lautete dazu: Roter Khmer bei Evakuierung von Pnom Penh. Die **Manipulation** dieses Bildtextes hat eine lange Geschichte: Schon am 9. 5. 75 (!) hatte die Tageszeitung DIE WELT das Foto mit der Unterschrift ‚Kambodschanischer Soldat beim Plündern' veröffentlicht. Der STERN (29. 4. 76) präsentierte das Bild ebenfalls mit der **deutlich pejorativen Unterschrift** ‚Dem Sieg folgte die Rache an den Reichen'. In DAS DA (März 1978) erscheint das Foto wiederum mit der Unterschrift ‚Phnom Penh, April 1975: Das Gesicht des Sieger.'



Roter Khmer bei Evakuierung von Pnom Penh: Ganz von vorn anfangen

Das Foto stammt von dem deutschen Fernsehjournalisten Ch. M. FRÖHDER. Fröhder stellte in der PANORAMA-Sendung vom 12. 5. 75 den wahren Sachverhalt klar:

„DIE WELT dreht den wahren Sachverhalt um, verdreht ihn sogar in sein Gegenteil. Der Offizier der Roten Khmer, der auf dem Bild zu sehen ist, ist kein plündernder Sieger, er kauft nicht mit der Pistole ein. In Wahrheit hindert er kambodschanische Zivilisten beim Plündern und vertreibt sie aus der Stadt. Die wahre Szene auf meinem Film sieht ganz anders aus. Dieses Einzelbild wurde von der Nachrichtenagentur AP aus dem Film herauskopiert und an die Zeitungen gefunkt."

partei Pracheachon die neue nationale KP Kampucheas (auch Kanapak Nongkol = Partei der Pflüger oder Angkar = Revolutionäre Organisation genannt). Darauf gründet sich heute die KP Kampucheas und nicht auf den Kräften der alten KPI, wie der mit den Vietnamesen verbündeten Issarak-Front aus dem Befreiungskampf gegen die Franzosen, die von Hanoi neben der Vietminh-Front Vietnams und der Neo Lao Haxat-Front in Laos als älteste und legitime Organisation nationaler und demokratischer Kräfte in Indochina betractet und augenblicklich wieder stark umworben wird. (10).
Auf der Genfer Indochinakonferenz wurde zwar die Unabhängigkeit eines kampucheanischen Staates garantiert, jedoch wurden keine Grenzen festgelegt, was für Kampuchea unverändert eine Bedrohung des nationalen Territoriums bedeutete. Als zum Beispiel nord-vietnamesische Truppen 1954 Kampucheas Nord-Ost Provinz Stung Treng besetzten, gelang es Sihanouk nur durch massiven Druck und unter Androhung, er würde seinen politischen Kurs ändern, die Vietnamesen zum Rückzug zu bewegen. Die Grenzprobleme sind zu Kampucheas Souveränitätsproblem und damit zum bestimmenden Faktor der Außenpolitik des Landes geworden. Die Quasi-Neutralität im Vietnamkrieg wurde damit erkauft, daß stillschweigend die Nachschubwege des Ho Chi Minh-Pfades durch das östliche Kampuchea, Transporte über den Hafen Kompong Som (Sihanoukville) und die Anlage von Nachschubstellungen mit eigener vietnamesischer Verwaltung auf kampucheanischem Gebiet entlang der Grenze geduldet wurden. Als die Verletzungen des kampucheanischen Territoriums immer massivere Formen annahmen, die in den Jahren 1968 - 69 zu bewaffneten Zwischenfällen zwischen Sihanouks Armee und FNL-Einheiten (FNL = Front National de Liberation, Befreiungsfront Süd-Vietnams) führten (im Mai 1969 in Svay Rieng, im sogenannten Papageienschnabel), bezog Sihanouk zur Sicherung des nationalen Territoriums in der Grenzfrage eine pragmatische Position. Er verzichtete auf alle „verlorenen Gebiete" unter der Bedingung, daß Thailand und Vietnam ein Kampuchea innerhalb der kolonialen Grenzziehung von 1954 (Kartenvorlage 1 : 100.000) als unantastbares Territorium anerkannten und den Grenzverlauf nie wieder zum Gegenstand von Verhandlungen machen würden:

> Die Thais und Vietnamesen haben immer ihren guten Willen Kampuchea gegenüber beteuert und ihre Absicht zum Ausdruck gebracht, dieses Grenzproblem auf freundschaftliche Weise ein für alle Mal zu bereinigen ... Aber aus Erfahrungen wissen wir, daß es immer so begann und unvermeidbar zur Annexion von Gebieten und dann ganzer Provinzen führte ... Die augenblickliche Grenze ist die letzte Widerstandslinie der Khmer. Vorschläge zu Verhandlungen zu akzeptieren ... würde bedeuten, daß wir stillschweigend eine endgültige Unterwerfung anerkennen (11).

Die „einseitige" Anerkennung und Respektierung der „gegenwärtigen Grenzen" wurde zur Sihanouk-Doktrin für die Beziehungen zu den Nachbarstaaten und allen Ländern, die diplomatische Beziehungen zu Kampuchea wünschten.
Durch die einseitige Anerkennung der Grenzen, ohne daß Kampuchea die Grenzvorderungen der Nachbarstaaten anerkannte, wurde die Garantie dafür erkämpft, daß Kampucheas Territorium nicht angetastet werden konnte. Diese Position, die nach der Befreiung von 1975 unverändert von der neuen Führung des Landes bezogen wird, hat Kampuchea teilweise den Ruf der Unverschämtheit und Halsstarrigkeit eingebracht. Angesichts der großen Gebietsgewinne der Vietnamesen im Laufe der Geschichte muß man jedoch sagen, daß diese



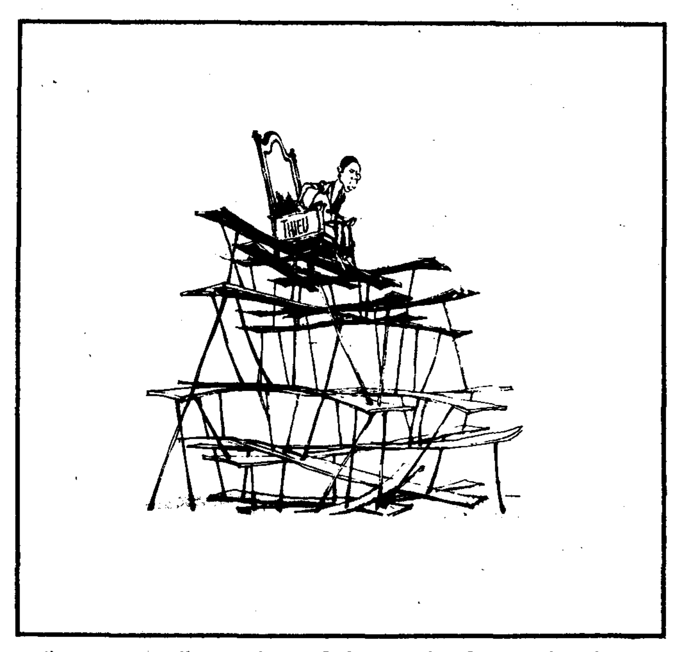
Prinz Sihanouk

Position angemessen ist, und die kampucheanische Diplomatie hat sie auch international erfolgreich verankert.
Die von den USA gestützten Regime in Bangkok und Saigon lehnten die einseitige Anerkennung zwar ab, aber in der Zeit von 1964 - 67 akzeptierten die FNL (zur Befreiung Süd-Vietnams) und die Demokratische Republik Vientams nach und nach die Forderung. In einem Regierungsbericht an die Nationalversammlung vom Juni 1964 bestätigte Premierminister Pham Van Dong, daß die Regierung und das Volk Vietnams „die gegenwärtigen Grenzen zwischen Vietnam und Kampuchea" anerkennt und respektiert. (12) In den sogenannten „Grenzverhandlungen" von 1966 zwischen Sihanouk, der FNL und der DRV wurde auch die kampucheanische Souveränität über alle Inseln südlich der Brevie-Linie anerkannt. Wegen Sihanouks Forderung nach einseitiger Anerkennung der ‚bestehenden Grenzen' brachen die Verhandlungen Ende 1966 ergebnislos ab. Erst am 31. Mai 1967 kam die FNL den kampucheanischen Forderungen mit einer drei-Punkte-Erklärung entgegen. Die FNL erklärte, daß sie

1. die territoriale Integrität Kampucheas innerhalb der gegenwärtigen Grenzen anerkennt und respektiert,
2. die gegenwärtige Grenze zwischen Süd-Vietnam und Kampuchea anerkennt und respektiert,
3. gegen das Königreich Kampuchea alle Akte der Agression von seiten der US-Imperialisten und ihrer Schützlinge in Süd-Vietnam und Thailand verurteilt und gegen jeden Versuch, die gegenwärtige Grenze des Königreichs Kampuchea zu verändern, protestiert. (13)

Die Erklärung der FNL wurde von der DRV am 8. Juni 1967 bestätigt und in einem über Radio Hanoi verbreiteten Kommunique als offizielle Position Vietnams anerkannt. (14) In Kommentaren zum Kommunique erklärte die DRV und die FNL Saigons Anspruch auf Neuverhandlung der kampucheanischen Grenze als ‚schamlose Lüge' und legte sich damit auch selbst auf die Nichtverhandelbarkeit von Kampucheas Grenze fest. Im Verlauf des amerikanischen Indochinakrieges protestierten DRV und FNL gegen alle Grenzverletzungen durch südvietnamesische und amerikanische Truppen und unterstützte Sihanouks Position, wenn er umstrittene Grenzgebiete als kampucheanisches Territorium zurückforderte. Nach Sihanouks Aussagen erkannten die Vietnamesen auch alle Dörfer in den umstrittenen Gebieten als kampucheanische Siedlungen an,

wenn sie in der Vergangenheit unter kampucheanischer Verwaltung standen und mehrheitlich von kampucheanischer Bevölkerung bewohnt wurden. (15)
Diese Position Kampucheas, die Vietnamesen auf die Anerkennung der „bestehenden Grenzen" und die Auslegung umstrittener Grenzziehungen zugunsten Kampucheas festzulegen, war der Stand der Verhandlungen, als Sihanouk auf einer diplomatischen Reise nach Moskau 1970 gestürzt und ganz Kampuchea unter der amerikanischen Marionette Lon Nol in den Krieg hineingezogen wurde (Beginn des 2. Indochinakrieges). Von diesem Stand der Verhandlungen ging die neue kampucheanische Führung nach der Befeiung des Landes am 17.4.1975 aus. Zwischen dem überzeugten Patrioten Sihanouk und der Front Uni National de Kampuchea (FUNK) im Untergrund hatte es in Fragen nationaler Souveränität und ‚Verteidigung der nationalen Grenzen' nie Differenzen gegeben. Auf dieser Grundlage war es auch möglich geworden, mit Sihanouk im Pekinger Exil an der Spitze alle patriotischen Kräfte des Landes in der provisorischen Regierung der Gouvernment Royal Uni National De Kampuchea (GRUNK) zu sammeln, die den Befreiungskampf zum Erfolg führte.
Trotz der objektiven Solidarität der drei Völker im 2. Indochinakrieg und trotz der wirksamen militärischen Kooperation zwischen den „Drei Fronten" ist es nie zu einer politischen Koordination, gar nicht zu reden von einer Übereinstimmung zwischen der vietnamesischen Führung und der kampucheanischen KP, gekommen. Der tiefe Bruch wurde noch einmal beim Pariser Abkommen von 1973 deutlich, als die vietnamesischen Verhandlungsführer die GRUNK zu einem Kompromiß mit Lon Nol und den USA drängten, um eine günstigere Verhandlungsbasis für Vietnam zu erreichen. Infolge des Abkommens lieferten die Vietnamesen den Befreiungsstreitkräften der FUNK nur zögernd Waffen, um sich nicht den Vorwurf der Nichteinhaltung des Abkommens einzuhandeln. Kampuchea hat für die vietnamesische Position in den Pariser Verhandlungen bitter bezahlen müssen, denn aufgrund des Abkommens, das nur die Bombardierung Vietnams ausschloß, konnte die US-Luftwaffe von vietnamesischem auf kampucheanisches Territorium ausweichen und hat in der Zeit vom 27.1. – 15.8.74 das Land in Schutt und Asche gelegt. In den 7 Monaten wurden viermal mehr Bomben auf Kampuchea geworfen als im ganzen Koreakrieg, was wenigstens 200.000 Menschenleben gefordert hat (von einer Bevölkerung von 7,8 Millionen Einwohnern).
Die FUNK/GRUNK war während des fünfjährigen Befreiungskampfes ganz auf sich selbst gestellt und konnte nicht wie Vietnam mit sowjetischer Militär- und Wirtschaftshilfe rechnen, da sich die Sowjetunion auf die Seite Lon Nols gestellt hatte. Die geringe Auslandshilfe stammte aus China, Nord-Korea und einigen Ländern der „Bewegung der blockfreien Staaten"!
Und in diesem Bewußtsein, in der Frage der nationalen Souveränität und Unabhängigkeit auf sich selbst gestellt zu sein, hat die kampucheanische Führung unmittelbar nach der Befreiung von der US-Aggression die mit den Vietnamesen während des Befreiungskampfes ausgehandelte Respektierung des nationalen Territoriums angefordert. Daß es dabei zu bewaffneten Auseinandersetzungen gekommen ist, war seit 1975 gelegentlich durchgesickert, bis am 31.12.77 die diplomatischen Beziehungen abgebrochen wurden und sich beide Seiten mit dem Konflikt an die internationale Öffentlichkeit wandten. Demnach forderte Kampuchea das vietnamesische Militär und die Verwaltung auf, die Rückzugsgebiete des Ho Chi Minh-Pfades um Ratanakiri und Mondolkiri in Nord-ost-Kampuchea, in der Provinz Svay Rieng (Papageienschna-



bel), sowie in allen anderen Gebieten der Ost- und Südwest-Region zu räumen. (16). Entlang der 1.100 km langen Grenze kam es an allen fünf kritischen Grenzabschnitten zu Zusammenstößen: in Mondolkiri / Dar Lac im Hochland, in Kompong Cham / Tay Ninh östlich von Phnom Penh, in Takeo / An Giang am Mekong, in Kampot / Kien Giang (Ha Tien) an der Westküste und zwischen der Insel Phu Quoc (Koh Tral) und der kampucheanischen Küste. Nachdem vietnamesische Truppen im Juni 1975 die Insel Poulo Way (Kach Wai) in der Bucht von Thailand besetzt hatten, kam es zu den ersten Verhandlungen, denen im August eine zweite Runde folgte. Die Verhandlungen scheiterten, weil von vietnamesischer Seite die Garantie für den territorialen Bestand Kampucheas von 1966/67, vor allem in Bezug auf die Hoheitsgewässer, als kriegsbedingte Vereinbarung abgelehnt und eine grundsätzliche Neuverhandlung des Grenzverlaufs verlangt wurde. (17)
In der Trockenzeit vom Herbst 77 bis Frühjahr 78 haben die Kämpfe erheblich zugenommen und große Opfer an Leben gekostet und neuaufgebaute Dörfer und Reisfelder verwüstet. Abgesehen von geheimen Satellitenaufnahmen haben Korrespondenten der ausländischen Presse, die im März 1978 vom vietnamesischen Oberkommando ins Grenzgebiet geflogen wurden, übereinstimmend bestätigt, daß vietnamesische Truppen auf kampucheanisches Territorium vorgedrungen sind. (18)
Angesichts dieses Ausmaßes an militärischer Auseinandersetzung ist zu fragen, welche tiefreichenden politischen Differenzen zwischen den beiden Ländern bestehen, denn der Konflikt kann nicht mit dem Streit um einige qkm Reisfelder erklärt werden.
Die Siedlungspolitik des vietnamesischen Fünfjahresplanes 1976 – 1980 sieht die Neuansiedlung von 4 Millionen Menschen in den dünnbesiedelten Gebieten des Mekongdeltas und der Hochplateaus des Zentralen Berglandes vor, sozusagen eine Fortsetzung der historischen Südwanderung des vietnamesischen Volkes, die stets eine Bedrohung des kampucheanischen Staates bedeutete. Der Plan sieht auch die Ansiedlung von über 100.000 Vietnamesen in der Provinz Tay Ninh vor, in der die am stärksten umstrittenen Grenzgebiete liegen. Die großangelegten Infrastrukturprojekte von Bewässerungs- und Straßenbau im umstrittenen Grenzgebiet, auch noch ausgeführt von Pioniereinheiten der Streitkräfte, schaffen nicht nur vollendete Tatsachen in der Grenzfrage, sondern werden offensichtlich auch von Kampuchea als Bedrohung des nationalen Territoriums ver-

Pressekampagne gegen Kampuchea

WO DER „SPIEGEL“ SEINE „NACHRICHTEN“ HER HAT . . .

„Der Spiegel“ Nr. 11 vom 7. März 1977

Mittag in Pnom Penh am 17. April 1975. Bei Temperaturen von 40 Grad waren nur wenige Menschen auf den Straßen der Dreimillionenstadt. Plötzlich schwärmten schwerbewaffnete Rote-Khmer-Soldaten aus, schlugen an die Haustüren und befahlen den verschreckten Bewohnern: „Sofort hinaus, schnell, die Stadt wird geräumt.“

Keinem wurde erlaubt, mehr als die notwendigsten Habseligkeiten zusammenzupacken. Jeder mußte binnen Minuten, so wie er war, auf die Straße. Für niemanden gab es eine Ausnahme.

In der durch Flüchtlinge heillos übervölkerten Hauptstadt entstand unbeschreibliches Gedränge. Kinder schrien nach ihren Eltern, sie wurden von den Soldaten unbarmherzig weitergestoßen. Zögernde wurden auf der Stelle erschossen. Von Todesangst gepackt, ließen sich die Menschen weitertreiben wie eine endlose Herde Vieh. Hochschwangere Frauen mußten sich weiterschleppen, bis sie auf der Straße niederkamen.

Vorbei an Fabriken bewegte sich der Zug, vor den leeren Gebäuden lagen die Leichen der Arbeiter. Wer trotz Ermahnung zu langsam ging, wurde erschossen. Dennoch war das Gedränge so stark, daß die Menschen am Tag nur wenige Kilometer vorankamen. Wer zu fragen wagte, wo das Ziel des Elendstrecks liege, erhielt keine Auskunft.

Angkar heißt Organisation, was immer das sein mag. Angkar wird nicht definiert. Aber für die Kambodschaner wurde Angkar zum Inbegriff für Schicksal. Angkar bestimmt alles, Angkar befiehlt Reisanbau, deportiert und erzieht die Menschen, läßt angebliche Verräter – dazu zählen auch unverheiratete Verliebte – und Unverbesserliche hinrichten.

Die gibt es wohl immer noch. Sie werden bei den allabendlichen Sitzungen des Dorfkomitees ermittelt. Da trat sich Ngy Duch einen spitzen Bambus-Splitter in den Fuß. Das Bein schwoll an. Er wagte, den Roten Khmer-Aufseher darum zu bitten, sich ausruhen zu dürfen. Der lehnte ab.

Abends nahmen ihn sich die Komiteemitglieder vor. „Du darfst kein Muttersöhnchen sein“, sagten sie. „Du darfst nicht faul sein. Ngy Duch gelobte, sich künftig emsiger für Angkar einzusetzen.

Ein- oder zweimal derart zu versagen, kann sich ein Kambodschaner eben noch erlauben. Beim dritten Mal wird er bestraft – mit dem Tode. Gefängnisse wurden abgeschafft. Sie sind unnötig, denn Angkar kennt nur die eine Strafe, und die wird auf der Stelle vollzogen.

(Aus: ESG-Nachrichten Nr. 93)

„Reader's Digest“, dt. Übersetzung der amer. Ausgabe vom Februar 1977

In ganz Phnom Penh, einer Stadt von drei Millionen Menschen, verbreiteten die Soldaten jetzt im Namen von Angko Loeu den niederschmetternden Befehl. Sie schossen in die Luft, hämmerten gegen Türen, sprachen über Lautsprecher.

‚Ausnahmen gibt es nicht‘, bekam ich zur Antwort. ‚Die Stadt wird geräumt. Alle müssen raus.“

Nach der Mittagsstunde schwollen die Massen auf den Straßen gewaltig an – die kommunistischen Kommandos vertrieben immer mehr Familien in der ganzen Stadt aus ihren Wohnungen. In dem ständig schlimmer werdenden Gedränge kamen die Menschen auf einigen Boulevards nur ganze 200 Meter in der Stunde voran.

„Als wir Phnom Penh verließen“, berichtet sie, „kamen wir an einem guten Dutzend Leichen vorbei. Sie lagen am Straßenrand und waren schon aufgetrieben. Ich bin sicher, die Leute waren erschossen worden;

An den Abenden mußten sich alle Neudörfler ideologische Vorträge anhören. Oft erlebten sie dann auch Kosangs mit. Ein Kosang – das Wort bedeutet eigentlich „Bau“ oder „Formung“ – war die rituelle Verwarnung eines Dorfgenossen, der das Mißfallen Angko Loeus erregt hatte. Von dem Missetäter wurde erwartet, daß er gestand und bereute und sich dadurch zu einem guten und sauberen Menschen formte“. Die Zeremonie löste angstvolles Schweigen aus, denn alle wußten bald, daß niemandem mehr als zwei Kosangs zugebilligt wurden.

Mitte Juni trat Ngy bei der Feldarbeit auf einen spitzen Bambusstumpf, der sich ihm tief in den Fuß bohrte. Sein ganzes Bein schwoll an; er bekam hohes Fieber und hatte bis hinauf zur Hüfte Schmerzen. Er humpelte zum Genossen Mon und bat um ein paar Tage Freistellung von der Arbeit. „Eine so kleine Wunde ist kein Grund, zu Hause zu bleiben“, sagte Genosse Mon.

Am Abend erhielt Ngy sein erstes Kosang. Mitglieder des Dorfkomitees nahmen ins abwechselnd ins Gebet. „Du mußt lernen, mit Schmerzen zu leben. Du darfst kein Muttersöhnchen sein. Du darfst nicht faul sein, darfst nicht den Versuch machen, dich vor deinem Anteil an der Arbeit zu drücken.“

Der Reader's Digest-‚Bericht‘ stützt sich auf das Buch ‚Murder of a Gentle Land‘ von J. Baron und A. Paul.

Barron ist (so die Zeitschrift „Weltbild“ 8/77) langjähriger Berufsoffizier „mit harten Geheimdiensterfahrungen im Berlin der sechziger Jahre“ – und inzwischen leitender Redakteur im Washingtoner Büro von „Reader's Digest“. Anthony Paul ist Chefredakteur der Asienausgabe von „Reader's Digest“. Zwei leitende Männer in einem Unternehmen also, dem Antikommunismus und Kalter Krieg stets Herzensanliegen waren. Ihr Buch erschien bei der „Reader's Digest Press“.

Die Parallelen ließen sich fortsetzen. Diese Kostproben sollten nur deutlich machen: Hier wurde nicht recherchiert, sondern abgeschrieben. Gerade die Stellen, die dem Leser den Eindruck vermitteln, der „Spiegel“-Mann sei als Augenzeuge dabeigewesen („Mittags in Pnom Penh am 17. April 1975. Bei Temperaturen von 40 Grad waren nur wenige Menschen auf den Straßen . . . “ „Da trat sich Ngy Duch einen spitzen Bambus-Splitter in den Fuß . . . “) – gerade diese Passagen sind aus den äußerst trüben Quellen von „Reader's Digest“ geschöpft.

standen.
Der Streit um die Hoheitsgewässer vor der Küste in der Bucht von Thailand hat durch die Funde von Erdgas und Erdöl eine zusätzliche Brisanz erhalten. Als Vietnam am 25.5.77 fast gleichzeitig mit der thailändischen Regierung im Küstengewässer eine 200 Meilen Wirtschaftszone festlegte, ohne die kampucheanische Regierung zu konsultieren und außerdem mit Thailand gegenseitige Überflugrechte vereinbarte, war das jahrtausend alte Trauma der Umklammerung durch die beiden großen Nachbarstaaten wieder da. Kampuchea reagierte mit der Forderung auf 400 kleine, der Küste vorgelagerte Inseln und protestierte gegen die Beschränkung des kampucheanischen Hoheitsgewässers auf einen kleinen Winkel vor der Küste. Das Trauma der Einschnürung wurde nochmals durch die Vereinbarung zwischen Vietnam und Thailand ausgelöst, das seit den 60er Jahren geplante Mekong-Bewässerungs/Wasserkraft-Projekt in Angriff zu nehmen.
Das von den USA und der UNO geplante Regionalprojekt für Thailand, Laos, Vietnam und Kampuchea zu einer umfangreichen und hochtechnischen Nutzung des Mekongs mit seiner dreifachen Wassermenge des Nils und einem Einzugsbereich von halb Europa ist nur durch die Beteiligung internationaler Firmen mit ausländischem Kapital und Personal möglich. Vietnam und in Anlehnung auch Laos bekennen sich zu einer solchen Entwicklungsstrategie mit ausländischen Investitionen und hoher Verschuldung, nicht aber Kampuchea. Das Projekt verlangt eine einheitliche Regionalplanung, die auf eine Vormachtstellung Vietnams Kampuchea gegenüber hinauslaufen würde, ganz abgesehen von der wirtschaftlichen Benachteiligung, wie sogar der Bericht der Weltbank resümiert:

> (Das Mekong-Projekt) erfordert den vollen Einsatz und die aktive Partizipation aller in Frage kommenden Länder; die Hauptnutznießer sind zum Teil nicht die Länder, in denen die Projekte liegen. (19)

Kampuchea baut die nationale Wirtschaft anders als Vietnam auf. Die Entwicklung der Landwirtschaft zur Versorgung der Bevölkerung mit Nahrungsmitteln und zur Produktion von Überschüssen für den Export steht im Mittelpunkt. Die vietnamesische Entwicklungsstrategie sieht eine gleichzeitige und teils vorrangige Entwicklung der Industrie mit ausländischem Kapital, sogar mit Direktinvestitionen aus den USA und der EG vor.
Das Mekongprojekt, wie jetzt wieder von Vietnam, Thailand und Laos in Angriff genommen, erfordert die Entvölkerung großer Siedlungsgebiete und den Bau von großangelegten Bewässerungsanlagen. Die Staustufen von Pa Mong in Laos und Stung Treng in Nordost-Kapuchea beispielsweise erfordern allein die Umsiedlung von 700.000 Bauern. Es ist nicht verwunderlich, daß Kampuchea eine Bedrohung des auf Eigenständigkeit abgestellten Entwicklungsweges sieht und den Ausverkauf der nationalen Unabhängigkeit durch Entwicklungshilfe befürchtet. Bemerkenswert ist die Tatsache, daß am 31.12.77, an dem Tag, an dem Thailand, Vietnam und Laos ein Interimskomitee für das Mekongprojekt gründeten, Kampuchea die doplomatischen Beziehungen mit Vietnam abgebrochen hat.
Die besonderen Beziehungen zwischen Vietnam und Laos, die mit dem 25jährigen „Vertrag über Freundschaft und Zusammenarbeit" vom 18. Juli 1977 auf eine institutionelle Grundlage gestellt worden sind, haben in Kampuchea das Gespenst einer Föderation Indochinas unter vietnamesischer Vorherrschaft in noch bedrohlichere Nähe gerückt. Und in der Tat ist zu befürchten, daß die volle Parallelschaltung aller politischen Strukturen und wirtschaftlichen Entwicklungsprogramme auf Tributbeziehungen und eine „begrenzte Souveränität" hinauslaufen, dem sich die laotische Führung zu unterwerfen scheint. So heißt es zum Abschluß des Vertrages vom Juli 1977:



Ernte auf einer Gummiplantage

> Besonders seit der Gründung der Indochinesischen Kommunistischen Partei (sic!) im Jahre 1930 haben sich die Völker und Armeen beider Länder aufs engste zusammengeschlossen und gemeinsam ihr Blut im Kampf gegen den Feind vergossen . . . Beide würden selbst das letzte Reiskorn noch miteinander teilen und lieben einander wie Bruder und Schwester (20).

In der Frage der nationalen Souveränität und einer vietnamesisch beherrschten Föderation Indochinas reagiert die Regierung Kampucheas sehr empfindlich und scharf, wogegen die vietnamesische Seite den Vorwurf einer Föderation ebenso hartnäckig zurückweist. Jede Form einer indochinesischen Föderation (auch wenn sie bei gegenseitiger Respektierung der Souveränität Vorteile bringen könnte) wird strikt abgelehnt, denn sie verfolgt nach Pol Pots Beurteilung „das Ziel, das Volk Kampucheas auf eine nationale Minderheit zu reduzieren." (21) Die von Vietnam angebotenen „besonderen Beziehungen" und „besondere Solidarität" aufgrund des gemeinsamen Kampfes" gegen die USA führen nach kampucheanischer Ansicht direkt in eine Abhängigkeit und Unterwerfung. Man traut dem „großen Bruder" Vietnam nicht, der den ‚kleinen' in der Umarmung erwürgen würde.
Aus den Äußerungen der kampucheanischen Parteiführung wird deutlich, daß dahinter eine Kritik am vietnamesischen Sozialismus steht. Man beschuldigt die vietnamesische KP, daß sie „bei Imperialisten bettelt und den Sozialismus ausverkauft,'. Die annexionistische Tendenz wird auf revisionistische Verfälschung des Sozialismus zurückgeführt, wobei Revisionismus zu Imperialismus führte und umgekehrt. Radio Hanoi und die vietnamesische Zeitung Nhan Dan (das Volk) sprechen dagegen von einer „reaktionären kampucheanischen Regierung" und attackieren die Konzentration auf die Landwirtschaft als „brutale und infantile bäuerliche Gleichmacherei". (22)
Neuerdings werden von beiden Seiten Kriegsgefangene vor-

führt, deren Aussagen aufschlußreich sind, was auch immer von der Zuverlässigkeit ihrer Geständnisse zu halten ist: vietnamesische Gefangene auf kampucheanischer Seite sagen, daß sie in einen annexionistischen Krieg gegen Kampuchea geschickt wurden. Gefangene aus Kampuchea haben in vietnamesischen Lagern vor westlichen Journalisten „gestanden", daß eine indochinesische Föderation für die Zukunft Kampucheas vorteilhaft sei und plädieren für einen Umsturz der Regierung in Phnom Penh mit vietnamesischer Hilfe. Nach Schätzung der Korrespondenten werden augenblicklich etwa 15.000 – 20.000 Kampucheaner in vietnamesischen Lagern auf diese Linie gebracht und für die Verwirklichung ihrer „Überzeugung" ausgebildet. (23)

3. Der Konflikt im Spannungsfeld der politischen Entwicklung in Südost-Asien

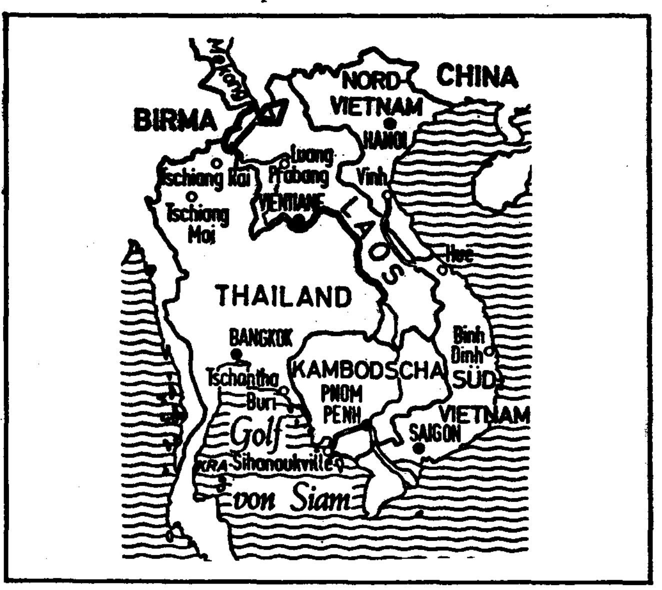
Der Konflikt zwischen Kampuchea und Vietnam kann nicht isoliert von der politischen Entwicklung in Südost-Asien nach dem Zusammenbruch der alten Südost-Asien Strategie der USA gesehen werden, wie Kampucheas Außenminister Jeng Sary anläßlich des Besuchs des thailändischen Außenministers Upadit am 31. Januar 1978 in Phnom Penh sagte:

> Solange sich das Demokratische Kampuchea aufgrund von Akten der Aggression, Expansion oder Einmischung von außen nicht des Friedens und der Sicherheit erfreuen kann, gibt es auch für die anderen Länder in Südost-Asien keinen Frieden und keine Sicherheit. (24)

Seit der Befreiung des Landes am 17. April 1975 hat Kampuchea systematisch zu allen Staaten in der Region Beziehungen auf der Grundlage der fünf Prinzipien der friedlichen Koexistenz aufgebaut, wie sie von der Bewegung der Blockfreien Staaten entwickelt worden sind, vor allem, um durch gute Beziehungen die Souveränität und den Bestand des nationalen Territoriums zu sichern.

Seit März 1977, als sich die Beziehungen mit Thailand unter dem Regime des Premierministers Thanin verschlechtert hatten und die Spannungen zu Vietnam zunahmen, hat Kampuchea auch die Beziehungen zu Burma, Sri Lanka und Pakistan verstärkt. Zu der Zeit erregte Ieng Sary in Kuala Lumpur Aufsehen mit der Ankündigung, daß Kampuchea 1977 in der Lage sei, die ersten 150.000 t Reis zu exportieren. Kampuchea strebt eine enge Kooperation mit dem Fünferverband ASEAN (Association of Southeast-Asean Nations: Thailand, Malaysia, Singapur, Indonesien, Philippinen) an, um beispielsweise durch Kartellisierung von Rohstoffen bessere Preise auf dem Weltmarkt zu erzielen, wie durch den Zusammenschluß zum Export von Kautschuk, dem auch Kampuchea angehört. Die Selbstversorgung der Bevölkerung mit Grundnahrungsmitteln und das Entwicklungskonzept, ohne fremde Hilfe die Wirtschaft aufzubauen, ermöglichen ein Höchstmaß an außenpolitischer Beweglichkeit.

Vietnam hingegen ist durch komplizierte Auslandsbeziehungen und wirtschaftliche Verflechtungen, durch Aufbaukredite und Kompensationsgeschäfte mit der Sowjetunion und den COMECON-Ländern häufig zum Taktieren gezwungen. Zu ASEAN hatte Vietnam bisher keine Beziehungen gepflegt, weil die Mitgliedsländer noch zu eng mit den USA liiert sind und diese Verbindung für Vietnam entscheidender ist als die relative Eigenständigkeit des Zusammenschlusses. Seit 1977 hat sich die Südost-Asien Politik Vietnams um 180° gedreht. Einmal hat sich das Verhältnis zu China weiter verschlechtert, was beim letzten Besuch des Parteisekretärs Le Duan vom November 1977 in Peking deutlich zutage getreten ist. Zum anderen hat ASEAN als Zusammenschluß an Bedeutung gewonnen und entwickelt gute Beziehungen zu China. Für China ist ein starker eigenständiger südost-asiatischer Staatenbund wichtig, um an den südlichen Grenzen einen Puffer gegen die Interessen der Sowjetunion in diesem Raum zu haben. Die Eigenständigkeit eines Zusammenschlusses wiegt dabei mehr als die soziale Struktur in den Ländern selbst. Dafür kann auf der anderen Seite jede unabhängige Befreiungsbewegung, KP oder Befreiungsfront gegen die Diktaturen in den südost-asiatischen Staaten mit chinesischer Unterstützung rechnen. Das Verhältnis Chinas zu Vietnam wird vor allem durch die starken wirtschaftlichen Beziehungen Vietnams zur Sowjetunion belastet. China befürchtet, daß Vietnam durch die wirtschaftliche Verschuldung in eine politische Abhängigkeit gerät und der sowjetische Einfluß in Südost-Asien wächst, obwohl Vietnam getreu den Prinzipien der Blockfreien Staaten der Sowjetunion keine Militärstützpunkte einräumt.



Die Spannungen sind auf verschiedenen Gebieten verschärft worden. Nach außen hin sind es einmal die Spratley-Inseln im Südchinesischen Meer, die von China und Vietnam beansprucht werden, wie auch von den Philippinen und Taiwan. Und beim letzten Besuch des vietnamesischen Außenministers in Manila vom Dezember 1977 ist vereinbart worden, daß man sich zwischen Vietnam und den Philippinen über die Besitzverhältnisse einigen wird. Dann kommt es in regelmäßigen Abständen zu Auseinandersetzungen an der vietnamesisch-chinesischen Grenze und neuerdings gewährt Vietnam Chinaflüchtlingen politisches Asyl.

Dahinter stehen tiefgreifende ideologische Differenzen: China sieht in der Rivalität zwischen den USA und der Sowjetunion und ihrem Ringen um Weltherrschaft die Gefährdung von Frieden und Befreiung der Völker. Es ist vor allem an Zweckbündnissen gegen die Sowjetunion interessiert, weil die Sowjetunion im Vergleich mit den als Imperialisten entlarvten USA unter dem Deckmantel von Freundschaft und Sozialismus vor allem in der dritten Welt an Einfluß gewinnt. Dabei geht die chinesische KP von einem eigenen „Konzept der Drei-Welten" aus: gegen die erste Welt (die USA und Sowjetunion) muß sich die Dritte Welt mit der zweiten Welt (den relativ unabhängigen Industrienationen in Japan und Europa) zusammenschließen, um das Hegemoniestreben der beiden Supermächte abzuwehren und dadurch einen Weltkrieg zu verhindern.

Dagegen folgt die vietnamesische KP der sowjetischen Idologie und vertritt die Theorie der „Drei Strömungen", wie

von Le Duan im November 1977 in Peking wörtlich:

> Gegenwärtig stehen die revolutionären Völker in einer günstigen internationalen Situation. Die drei revolutionären Strömungen unserer Zeit: das Sozialistische Lager, die Nationalen Befreiungsbewegungen und die Arbeiterbewegungen der kapitalistischen Welt, befinden sich in der Offensive und sind durchaus in der Lage, den von den USA geführten Imperialismus zurückzudrängen und Schritt für Schritt Siege für den Frieden, für die nationale Unabhängigkeit, für Demokratie und Sozialismus zu erringen. (25)

Danach ist das Hauptziel der sozialistischen Revolution, das sozialistische Lager zu vergrößern, zwangsläufig unter der Vorherrschaft der Sowjetunion. Und den befreiten Ländern kann folgerichtig nur eine „begrenzte Souveräntität" zukommen.
Das Opfer einer solchen Politik zu werden ist dasTrauma Kampucheas, wogegen sich die kampucheanische KP mit allen Mitteln wehrt und sich aufgrund der Interessensgleichheit gegen die sowjetisch-vietnamesische Version von Sozialismus auf die Seite Chinas gestellt hat.
Aus der Isolierung zwischen ASEAN und der chinesischen Außenpolitik, versucht Vietnam augenblicklich auszubrechen. Da die USA nach wie vor Beziehungen ablehnen und die europäischen Staaten teils die US-Politik verfolgen (wie die Bundesrepublik) und teils nicht die wirtschaftliche Kraft zur Kooperation besitzen, bleibt zwischen Bindung an die Sowjetunion und eigenständiger Außenpolitik nur ein schmaler Pfad. Die jüngste außenpolitische Offensive Vietnams vom Dezember 1977, in der Außenminister Nguyen Duy Trinh Thailand, die Philippinen, Malaysia, Indonesien und Singapur, also alle ASEAN-Staaten besuchte und mit den Regierungen Verträge über wirtschaftliche und technische Kooperation abschloß, wird kritisch von den asiatischen Staaten verfolgt. Denn noch ist man sich nicht sicher, was Vize-Außenminister Vo Dong Giang's Erklärung in Manila besagen soll, daß man eine neue politische Grundlage für Südost-Asien finden müsse: Ob Vietnam doch den Vorreiterposten für das „Kollektive Sicherheitssystem Asiens", die Strategie der Sowjetunion zur Einkreisung Chinas, übernommen hat oder eine partnerschaftliche Kooperation zwischen den 9 Staaten der Region (ASEAN + Kampuchea, Laos, Vietnam und Burma) anstrebt. Von der Lösung des Konfliktes mit Kampuchea wird man die künftige Außenpolitik Vietnams ablesen können: Sowjet-sozialistische Expansion oder Kooperation auf der Basis der friedlichen Koexistenz. Inzwischen läuft die Diplomatie in den Hauptstädten rund um den Konflikt auf Hochtouren: Thailands Premierminister Kriangsak reiste im März 1978 nach Peking, gleichzeitig traf der stellvertretende sowjetische Außenminister Nikolai Firyubin in Bangkok zu Gesprächen mit der Thailändischen Regierung ein. Der stellvertretende Verteidigungsminister der Sowjetunion Iwan Pawlowski traf in Laos ein und konferierte mit dem vietnamesischen General Tran Tien Dung, der 1975 die Ho Chi Minh Kampagne zur Befreiung des Südens leitete und auch jetzt das Oberkommando an der kampucheanischen Front führt.

4. Lösungsmöglichkeiten des Konflikts und unsere Solidarität

Würde es sich im bewaffneten Konflikt zwischen Kampuchea und Vietnam um einen simplen Grenzkonflikt handeln, wäre er wahrscheinlich schon durch Verhandlungen gelöst worden. Im Sommer 1975 und 1976 hat es zwei Verhandlungsrunden gegeben, die beide erfolglos blieben. Die vietnamesische Regierung hat am 5.2.78 wieder ein Verhandlungsangebot gemacht: 5 km Niemandsland, internationale Kommission, Grenzverhandlungen, was plausibel erscheint und dessen Ablehnung den Kampucheanern wieder den Ruf von Halsstarrigkeit und Fanatismus eingebracht hat. Übersehen wird dabei, daß auch die Kampucheaner wie die Vietnamesen grundsätzlich zu Verhandlungen bereit sind, jedoch nicht über die Neureelung des Grenzverlaufs verhandeln wollen – aufgrund der schlechten Erfahrungen mit Gebietsverlusten durch Grenzverhandlungen. Es geht offensichtlich um mehr als Grenzen: Es ist die Angst eines kleinen Volkes, seine Souveränität und sein Territorium an einen starken Nachbarn zu verlieren. Ist es da nicht an dem Nachbarn, diese Angst durch entsprechende Zugeständnisse zu zerstreuen, gerade weil er beteuert, daß das kleinere Nachbarland nicht durch ihn bedroht wird? Kampuchea wird die Kampfhandlungen einstellen, wenn es sich nicht mehr von Vietnam bedroht fühlt. Für die friedliche Beilegung von Grenzschwierigkeiten, Relikten aus kolonialer Willkürherrschaft, gibt es Beispiele: China – Indien u.a. Zur Beilegung von Grenzproblemen zu den Waffen zu greifen, läßt sich nicht rechtfertigen, wie Mao Tse Tung der sowjetischen Kommission bei den Grenzverhandlungen von 1970 sagte, daß ein Krieg mit Worten um Grenzgebiete 4.000 Jahre dauern kann, solange nicht gekämpft wird, muß man eben um jedes Jahr Verkürzung ringen. Anders ist es jedoch bei der Bedrohung eines Volkes um seinen nationalen und territorialen Bestand.
Noch schwieiriger ist eine Lösung, wenn blutige Auseinandersetzungen mit widersprüchlichen politischen Überzeugungen ausgetragen werden, also eine Form von Religionskrig stattfindet. Zwischen falsch und richtig gibt es keinen Kompromiß und keine Versöhnung, sondern nur Koexistenz. Sollte man auf vietnamesischer Seite die Einbeziehung Kampucheas in eine Föderation Indochinas aus politischer Überzeugung von der notwendigen Expansion des „sozialistischen Lagers" auf Kosten der unbeschränkten Souveränität einer Nation anstreben, so geht die KP Vietnams in die Irre, ohne daß man von außen einen Einfluß nehmen kann.

Die Enttäuschung vieler demokratischer und anti-imperialistischer Kräfte über den Konflikt zwischen zwei soeben befreiten Ländern, an deren Befreiung und demokratisch-sozialistischen Aufbau man auch die Hoffnung auf eine politische Veränderung im eigenen Land geknüpft hatte, muß durch sachliche Ernüchterung überwunden werden, aus der nur eine neue Solidarität entstehen kann.
Objektiv gesehen haben beide Länder durch ihren erfolgreichen Befreiungskampf gegen die größte imperialistische Macht der Welt einen unschätzbaren Beitrag zur Befreiungs- und Unabhängigkeitsbewegung nicht nur in der Dritten Welt geleistet. Gegenüber der gemeinsamen Tradition des antiimperialistischen Kampfes verblassen die ethnischen Widersprüche. Angesichts der Bedrohung der Unabhängigkeit der Länder gerade auch in dieser Region sind die Widersprüche zwischen Vietnam und Kampuchea sicherlich vergleichsweise gering. Aber sie bilden Ansatzpunkte für ausländische Einmischungen.
Bürgerliche Kreise und ihre Medien triumphieren über den Konflikt und nutzen die Gelegenheit, beide Länder zu zerreißen, indem sie bewußt auf das moralische Empfinden der Bürger setzen und mit scheußlichen Kriegsgreueln von den politischen Dimensionen des Konflikts ablenken. Zugleich damit wird der Versuch unternommen, die Zusammenarbeit der Bundesregierung mit dem Thieu-Regime nachträglich zu rechtfertigen; das zeigt sich gegenwärtig besonders deutlich an dem Versuch,die Proteste anläßlich des

Besuchs von Thieu 1973 in Bonn in einem großangelegten Prozeß zu kriminalisieren. Nur auf der Grundlage der ungebrochenen Solidarität mit beiden Völkern ist es möglich, eine friedliche Beilegung dieses Konfliktes ohne äußere Einmischung zu unterstützen. Die „einseitige" Parteinahme schadet den beiden Völkern und auch uns selbst. Die Sowjetunion hat für Vietnam und gegen Kampuchea Stellung bezogen und in ihrem Einflußbereich beziehen lassen. China hat die Erklärungen beider Länder größtenteils kommentarlos wiedergegeben und betont die Eigenverantwortung der beiden Länder für eine Verhandlungslösung ohne Einmischung von außen.
Die fairste und auch für uns richtungsweisende Stellungnahme ist von der Bewegung der Blockfreien Staaten abgegeben worden, zu der auch beide Völker selbst gehören:

> Wie in Afrika, so kann auch der Konflikt zwischen Vietnam und Kampuchea nur zum Versuch der Einmischung von außen führen und das wiederum kann zur Eskalation des Konfliktes führen. Es ist bekannt, daß sich die Interessen ausländischer Mächte auch auf dem Boden Asiens kreuzen, und es wäre sinnlos, Wasser auf diese Mühle zu gießen. Denn dies würde vor allem den Interessen Vietnams und Kampucheas schaden. (26)

Aus: Befreiung, Berlin 1978

1 Vgl. die Pressekonferenz Ende Januar 1978 in der vietn. Botschaft in Bonn, Bericht in: FAZ, 27.1.78; vgl. auch Auszüge einer vietn. Dokumentation zum Grenzkonflikt, in: FR, 10.3.78.
2 Über die Methoden und Quellen der Berichterstattung zu Kampuchea liegen inzwischen zuverlässige Untersuchungen vor, vgl. Ben Kiernan: Cambodia in the News 1975/76. In: Journal of Politics (Melbourne), Vol. 8, 1975-76; Noam Chomsky + Edward S. Herman: Distortion at Fourth Hand. In: The Nation, 25.6.1977, Hans Ulrich Luther: Für ein paar Dollars erzählen sie alles. Wie Greuelstories aus Kambodscha entstehen und was von ihnen zu halten ist. In: FR, 6.5.77; H. Kotte: Methoden der Pressekampagne gegen das Demokratische Kampuchea. In: Befreiung (Berlin), Nr. 7, Juni 1976 und in: Blätter des Informationszentrums Dritte Welt (Freiburg), Nr. 56, Okt. 1976; Kampuchea in der Berichterstattung. In: Nachrichten der Evangelischen Studentengemeinden (Stuttgart), Mai 1978.
3 Der Spiegel, Nr. 15, 10.4.78; vgl. auch Times, 9.1.78; Henry Kamm in: IHT, 15.1.78
4 Far Eastern Economic Review (FEER), Asia Yearbook, 1978, Hongkong 1978, S. 156
5 Vgl. Sarin Chhak: Les Frontiers du Cambodge. Paris 1966: eine umfangreiche Studie über Grenzverläufe mit detailliertem Kartenmaterial, mit einem Vorwort von Norodom Sihanouk. Chhak war Außenminister im Kabinett des 'Government Royal Uni National du Kampuchea' (GRUNK).
6 Kurze Geschichte der Partei der Werktätigen Vietnams. Köln 1972. S. 19
7 Ebd., S. 21
8 zitiert nach: Ho Chi Minh: Eine politische Biographie. Köln 1976
9 P. Rousset: Cambodia, background to the revolution. In: Journal of Contemporary Asia 4, 1977, S. 520
10 Radio Hanoi, 23.1.78; in Foreign Broadcasting International Service (FBIS), Washington, 14. – 15.1.78
11 Kabuja (Magazin), Phnom Penh, 15.6.69, S. 16 - 17, Editorial
12 Radio Hanoi, 13.6.67, zitiert ein Editorial der Nhan Dan (= Das Volk, Tageszeitung). In: FBiS, Washington 13.6.67.
13 Radio Hanoi, 8.6.67. In: FBIS, 9.6.67
14 Radio Hanoi, 12.6.67, FBIS, 13.6.67
15 Radio Phnom Penh, 24.7.67. In: FBIS, 28.7.67
16 Radio Phnom Penh, 3.1.78. In: FBIS, 3.1.78
17 Radio Hanoi, 6.1.78. In: FBIS, 6.1.78
18 Nayan Chanda in: Far Eastern Economic Review (FEER), Hongkong, 31.3.78; Tiziano Terzani in: Der Spiegel, Nr. 15, 10.4.78.
19 Pacific News Service, Lowell, Finley, San Francisco, 18.2.78
20 Radio Vientiane, 19.7.77. In: FBIS, 19.7.77
21 Interview mit vier jugoslawischen Korrespondenten im März 1978 in Phnom Penh. FR. 12.4.78
22 Zitiert nach FEER, 13.1.78 und 31.3.78
23 Le Monde, 23.3.78. FEER; 31.3.78
24 Zitiert nach FEER, 10.3.78
25 Hsin hua. New China News Agency 21.1177
26 aus: Monitor Dienst der Deutschen Welle, Köln 4.1.78



Ungeachtet des noch andauernden Konfliktes zwischen Vietnam und Kampuchea möchten wir im folgenden ein Hilfsprojekt in VIETNAM vorstellen.
Die Unterstützung dieses Projektes scheint uns deshalb sinnvoll, weil diese geplante Nähnadelfabrik nur für den Binnenmarkt produziert, also tatsächlich den Bedürfnissen des Volkes nachkommt.

EIN FRIEDENSPROJEKT FÜR VIETNAM – NÄHNADELFABRIK HA DONG

11 Kilometer südwestlich der Hauptstadt Hanoi, liegt Ha Dong, eine Bezirksstadt, die zur Provinz Ha-Son-Binh gehört. Hier, am Stadtrand von Ha Dong, wird die erste Nähnadelfabrik der Sozialistischen Republik Vietnam entstehen. Die Regierung hat bereits ein Gelände von insgesamt dreitausend Quadratmeter zur Verfügung gestellt und verbindlich zugesagt, die notwendigen Baumaterialien zu liefern. Das Gelände ist ausschließlich für die Gebäude der Produktionsanlagen, der notwendigen sozialen und sanitären Einrichtungen bestimmt und für die in Vietnam zu jeder Produktionsstätte dazu gehörenden grünen Anlagen, die den Arbeiterinnen und Arbeitern für Gymnastik vor Beginn der Arbeit und in den Arbeitspausen dienen.
Bereits im November vergangenen Jahres waren Frauen und Männer dabei, die Straße, die von Hanoi kommt, sich dann mitten im Ort gabelt und nach Haiphong und Xuan Mai weiterführt, auszubauen und Kanalisation anzulegen. Auf dem abgesteckten Fabrikgelände bereiteten Soldaten den lockeren Schwemmlandboden für die Fundamente der Fabrikhallen vor. Viele Bambusstangen müssen in den Boden geschlagen werden um ihn so zu befestigen, daß das Mauerwerk nicht abrutscht und er belastbar wird für die Maschinen. Einige hundert Meter weiter, abseits der Straße, sind zu beiden Seiten kleine Ziegelbrennöfen errichtet. Jungen und Mädchen drücken mit Hölzern nasse Lehmklumpen in vorgefertigte Formen. Neben den Brennöfen sind frischgebrannte Ziegel gestapelt. Für das Planungs- und Baukollektiv sind bereits drei kleine Unterkünfte gebaut worden.

Die Nähnadel ist durch nichts zu ersetzen.
Hundertmillionen Handnähnadeln jährlich wird diese Frabrik einmal produzieren. Hundertmillionen, das hört sich enorm an, bedeutet aber lediglich: zwei Nähnadeln pro Kopf der Bevölkerung. Und selbst diese Zahl ist rein theoretisch, denn die vielen kleinen traditionellen Handwerksbetriebe, die Stick- und Nähstuben, sie alle benötigen für ihre tägliche Arbeit Nähnadeln; die Nähnadel ist das Handwerkszeug vieler tausend Vietnamesen.

HILFSAKTION VIETNAM e.V. · Bismarckstr.
4000 Düsseldorf 1 · Telefon: 36 01 09
Postscheckkonto Essen 900 40 - 430

Spenden an die Hilfsaktion Vietnam e. V. sind steuerbegünstigt.



LITERATURLISTE

LITERATUR ZU KAMPUCHEA (ausgewählte, Stand: 1. Mai 1978, hk)

1. **Befreiung und Aufbau der Gesellschaft:**
   - N. Sihanouk/W. Burchett: MEIN KRIEG MIT DEM CIA, Berlin-W. 1974
   - N. Sihanouk/J. Lacouture: INDOCHINA VON PEKING AUS GESEHEN, Stuttgart, 1972
   - N. Chomsky: KAMBODSCHA, LAOS UND VIETNAM, Surkamp TB, Frankfurt, 1972
   - H. De Boer: UNTERWEGS ERFAHREN, Jugenddienst-V, Wuppertal, 3. Aufl. 1976
   - Botschaft des Demokr. Kampuchea in der DDR (Hrsg.): DIE KAMBODSCHANISCHE ERFAHRUNG, TB, Berlin-DDR, 1975
   - Botschaft des Demokr. Kampuchea in der DDR (Hrsg.): KHEM, DIE JUNGE KÄMPFERIN, TB, Berlin-DDR, 1976
   - J. u. J. Steinbach: PHNOM PENH LIBEREE, TB, Paris, 1976
   - M. Caldwell/Lek Tan: CAMBODIA IN THE SOUTHEAST-ASIA WAR, Monthly Review Press, New York, 1973
   - G. Porter/G. Hildebrand: STARVATION AND AGRARIAN REVOLUTION IN CAMBODIA, Monthly Review Press, New York, 1977
   - O. Weggel: KAMBODSCHA 1975/76, Nr. 87 der Mitteilungen des Instituts für Asienkunde, Neuer Jungfernstieg 21, 2000 HAMBURG, 1977

Zeitschriften
   - NOUVELLES DU KAMPUCHEA DEMOCRATIQUE, Hrsg.: Ambassade du Kampuchea Democratique; 34, Kouang Houa Lou, PEKING, China, wchtl. kostenlos
   - BEFREIUNG, Hrsg.: R. Wagner, Lutherstr. 78, 1000 BERLIN 62, Nr. 7, Juni 1976: Das neue Kampuchea, Nr. 13, Mai 1978: Knflikt mit Vietnam
   - SOUTHEAST-ASIA CHRONICLE, Hrsg.: SEA-Resource Center, P.O. Box 4000 D, BERKELEY, CA. 94704, USA, 2-mntl. regelm. Kampuchea-Berichte
   - FAR EASTERN ECONOMIC REVIEW, G.P.O. Box 47, HONGKONG, wchtl.

2. **Zur Berichterstattung:**
   - N. Chomsky/E. Herman: MASSAKER IM NAMEN DER FREIHEIT, TB, Berlin-W, 1975
   - Barron/A. Paul: MURDER OF A GENTLE LAND, Readers' Digest Press, N. Y. 77
   - F. Ponchaud: CAMBODGE, ANNEE ZERO, Paris 1977
   - Heinz Kotte: METHODEN DER PRESSEKAMPAGNE GEGEN DAS DEMOKRATISCHE KAMPUCHEA, in: Befreiung, (Berlin) (s.o.), Nr. 7, Juni 1976, auch in: Blätter des Informationszentrums Dritte Welt, Nr. 56, Okt. 76, Postfach 5328, 7800 Freiburg
   - E. Pohlmann: KAMPUCHEA IN DER BERICHTERSTATTUNG, in: Nachrichten der Evangel. Studentengemeinden, Mai 1978, Kniebisstraße 29, 7 Stuttgart

3. **Zum Konflikt mit Vietnam:**
   - Sarin Chhak: LE FRONTIERES DU CAMBODGE, Dalloz, Paris 1966, mit einem Vorwort von N. Sihanouk und Kartenmaterial

Zeitschriften: Artikel:
   - O. Weggel: GRENZEN, GRENZKRIEG UND SINO-SOWJETISCHES TAUZIEHEN IN INDOCHINA, in: China Aktuell, Inst. f. Asienkunde, Hamburg, Febr. 78
   - VIETNAM-KAMPUCHEA, Hintergründe der jüngsten Grenzzwischenfälle (uk) in: Blätter des iz3w, Freiburg, Nr. 68, März 1978 (s.o.)
   - D. Haude: VON DER INDOCHINESISCHEN KAMPFGEMEINSCHAFT ZUM KRIEG, Hintergründe des Konfliktes zwischen Vietnam und Kampuchea, in: 3. Welt Magazin, April 1978, Bleichstraße 14, 5300 Bonn
   - C. Vuckovic: INDOCHINA AUF IRRWEGEN, in: Internationale Politik, 5.2.78, Postfach 413, Belgrad
   - P. Rousset: CAMBODIA: BACKGROUND TO THE REVOLUTION, in: Journal of Contemporary Asia, 4/1977, P.O. Box 49010, Stockholm, Schweden
   - St. Heder: ANALYSIS OF VIETNAM/KAMPUCHEA BORDER WAR, Manuskript, 17.1.78 p.A. Government Department, Mc Graw Hall, Cornell U. Ithaca. N. Y. 14853. USA

Zeitschriften, Aufsätze:
   - B. Kirnan: CAMBODIA IN THE NEWS 1975/76, in: Journal of Politics, Melbourne, Vol. 8, 1975/76, p.A.B.K. 5/14 St. Thomas St. Waverley 2024, N. S. W. Australien
   - N. Chomsky/E. Herman: DISTORTION AT FOURTH HAND, in: The Nation, New York, 25.6.1977, auch abgedruckt in: SEA-Chronicle, s.o. 58-59, 1977
   - H. U. Luther: FÜR EIN PAAR DOLLARS ERZÄHLEN SIE ALLES, wie Greuelstories aus Kambodscha entstehen und was von ihnen zu halten ist, in: Frankfurter Rundschau, 6.5.1977

Leserumfrage

Da wir demnächst die Auswertung unserer Leserumfrage abschließen möchten, erinnern wir noch einmal an den entsprechenden Fragebogen (herausnehmbar) in den ‚blättern' Nr. 69 vom Mai 1978 und hoffen auf Nach-Urlaubs oder Ferien-schub.

Die Red.

AKTIONEN

Kongreß gegen die atomare Zusammenarbeit BRD – Südafrika

Am 11./12. November wird die Anti-Apartheid-Bewegung einen internationalen Kongreß gegen die atomare Zusammenarbeit zwischen der Bundesrepublik und Südafrika durchführen. Ziel dieses Kongresses ist es, die vielfältigen Formen atomarer sowie konventioneller militärischer Zusammenarbeit mit Südafrika zu untersuchen und öffentlich bekannt zu machen.

Die Bundesregierung hat in einem 1977 erstellten Memorandum auf die insbesondere vom „African National Congress" (ANC) und von der Anti-Apartheid-Bewegung nach ausführlichen Recherchen erhobenen Vorwürfe reagiert, nachdem diese Vorwürfe von der Organisation für Afrikanische Einheit in einer Resolution wiederholt worden waren. Obwohl dieses Memorandum den Anspruch erhebt, „spezifische Beschuldigungen . . . im einzelnen zu widerlegen", ist zu folgenden von der AAB erhobenen Vorwürfen keine Stellungnahme erfolgt:

„1) Die staatlich kontrollierte Firma Steag hat . . . vertraglich vom 1. April 1974 bis zum 31. März 1976 an der Konstruktion der Urananreicherungs-Anlage in Valindaba, Südafrika, gearbeitet. Unter anderem liefert die Firma MAN, Nürnberg, dafür die wichtigen Kompressoren . . . Das Materialamt der Bundeswehr in St. Augustin versieht die MAN-Lieferungen mit NATO-Kodifizierungsnummern.

3) . . . (vier Korvetten) werden mit Exocet-Raketen ausgerüstet, die unter Zulieferung von Messerschmidt-Bölkow-Blohm, München, hergestellt werden.

4) . . . (vier Schnellboote) . . . mit Spezialmotoren der MTU, Friedrichshafen, für Südafrika ausgerüstet.

6) . . . (Milan-Panzerabwehrraketen), die zu 50 % von Messerschmidt-Bölkow-Blohm, München, hergestellt werden, an Südafrika geliefert.

11) . . . (neun Transall-Militärtransportflugzeuge) an Südafrika . . . wurden zu zwei Dritteln von den deutschen Firmen Messerschmidt-Bölkow-Blohm und VFW hergestellt."

Bei den Dementis zu anderen Vorwürfen steht die Bundesregierung zum Teil in offenem Widerspruch zu den Meldungen offiziöser Militärzeitungen wie „Wehrdienst". Ein anderer Teil der Dementis beruht schlicht darauf, daß militärischer Verwendung dienende Güter wie Unimogs oder Hubschrauber als Zivilgüter definiert werden. In der Logik des Memorandums: „Ganz allgemein ist hier zu sagen, daß die Verwendung eines Zivilkraftfahrzeuges durch militärische Einheiten das Kraftfahrzeug noch nicht zu einem Militärfahrzeug im Sinne des deutschen Kriegswaffengesetzes macht, dessen Export unter die genannten Embargovorschriften fallen würde." Eine genaue Darstellung der militärischen und atomaren Zusammenarbeit mit Südafrika mit detaillierter Quellenangabe und einer genauen Entgegnung auf die Dementis der Bundesregierung gibt die Presseerklärung der Anti-Apartheid-Bewegung vom 23.3.77, abgedruckt in „blätter des iz3w" Nr. 63, August 1977, S. 35-40. Siehe auch „Die Dementierpolitik der Bundesregierung" in „Blätter des iz3w", Nr. 69, Mai 1978.

Ein besonderer Schwerpunkt auf dem Kongreß wird die Urananreicherungsanlage sein, die – wie der „African National Congress" nachgewiesen hat – nach einem Verfahren gebaut wird, „das von der staatlich kontrollierten Firma STEAG in essen entwickelt und heimlich an das rassistische Regime weitergegeben wurde. Lieferungen von wichtigen Teilen für diese Anlage erfolgten u.a. durch die Firmen MAN, Siemens und Linde. Auch amerikanische, französische und Schweizer Firmen sind beteiligt. Die Lieferungen wurden von den jeweiligen Regierungen genehmigt und zum größten Teil mit staatlichen Kreditgarantien abgesichert.



Der Bau einer Urananreicherungsanlage ist für Südafrika der entscheidende Schritt auf dem Weg zur Atombombe. Diese Bombe zu erhalten, ist das Ziel der südafrikanischen Regierung, wie aus Äußerungen seiner Politiker und der Nichtunterzeichnung des Atomwaffen-Sperrvertrags hervorgeht. Die atomare Bewaffung wird Südafrika in die Lage versetzen, die Befreiungsbewegungen und die Nachbarstaaten zu bedrohen; bei der Skrupellosigkeit der in Südafrika Herrschenden muß mit dem Einsatz der Atomwaffen gerechnet werden." (aus dem Kongressaufruf).

Der Kongress hat das Ziel, die Öffentlichkeit für folgende Forderungen zu mobilisieren:

„– den unverzüglichen Stop aller Lieferungen für die südafrikanische Urananreicherungsanlage;
– die Beendigung jeglicher nukleartechnologischer Zusammenarbeit mit dem rassistischen Minderheitsregime und die Kündigung des deutsch-südafrikanischen Kulturabkommens, das Grundlage für die wissenschaftliche Kooperation ist;
– die strikte Einhaltung des vom Weltsicherheitsrat verhängten Waffenembargos, sowie die Beendigung jeglicher sonstiger Form der militärischen Zusammenarbeit;
– die Unterbindung jeglicher wirtschaftlicher Beziehungen;
– die Anerkennung und Unterstützung der Befreiungsbewegungen, die von den Vereinten Nationen und der Organisation für Afrikanische Einheit anerkannt werden, ANC und PAC."

Wir halten einen Kongress mit dieser Thematik und dieser Zielsetzung für dringend erforderlich. Wir unterstützen diesen Kongress.

Kritik an der bisherigen Vorbereitung des Kongresses

Leider haben sich bei der Vorbereitung des Kongresses, die neben der AAB vom Antiimperialistischen Solidaritätskomitee, von den Jungsozialisten, der SDAJ, den Falken, der Aktion Selbstbesteuerung sowie dem Kommunistischen Bund getragen wird, Dinge ereignet, die kaum vereinbar sind mit der im Kongressaufruf ergangenen Aufforderung zur Beteiligung an „*alle* Personen und Organisationen, die diese Forderungen unterstützen". Beim Kampf gegen die militärische Zusammenarbeit mit Südafrika, unter den oben wiedergegebenen Forderungen wäre es möglich, eine breite Aktionseinheit über die politischen Differenzen zu anderen Fragen hinweg zu erreichen. Dieses Ziel ist aber offenbar vom Vorstand der AAB nur bedingt angestrebt worden: Etwa Rudi Dutschke oder Wolf Biermann waren (nach Informationen des an der Vorbereitung beteiligten Kommunistischen Bundes) als Unterzeichner unerwünscht. Ein im informationsdienst südliches afrika 6/78 veröffentlichter Aufruf trägt noch 26 Erstunterzeichner, in späteren, jetzt vertriebenen Exemplaren ist der Kreis der Erstunterzeichner drastisch gereinigt: nicht mehr erscheinen durfte z.B. Heinz Brandt, der vermutlich als Bündnispartner unerwünscht ist, seit wegen seines Angriffes auf die Beteiligung von Gewerkschaftlern am „Atomfilz" ein – mittlerweile eingestelltes – gewerkschaftliches Ausschlußverfahren gegen ihn lief. Gestrichen wurde auch ein zur Mehrheit des heutigen AAB-Vorstandes kritisch eingestelltes früheres AAB-Vorstandsmiglied, der Dortmunder Studentenpfarrer G. Breidenstein, der Kandidat der Grünen Listen Holger Strohm, der als Gutachter am Russel-Tribunal beteiligte Prof. G. Stuby, das Arbeitsausschußmitglied des Sozialistischen Büros A. Buro.

Von einem Erstunterzeichner ist uns bekannt, daß er weder eine Nachricht geschweige denn eine Begründung für die Streichung seines Namens erhalten hat.

Auch Organisationen, die den Kongreß unterstützen wollten, durften dies nicht: Nicht nur die „Liga gegen den Imperialismus" aufgrund ihrer These zur Rolle der Sowjetunion in der Dritten Welt (Sozialimperialismus), die im übrigen das Thema des Kongresses gar nicht tangiert. Auch das Organisationskomitee, das Koordinationsgremium der sich regelmäßig auf Delegiertenversammlungen treffenden, zum südlichen Afrika arbeitenden Gruppen blieb ausgeschlossen, da die „Liga gegen den Imperialismus" eines der gewählten Mitglieder dieses Gremiums ist. Das völlig falsche Verständnis über die Aufgaben einer Aktionseinheit ergibt sich auch daraus, daß die Gesellschaft für bedrohte Völker, die ihren Willen zur Mitarbeit bekundet hatte, bisher nicht in den Kreis der vorbereitenden Gruppen aufgenommen wurde, da das Antiimperialistische Solidaritätskomitee gegen die Einbeziehung der Gesellschaft als Einwand zu bedenken gab, es stände bei einzelnen Fragen zur Gesellschaft für bedrohte Völker in zum Teil krassem Widerspruch. Wer die Gesellschaft für bedrohte Völker und das ASK kennt, weiß, wo dieser krasse Widerspruch liegt: in dem Eintreten der Gesellschaft für die Kurdenbewegung, die von der (stark durch die Sowjetunion unterstützten) Regierung des Iraks unterdrückt wurde. Diese Differenzen tangieren aber in keiner Weise das Thema des Kongresses.

Der Kreis der Ausgeschlossenen hat eine Gemeinsamkeit: DKP-orientierte Gruppen arbeiten nicht oder nur sehr ungerne mit ihnen zusammen.

Die AAB hat – so muß aus ihrem Verhalten geschlossen werden – sich von dieser Seite her stark beeinflussen lassen. Sie hat damit den Kreis der Unterstützer ihres Kongresses verringert.

Der peinlichste Vorgang bei der Vorbereitung des Kongresses ist ein Brief der AAB an den in der Justizvollzugsanstalt Werl einsitzenden Schriftsteller Peter-Paul Zahl, der auf Bitte der AAB den Kongressaufruf unterschrieben hatte. In diesem Brief wird Zahl um sein Einverständnis gebeten, daß sein Name nicht veröffentlicht wird, ein Ansinnen, das Zahl zurückgewiesen hat. Der Brief enthält keinerlei Begründung für diese Bitte. Vermutlich stand hier die Angst Pate, als Sympathisant des Terrorismus dargestellt zu werden, da Zahl von Staatsschutzorganen ebenfalls in diese Ecke gerückt wird. Die AAB fällt hier hinter den politischen Senat des Bundesgerichtshofs zurück, der Zahl im Oktober 77 ausdrücklich von der Kontaktsperre ausnahm, „weil weder erwiesen noch auch nur substantiell behauptet (ist), daß er (Zahl) einer terroristischen Vereinigung, sei es auch nur als Unterstützer, zuzuordnen ist."

Wer meint, der Verleumdung als „Sympathisant" dadurch entgehen zu können, daß er den Kontakt zu den bereits Verleumdeten abbricht, hat nicht begriffen, daß diese Verleumdung sich potentiell gegen die gesamte Linke, gegen alle kritischen Einzelpersonen (vergleiche Böll) richtet. Auch die AAB kann von dieser Verleumdung betroffen werden (schließlich unterstützt sie Befreiungsbewegungen, die von CDU und CSU als „Terroristen" bezeichnet werden), die AAB wird dann darauf angewiesen sein, daß sich die noch nicht Verleumdeten anders verhalten, als die AAB heute gegenüber P.P. Zahl. Auch unterstützt die AAB mit ihrem Verhalten – sicher ohne es zu wollen – die Isolation von P. P. Zahl, der gerade gegen seine Isolation einen erfolglosen 57 Tage dauernden Hungerstreik u.a. mit der Forderung nach seiner Eingliederung in den „Normalvollzug" durchgeführt hatte.

Das einzige für uns gültige Kriterium für die Zusammenarbeit mit anderen Gruppen in einer Aktionseinheit ist für uns die Frage, ob eine Einigung über die Ziele erreicht werden kann, die die Aktionseinheit anstrebt, und über das Vorgehen bei ihrer Realisierung. Indem wir so verfahren, hoffen wir, einen kleinen Beitrag zur Überwindung der Spaltung unter den kritischen Gruppen zu leisten.

Die Vorgänge bei der Vorbereitung des Kongresses sind für uns kein Grund, unsere Unterstützung des Kongresses oder gar eine Zusammenarbeit mit der AAB aufzukündigen. Wir hoffen auf eine Diskussion in der AAB.

gc

Erfolgreiche Rundreise einer Panindianischen Delegation

Auf Einladung der „Gesellschaft für bedrohte Völker" unternahm eine panindianische Delegation, bestehend aus 18 Delegierten aus 9 Staaten Nord-, Mittel- und Südamerikas, eine vierwöchige Informationsreise durch die Bundesrepublik Deutschland (vom 1. – 31. Mai).
Die 13 Regionalgruppen der „Gesellschaft für bedrohte Völker" organisierten 65 Informationsveranstaltungen und Arbeitsgespräche in 26 deutschen Städten in 10 Bundesländern mit etwa 23.500 Zuhörern.
Zur Bedeutung dieser Rundreise schreibt die Gesellschaft für bedrohte Völker:

1. Repräsentative indianische Vertreter sitzen heute in keiner der Regierungen der 22 Staaten Nord-, Mittel- und Südamerikas, in denen indianische Völker überlebt haben. Indianische Völker sind auch in den großen internationalen Institutionen nicht repräsentiert. Indianische Völker wurden von der Entkolonialisierung nicht erfaßt, alle Staaten Nord-, Mittel- und Südamerikas wurden von europäischen Siedlern oder deren Nachkommen – nicht der alteingesessenen Bevölkerung – gegründet.
   Mit der internationalen Konferenz über die indianischen Völker beider Amerika bei den „Vereinten Nationen" vom September 1977 haben die indianischen Bewegungen einen ersten bedeutenden Schritt in die Weltöffentlichkeit getan und ihre Forderungen nach Gleichberechtigung und Selbstbestimmung erhoben. Der Besuch in der Bundesrepublik ist Teil dieser panindianischen Öffentlichkeitsarbeit.
2. Das Bild von kaum einer Bevölkerungsgruppe ist so verkitscht und realitätsfern wie das der 30 – 40 Millionen Indianer Nord-, Mittel- und Südamerikas in der europäischen Öffentlichkeit.
   Indianische Realität in allen 22 Staaten ist nach wie vor (wenn auch von unterschiedlicher Intensität) nationale Unterdrückung indianischer Sprachen, Kulturen, Identität, Bedrohung indianischer Landbasis durch Großgrundbesitzter, „kleine Siedler" und multinationale Konzerne, Zerstörung der natürlichen Umwelt indianischer Territorien, wirtschaftliche Ausbeutung, soziale Verelendung. Diese indianische Realität konnte der Öffentlichkeit bei mehreren Gelegenheiten vermittelt werden.
3. Indianische Delegierte konnten erstmals in größerem Rahmen konkrete Forderungen in der Deutschen Öffentlichkeit erheben.
   a) Die panindianische Delegation protestierte gegen die geplante Umsiedlung weißer Siedler holländischen und deutschen Ursprungs aus Südafrika in bolivianisches Indianerterritorium, weil die Übertragung der Apartheidpraxis auf ein bereits in der Praxis existierendes, rassistisches Regierungssystem dramatische Konsequenzen haben würde. Sie protestierten gegen die Voraussetzung dieses Siedlungsprojektes, den Raub indianischen Landes. Brisanz und Aktualität erhält diese Angelegenheit durch die Tatsache, daß die ersten 50 Siedler bereits mit Verträgen der Firma Siemens (laut Pastor Dümchen, La Paz) in Alto–Beni (Bolivien) eingetroffen sind. Trotz mehrfacher Dementis hält die Delegation daran fest, daß die Bundesregierung plant, dieses Siedlungsprojekt mit DM 150 Mill. zu unterstützen. Die Delegierten stützen sich z.B. auf einen ausführlichen Bericht der britischen Wochenzeitschrift „Observer" vom 5. März 1978. Im März 1978 wiesen die katholische Kirche Boliviens und die indianischen Organisationen Tupac Katari und Mink'a auf die Ankunft von 150 Siedlerfamilien hin.
   b) Die Delegation protestierte gegen den Verkauf indianischen Landes in Argentinien durch die Banco Comercial des Norte (Salta - Projekt CYDCO) und warnte deutsche Banken davor, sich an diesem Verkauf zu beteiligen. Laut Auskünften deutscher evangelischer Institutionen hat inzwischen die Anglikanische Kirche begonnen, im Nordwesten Argentiniens Land stellvertretend für das indianische Volk der Matakos zu kaufen, solange diese keine eigenen Mittel haben und solange ihnen Besitzrechte vorenthalten werden.
   c) Das „Summerinstitut for Linguistics" und die Bibelübersetzer (Wycliff) wurden wiederholt und stark kritisiert, weil sie mit ihrer Tätigkeit die indianische Existenz gefährden und zerstören. Die Arbeit dieser Institutionen bedeutet für die indianischen Völker unkontrollierte Übernahme von sprachlichen und geistigen „Anleihen". Schulsysteme müssen von i h n e n ver-



antwortet werden, nicht von Fremden aufgezwungen werden.
Das „Summerinstitut for Linguistics" arbeitet nicht im Kontext indianischer Kulturen, sondern beeinflußt und verändert sie durch enge Zusammenarbeit mit nordamerikanischen Zentren, was für die indianischen Völker ein fremdes und unerwünschtes Wirtschaftssystem zur Folge hat. Auf diese Weise trägt das „Summerinstitut for Linguistics" zur Ausbeutung der Ressourcen und zur Zerstörung der Umwelt-Beziehungen der Indianer bei.
Die Missionstätigkeit der Wycliff-Bibelübersetzer wird abgelehnt, weil die religiösen Vorstellungen der Indianer nicht ernstgenommen bzw. bewußt vernichtet werden.
Die Gesellschaft für bedrohte Völker arbeitet an einer Materialsammlung zum Wirken des „Summerinstitute of Linguistics". Sie hat Politiker und Kirchen darauf hingewiesen, daß das „Summer Institute of Linguistics" mit öffentlichen Mitteln des BMZ über die „Evangelische Zentralstelle für Entwicklung" unterstützt wird.

d) Die Delegation hat gegenüber offiziellen Stellen – Kirchen, Entwicklungs- und Hilfsorganisationen – immer wieder betont, daß jede Hilfe für indianische Völker direkt über indianische Organisationen, Komitees und Projekte geleistet werden soll, nicht aber über Regierungsstellen der betroffenen Staaten, weil diese Unterstützung allzuoft die bedrohten Völker nicht erreicht oder gar gegen sie gerichtet ist.

e) Die Delegierten machen auf Gesetzesvorlagen im Parlament der Vereinigten Staaten aufmerksam (z. B. Cunningham und Meeds – Gesetzvorlagen), die darauf abzielen, bestehende Verträge mit indianischen Völkern aufzulösen, die verbliebenen indianischen Landrechte (Reservate) zu liquidieren und indianische Fisch- und Jagdrechte aufzuheben. Die „Gesellschaft für bedrohte Völker" weist hin auf die längste panindianische Demonstration in der Geschichte Amerikas, die am 12. Februar 1978 in Alcatraz/Kalifornien begonnen hat und Mitte August in Washington DC endet und an der Vertreter von 71 indianischen Völkern Nordamerikas teilnehmen.
Der Vertreter der Mapuche-Konföderation machte aufmerksam auf die besonders intensive Verfolgung des Mapuche-Volkes durch die chilenische Militärdiktatur seit 1973, das bei fast allen Publikationen zur Unterdrückung in Chile zu kurz gekommen ist. Vor und in Zukunft nach der Diktatur hätten die 500 000 Mapuche - Indianer besondere ungelöste Probleme, die auch besondere autonome Lösungen benötigten durch die Mapuche selbst.

f) Die Dene-Nation in Nordwest-Kanada, die dortige Mehrheitsbevölkerung, versuchte, die deutsche Öffentlichkeit über ihre Situation zu informieren und bat um Unterstützung in ihrem Kampf um Selbstbestimmung und Anerkennung ihrer Menschenrechte. Ihre Vertreter wiesen darauf hin, daß auch Kanada eine Tradition der Zerstörung der Rechte indianischer Völker besitzt. Die Dene-Nation sucht die Anerkennung ihrer politischen, ökonomischen und kulturellen Autonomie für ihr Territorium in Nordwest-Kanada, das der fünffachen Größe der Bundesrepublik entspricht.

Die brasilianische Regierung hat vor einigen Monaten das „Summer Institute of Linguistics" aus Brasilien ausgewiesen. Für die ausgewiesenen Bibelübersetzer organisiert in der BRD eine Gruppe aus Solingen eine Solidaritätskampagne, die Präsident Geisel dazu auffordern soll, den Erlaß zurückzunehmen. Die Initiatorin dieser Kampagne, Pastorin F. Geisler, stellt in warmen Farben die bisherige aufopfernde Arbeit der Missionare für die Indianer dar und sieht den Grund für den jetzigen Erlaß unter anderem darin, daß in Brasilien die „materialistisch-atheistisch-marxistische Haltung gewisser Ethnologen" einen entscheidenden Einfluß gewonnen habe (zit. nach: 'Solinger Tageblatt' 4.3.1978).
Die „blätter des iz3w" haben das Wirken des SIL (span. ILV) in Peru in dem Artikel „Zivilisierung auf US-amerikanisch: Die 'Linguisten' in Peru (Nr. 62, S. 21 ff.) ausführlich dokumentiert. Aus gegebenem Anlaß zitieren wir hier noch einmal eine Passage des Artikels:

Wie andere Missionsgesellschaften vertreten auch die Linguisten wirtschaftliche und strategische Interessen ihres nordamerikanischen Mutterlandes, aber in verdächtig perfektionierter Form.
In Ecuador räumten Umsiedlungen der eingeborenen Bevölkerung, die um der besseren Missionierung willen unternommen worden waren, das Land für eine US-Ölgesellschaft. Und bezeichnenderweise war der erste Geologe der Texaco, der in Ecuador Erdöl fand, mit einem Flugzeug des ILV in den Urwald transportiert worden (Informationsdienst Nr. 98, ID). Überall fällt die ausgezeichnete Infrastruktur und das gute Kommunikationssystem des ILV mit zahlreichen Landepisten, Wasserflugzeugen und Radiosendern auf, das zu der vordergründigen missionarischen und anthropologischen Tätigkeit in keinem Verhältnis steht. In Kolumbien stellte sich heraus, daß das ILV in Lomalinda nur eine religiöse Tarnung für eine riesige amerikanische Militärbase im Dschungel war (Alternativa, Bogota, No. 38, Juni 1975; Cultrun Nr. 6, Sept. 76). Auch hier war zunächst eine Diskrepanz zwischen dem Anspruch des ILV und den Tätigkeitsbereichen und der Ausrüstung des Instituts festgestellt worden (von 61 Amerikanern waren nur 8 Linguisten, der Rest Wissenschaftler; es gab 28 Luftlandepisten und 30 Radiostationen; Alternativa a.a.O.). In Peru soll das ILV Gold und Uran abgebaut haben (ID a.a.O.)
Wirtschaftlich wichtig wurde die innertropische Selva, zwischen den Oberläufen der beiden Amazonasquellflüsse, vor allem in den letzten Jahren, als man dort Erdölvorräte vermutete. Die amerikanischen Erdölgesellschaften hatten auch hier ihre „Claims".
Wenn in Peru zwar die direkte Verflechtung zwischen der Sekte und amerikanischen Konzernen nicht publik wurde, so kann man doch zumindest aufzeigen, wie die Sekte dem amerikanischen Imperialismus in die Hände arbeitet.

Eine Zusammenarbeit des ILV mit der amerikanischen CIA ist nicht erwiesen, muß aber vermutet werden. Wir bitten alle, die mit der Unterstützungskampagne in Berührung kommen, auf den wahren Charakter des ILV hinzuweisen.

Red.

Argentinisches Konsulat besetzt

Mittwoch, 21. 6. 78: Gegen 10.00 Uhr besetzen 22 Leute das argentinische Konsulat in Düsseldorf. Mit dieser Aktion wollen diese Antifaschisten gegen das Unrechtssystem mit Folter und brutalster politischer Unterdrückung in Argentinien protestieren. Diese Militärdiktatur ist dabei, das Wort eines ihrer Generäle (General Saint-Jean) zu verwirklichen: „Erst werden wir die Subversiven töten, dann ihre Kollaborateure, dann die Sympathisanten, danach die Gleichgültigen und zum Schluß die Lauen!"
Tote seit dem Putsch: 10.000
Verhaftete seit dem Putsch: 20.000
Verschleppte seit dem Putsch: 30.000 (alle Zahlen nach Informationen der argentinischen Menschenrechtskommission CADHU).
Verhaftungen, Folter und Mord sind an der Tagesordnung. Inflationsrate als Folge für die teure Fußballweltmeisterschaft: 200%. Die Löhne reichen oft nur noch für die ersten 10 Tage des Monats. Parteien und Gewerkschaften (freie) sind verboten. Dieses Folterregime wird von der deutschen Wirtschaft durch große Direktkredite und Waffenlieferungen, deren Bürgschaft die Bundesregierung übernommen hat, unterstützt.
Die Militärjunta will mit der Fußballweltmeisterschaft ihr Image aufpolieren und über die tatsächlichen politischen und wirtschaftlichen Zustände hinwegtäuschen. Der Vergleich Fußball-WM 1978 Argentinien und Olympiade 1936 in Berlin sticht ins Auge. Fußballbegeisterung darf nicht über Erniedrigung der Menschen des Gastlandes hinwegtäuschen. In vielen Veranstaltungen wurde auf die Menschenrechtsverletzungen in Argentinien hingewiesen. Amnesty International hat von Bundeskanzler Helmut Schmidt die Zusage erhalten, 500 politische Gefangene aus Argentinien in die BRD aufzunehmen – bis heute ist jedoch noch keiner dieser 500 eingetroffen. Während die französische Fußballelf bei der Militärjunta Protest gegen die Folter vorgebracht hat und sich um das Schicksal von verschollenen, politischen Verfolgten gekümmert hat, hat der DFB nichts anderes zu tun, als den Neonazi Rudel in Argentinien zu empfangen, um unterdrückte Menschen hat sich dieser „saubere" DFB jedoch noch nie kümmern müssen: „Politik und Sport sind zwei Paar Stiefel."

Mit der Generalkonsulatsbesetzung wollten die 22 Düsseldorfer, die sich spontan zu dieser Aktion zusammengeschlossen haben, die Öffentlichkeit aufmerken lassen. Was an diesem Tag in Düsseldorf geschah, wird im folgenden chronologisch aufgeführt:

10.00: 22 Leute betreten das argentinische Generalkonsulat und erklären dieses für besetzt. Es handelt sich bei der Besetzung um eine friedliche und gewaltfreie Aktion. Konsulatsbesucher und Angestellte können die Räume verlassen und kommen, wann sie wollen. Es werden keine Sachen beschädigt oder entwendet.

10.15: Nachdem der Konsul vergeblich versucht hat, an seinen Safe zu kommen (wie sich später herausgestellt hat, wollte er an seine Waffe kommen), verließ der Konsul ohne Behinderung das Konsulat. Die Demonstranten diskutieren mit Besuchern und Angestellten über die politischen Zustände in Argentinien und über den Sinn der Aktion. Die Forderungen, die auf einem Transparent gestellt werden, lauten: Fußball Ja – Folter Nein / Argentinisches Konsulat besetzt / Wir fordern: Sofortige Aufnahme der 500 argentinischen Flüchtlinge. Vom Konsulat aus wird die Presse, Fernsehen, Argentinische Botschaft in Bonn und das Auswärtige Amt angerufen.

10.26: Der Konsul trifft beim Polizeipräsidium ein und verlangt die Räumung des Konsulates durch die Polizei.

10.40: Mehrere Mannschaftswagen der Polizei und das 14. Kommissariat für Staatsschutzdelikte treffen ein und betreten die Räume des Konsulates.

10.50: Der Konsul telefoniert mit dem argentinischen Botschafter in Bonn. Er verlangt von der Polizei die Räumung und droht: Wenn sie (die Polizei) nicht sofort die Besetzer wegschaffen, hole ich meine Waffe.

11.00: Wie schon vor der Aktion einhellig beschlossen, leisten die Besetzer keinen Widerstand und lassen sich von der Poliezi in Mannschaftswagen zur Feststellung der Personalien ins Polizeiprädidium abführen. Ein Fotograph wird auf der Straße verhaftet, mehrere Filme werden beschlagnahmt. Bildberichterstattern wird vom Konsul der Zugang zum Konsulat verwehrt.



11.15: In Dreiergruppen werden die Besetzer ins Polizeipräsidium geschleust und in Einzelzellen untergebracht.

11.30 – 16.30: Die Polizei führt Verhöre durch und alle Festgenommenen werden erkennungsdienstlich (ED) behandelt (Fingerabdrücke, Foto, Körpergröße). Manche versuchen sich dagegen zu wehren, ihnen wird bei den Fingerabdrücken eine Knebelkette ums Handgelenk gelegt, mit Gewalt werden sie ED behandelt.
Nach 4- bis 5-stündiger Haftzeit werden die Leute entlassen. Der argentinische Konsul stellt gegen alle 22 Demonstranten Anzeige wegen Hausfriedensbruch. Anschließend verbot er den Bildberichterstattern den Zugang zum Konsulat.

Auswertung der Aktion: Die Aktion fand in Presse, Rundfunk und Fernsehen ein gutes Echo. Alle Medien berichteten über die friedliche Hausbesetzung und deren politischen Hintergrund. Für die 22 Festgenommenen war es eine traurige Erfahrung, wie die Polizei im Gefängnis mit ihnen umgegangen ist. Die Antifaschisten erwägen gegen die ED-Behandlung und die Bedrohung durch den Konsul („Ich hole meine Waffe") gegebenenfalls Strafanzeige zu erstatten.

Ablehnung des Gefangenen-Handels der Bundesregierung

Der Forderung nach Aufnahme von 500 politischen Gefangenen aus Argentinien in die Bundesrepublik schlossen sich insgesamt über 90 000 Menschen mit ihrer Unterschrift an. Nach längerem Zögern erfolgte eine erste positive Reaktion der Bundesregierung: Das Auswärtige Amt unterstützte die Forderung nach Aufnahme von 500 politischen Gefangenen aus Argentinien in die Bundesrepublik. Es stand aber noch die Zustimmung der Konferenz der Innenminister der Bundesländer aus; ohne diese Zustimmung ist eine Aufnahme nicht möglich.

So erfreulich die grundsätzliche Bereitschaft zur Aufnahme von Argentiniern auch ist, so kann dieses Verfahren doch nicht akzeptiert werden. Die Menschenrechte sind unteilbar, deshalb muß das Ausspielen von

Inzwischen wurde bekannt, daß diese „den Wunsch der Bundesregierung diskutiert (hat), anstelle von früher zugesagten Chilenen nunmehr 400 Argentiniern in der Bundesrepublik Asyl zu gewähren".

verfolgten Chilenen gegen Argentinier zurückgewiesen werden. Außerdem wurde hier versucht, die Zahl zu senken, und es wird nicht mehr von politischen Gefangenen gesprochen, sondern von Personen. Das bedeutet, daß alle Menschen mitgezählt werden, die aus Argentinien in die Bundesrepublik kommen, auch wenn sie nie im Gefängnis waren.

Um den ursprünglichen Forderungen Nachdruck zu verleihen, läuft derzeit bundesweit eine Unterschriftsaktion, die sich an den jeweils zuständigen Innenminister wendet. Um diese Aktion zu unterstützen, möchten wir Sie (Euch) bitten, untenstehenden Abschnitt auszufüllen und an folgende Adresse zu schicken:

Informationsstelle Lateinamerika
Werner Rätz, Römerstr. 88, 5300 Bonn

(Red.)

Herrn
Innenminister
....

....
PLZ

Sehr geehrter Herr Minister!

Aufgrund der Situation in Argentinien unterstütze ich folgende Forderungen:

- Aufnahme von MINDESTENS 500 POLITISCHEN GEFANGENEN aus Argentinien in die Bundesrepublik
- FREIE ARBEITSMÖGLICHKEIT für alle in ausländischen Botschaften geflüchteten Argentinier
- Veröffentlichung einer VOLLSTÄNDIGEN LISTE aller politischen Gefangenen in Argentinien durch die argentinische Regierung
- UNABHÄNGIGE INTERNATIONALE UNTERSUCHUNG aller argentinischen Gefängnisse und Konzentrationslager!

....
Name Adresse Unterschrift

SOLIDARITÄTSARBEIT
Fachkräfte nach Mozambique

Gründung des 'Koordinierungskreises Mozambique'

Mitte Novembe 1977 fand die Gründungskonferenz des Koordinierungskreises Mozambique (KKM) statt; Durch ihn sollen Fachkräfte aus der BRD gewonnen werden, die sich in Übereinstimmung mit der VR Mozambique am dortigen nationalwirtschaftlichen und sozialen Aufbau beteiligen.
Der Vorteil dieses Gremiums ist, daß es für alle Interessenten nur noch eine leicht zu erreichende Anlaufstelle gibt. Diese ist in ständigem Kontakt mit der VR Mozambique. Dadurch ist der KKM in der Lage, gezielt Bewerber nach den Wünschen und Bedürfnissendes unabhängigen Landes weiterzuvermitteln.
Erstmals ist auch die finanzielle Absicherung dieser Fachkräfte einheitlich geregelt.
Die deutschen Solidaritätsgruppen und die VR Mozambique versprechen sich durch diese Veränderungen und die zukünftige Öffentlichkeitsarbeit des KKM ein verstärktes Interesse von Fachkräften an einem Arbeitsaufenthalt in Mozambique.
Um die ersten Aufgaben zu bewältigen (Finanzierung des KKM, Gewinnung weiterer Mitarbeiter, Öffentlichkeitsarbeit), wurde ein Trägerkomitee gebildet. Ihm gehören als ständige mitglieder der Weltfriedensdienst e.V. und die Aktionsgemeinschaft Solidarische Welt e.V. an. Hinzu gewählt wurden die Amilcar Cabral Gesellschaft (Bundesvorstand), der Bochumer Aktionskreis südliches Afrika BASA, die kirchliche Organisation Eirene sowie die Informationsstelle südliches Afrika Bonn.



Schwerpunkte der Arbeit sind zunächst die Ausarbeitung von (Standard)verträgen mit Kooperanten, die Erstellung von Informationsmaterial für Bewerber, die Entwicklung der konkreten Auswahlverfahren sowie die Motivierung weiterer Gruppen zur Mitarbeit im KKM.
Grundbedingung für die Mitgliedschaft von Komitees ist allerdings, daß sie mindestens seit einem Jahr Solidaritätsarbeit geleistet haben. Damit soll vermieden werden, daß kurzfristig initiierte Aktionen die Mehrheitsverhältnisse aus rein machtpolitischen Gründen verändern. Desgleichen

Organisationsstruktur des „KOORDINIERUNGSKREISES MOZAMBIQUE"

1. Aufgabe des „Koordinierungskreises Mozambique ist die Mobilisierung, organisatorische Vorbereitung und Durchführung der Vermittlung von Fachkräften aus der BRD und Westberlin für die VR Mozambique sowie die Förderung der Information über die VR Mozambique. Dies geschieht auf der Grundlage der von der Regierung der VR Mozambique festgelegten Politik und in Übereinstimmung der mit ihr getroffenen Vereinbarungen bezüglich der Vermittlung von Fachkräften. Die letzte Entscheidung liegt in allen Fragen bei der Regierung der VR Mozambique.
2. Der „Koordinierungskreis Mozambique" ist überparteilich, konfessionell nicht gebunden und vertritt keine Partikularinteressen gesellschaftlicher Gruppen in der BRD und Westberlin.
3. Die Mitarbeit steht allen Organisationen, Gruppen und Komitees offen, die sich an der genannten Arbeit unter den in Pkt. 1 aufgeführten Bedingungen beteiligen, mindestens ein Jahr in der Solidaritätsarbeit tätig sind, sich verpflichten, für die Zeit der Mitarbeit im „Koordinierungskreis Mozambique" keine bilateralen Kontakte mit der VR Mozambique in Bezug auf Fachkräfte-Entsendung aufzunehmen, bereit sind, sich finanziell im Rahmen der Möglichkeiten an der Arbeit des Koordinierungskreises zu beteiligen.
4. Alle am „Koordinierungskreis Mozambique" teilnehmenden Organisationen treffen sich mindestens einmal im Jahr. Dieses Plenum bestimmt die Richtlinien zur Abwicklung der oben genannten Aufgaben. Das Plenum entscheidet über die Kriterien und das Verfahren der Auswahl von Bewerbern für die VR Mozambique auf der Grundlage und in Übereinstimmung mit den mit der Regierung der VR Mozambique getroffenen Vereinbarungen.
5. Das Plenum bestimmt ein aus 6 Mitgliedern bestehendes Trägerkomitee, das die zwischen den Plena anfallenden Aufgaben – vor allem die Auswahl der Bewerber für die VR Mozambique – ausführt. Das Trägerkomitee ist den beteiligten Organisationen rechenschaftspflichtig und informiert diese regelmäßig und umfassend.
6. Die 'Aktionsgemeinschaft Solidarische Welt e.V.' (ASW) und der 'Weltfriedensdienst e.V.' (WFD) sind als abwickelnde Organisationen ständige Mitglieder des Trägerkomitees.

heißt Mitarbeit im KKM Verzicht auf bilaterale Kontakte zur VR Mozambique. Trotz der politischen Unterschiede innerhalb der Solidaritätsbewegung soll *eine* Anlaufstelle arbeiten. Wir begrüßen diesen Entschluß, wenigstens in Fragen der materiellen Solidarität mit einer Stimme nach außen treten zu wollen.
Auch hier tauchten – wie bei anderen Bündnisversuchen – parteipolitische oder gruppenegoistische Vormachtsansprüche auf: das Antiimperialistische Solidaritätskomitee (ASK) wollte keine Aktionsgruppen, sondern nur Einzelpersonen im KKM. Kern der Begründung war, daß es einigen Komitees unmöglich sei, mit gegensätzlichen Positionen der Solidaritätsbewegung zusammenzuarbeiten.
Namentlich wurde die 'Liga gegen den Imperialismus' genannt. Hier soll die Praxis der Unvereinbarkeitsbeschlüsse, wie sie von SPD, DKP und DGB schon vorexerziert wird, auf die Solidaritätsbewegung übertragen werden. Eine solche Politik ist nicht in erster Linie an einer ehrlichen Unterstützung des Unabhängigkeitsstrebens von Mozambique orientiert, sondern stellt eigene Machtansprüche in den Vordergrund.
Dies wurde an einem zweiten Argument des ASK Frankfurt (das der DKP zumindest nahesteht) deutlich: es wandte sich gegen „die große Betonung Westberlins, wie sie durch die Tatsache gegeben ist, daß zwei abwickelnde Organisationen (Red: Weltfriedensdienst und Aktionsgemeinschaft Solidarische Welt) ... ihren Sitz in Westberlin haben, mithin also auch der Koordinierungskreis in Westberlin ansässig ist" (Brief des ASK vom 7.4.1978).
Auch hier steht die Leitlinie einer politischen Zentrale der praktischen Solidarität mit Mozambique direkt im Wege. Ebenfalls an der Berlin-Klausel scheiterten kurze Zeit später die Verhandlungen zwischen der deutschen Bundesregierung und Mozambique über ein bilaterales Hilfsabkommen (SZ 7.2.78). Auch eine deutsche Reislieferung von tausend Tonnen an Guinea-Bissao und die Kapverdischen Inseln wird in Dakar/Senegal von Ratten gefressen, weil das Auswärtige Amt darauf besteht, daß der Lieferungsvertrag auch für das „Land" Berlin gelte (vgl. Kasten: SZ 29.5.78).
Wir lehnen eine solche Politik ab, die sich nicht an den Bedürfnissen der Menschen in den befreiten Ländern orientiert und die versucht, Solidarität mit Machtpolitik zu verhindern. Wir begrüßen es deshalb, daß die Gründungskonferenz des KKM beschlossen hat, daß stimmberechtigt und wählbar nur Gruppen sein sollen. Damit kann *jede Gruppe* im KKM mitarbeiten, soweit sie die Ziele des Koordinationskreises unterstützt. Die so beschlossene Organisationsstruktur wurde inzwischen von der VR Mozambique akzeptiert.
Interessenten für einen Arbeitsaufenthalt in Mozambique wenden sich an:

Koordinierungskreis Mozambique,
c/o Weltfriedensdienst + Aktionsgemeinschaft Solidarische Welt,
Friedrichstr. 236, 1000 Berlin 61.
Telefon: (030) 251 0516.

rb

BÜCHER

Die nachstehend aufgeführten Bücher sind in der Redaktion der ‚blätter' eingetroffen:

J. Ostrowsky/W. Geisler, Südafrika, Rassismus–Imperialismus–Befreiungskampf, Köln 1978, 162 S., DM 12,80. Pahl-Rugenstein Verlag, Gottesweg 54, 5 Köln 51;

D. Boris/P. Hiedl, Argentinien, Geschichte u. politische Gegenwart, Köln 1978, 209 S., DM 12,80. Pahl-Rugenstein Verlag;

3. Internationales Russell-Tribunal, Zur Situation der Menschenrechte in der BRD, Bd. 1, Berlin 1978, 192 S., DM 8,– Rotbuch Verlag, Potsdamer Str. 98, 1000 Berlin 30;

Susan George, Wie die anderen sterben. Die wahren Ursachen des Welthungers, Berlin 1978, 190 S., DM 12,– Rotbuch Verlag;

Josef Senft, Entwicklungshilfe oder Entwicklungspolitik. Ein interessenpolitisches Spannungsfeld – dargestellt am Kirchlichen Hilfswerk Misereor, Münster 1978, 228 S., DM 24,–. Verlag Regensburg, Daimlerweg 58, 44 Münster;

Th. Hanf/H. Weiland/G. Vierdag, Südafrika: Friedlicher Wandel? Möglichkeiten demokratischer Konfliktregelung. Eine empirische Untersuchung, München 1978, 492 S., DM 42,–. Matthias-Grünewald Verlag, Bischofsplatz 6, 65 Mainz;

Th. Dams/G. Grohs, Kontroversen in der internationalen Rohstoffpolitik. Ein Beitrag zur Rohstoffpolitik der BRD nach UNCTAD IV, Mainz 1977, 256 S., DM 26,50. Matthias-Grünewald Verlag;

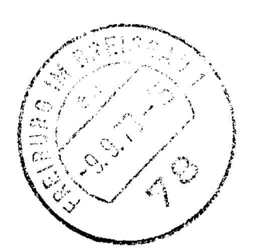
Katholikentag in Freiburg

An alle
Gruppen mit dem Arbeitsbereich Dritte Welt
die vorhaben, zum Katholikentag vom 13.–17. September nach Freiburg zu kommen!!

Einige kritische Gruppen (Christen für den Sozialismus (CfS), Arbeitskreise Frieden, Süd-Nord-Forum) werden in den Räumen der ESG, Turnseestr. 16, 74144, während des Katholikentags ein Informations- und Diskussionszentrum unterhalten:
– um Diskussionen zu ermöglichen, die auf den Großveranstaltungen nicht möglich sind,
– zur Koordinierung von Informationen über Veranstaltungen und Referenten (offizielle und alternative) und
– als Anlaufstelle (Informationsaustausch, Büchertische) für kritische Gruppen:
  aus dem kirchlichen Bereich
  mit dem Arbeitsschwerpunkt Frieden/Gewalt/Antimilitarismus
  mit dem Arbeitsschwerpunkt Umwelt/KKW
  mit dem Arbeitsschwerpunkt Dritte Welt
– und zur gemeinsamen Vor- (und Nach)bereitung von Diskussionsbeiträgen für Veranstaltungen.

Bitte meldet Euch schon vorher mal schriftlich oder telefonisch:
Conni Braun, Oberriederstr. 19, 78 Freiburg, 0761/72329 oder
Bernh. J. Merk, Im Oberfeld 29, 78 Freiburg, 0761/62128 oder kommt gleich nach Eurer Ankunft in der ESG in Freiburg vorbei.

CfS Freiburg

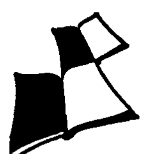


Frau
Ulrike Roesler
~~Langackern 2~~
~~7301 Horben~~
7800 Freiburg

Postvertriebsstück
Gebühr bezahlt
M 3477 FX
iz3w
Postfach 5328
7800 Freiburg

Messe

Kind und Buch
the child and the book



30. Frankfurter Buchmesse 1978
18.-23. Oktober

30th Frankfurt Book Fair 1978
October 18-23

30e Foire du Livre de Francfort 1978
18-23 Octobre

ANKÜNDIGUNG

»blätter des iz3w*«

* „blätter des informationszentrums dritte welt"

Besuchen Sie uns bitte auf der Frankfurter BUCHMESSE, Stand 7154, Halle 8.